



Bundesministerium
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF 2005

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

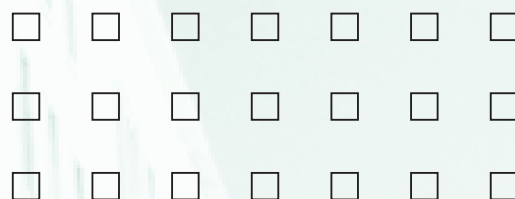
August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF Juli 2005

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2005	32
Termine	34
Analysen und Berichte	37
Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und der Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009	39
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2004	51
Bundespolitik und Kommunalfinanzen	59
Zum Bericht über die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Währungsunion (Public Finance Report 2005)	73
Intertemporale Verlustverrechnung – ein Vergleich der deutschen und der österreichischen Regelungen	79
Statistiken und Dokumentationen	85
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	88
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	108
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	112

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monats-
berichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der Monatsbericht Juli 2005 spiegelt die ganze Bandbreite der Finanzpolitik in einem föderalen Staat der Europäischen Union wider. Zentraler Schwerpunkt ist der Entwurf des Bundeshaushalts 2006, der konjunkturgerecht den Konsolidierungsprozess fortsetzt. Zudem wird über die Steuereinnahmen aller Ebenen des Bundesstaates 2004 berichtet. Die im Vergleich zu Bund und Ländern positive Entwicklung der Kommunalfinanzen wird beleuchtet. Mit dem Bericht der Europäischen Kommission zu den öffentlichen Finanzen wird der europäische Aspekt der Finanzpolitik hervorgehoben. Schließlich wird exemplarisch am Beispiel der Unternehmensbesteuerung in Deutschland und Österreich aufgezeigt, wie komplex ein Belastungsvergleich tatsächlich ist. Das Ergebnis macht deutlich: Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ist weit besser als sein Ruf.

Mit dem Haushalt 2006 setzt die Bundesregierung Akzente in einem schwierigen finanzpolitischen Umfeld. Beispiele sind die Bereiche Familie, Bildung und Forschung sowie Innovationen. Dabei wird der ausgabenseitige Konsolidierungskurs konsequent fortgesetzt. Dies belegt die niedrige Staatsquote von $46\frac{1}{2}\%$ des Bruttoinlandsprodukts, der niedrigste Stand seit der Wiedervereinigung. Im Vergleich zum Soll 2005 beträgt der Ausgabenanstieg für 2006 und für den gesamten Finanzplanungszeitraum lediglich 0,9 % pro Jahr. Er liegt damit sowohl unter dem erwarteten Preisanstieg als auch deutlich unter dem erwarteten Wirtschaftswachstum.

Die endgültigen Ergebnisse für die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden für das Jahr 2004 liegen jetzt vor. Die Steuereinnahmen betrugen knapp 443 Mrd. €. Die Steuerquote hat mit 20,1 % einen historischen Tiefstand



erreicht. Bei der Entwicklung der einzelnen Steuerarten spiegeln sich u. a. steuerrechtliche Änderungen, der Konjunkturverlauf, aber auch ein geändertes Verbraucherverhalten wider. Insgesamt haben sich die Steuereinnahmen des Bundes im Vergleich zu den Ländern und Gemeinden schwächer entwickelt. Dies ist im Wesentlichen auf rückläufige Einnahmen aus Bundessteuern und den an die Länder zu entrichtenden Betrag aus dem Umsatzsteueraufkommen in Höhe von 2,65 Mrd. €, als Kompensation der Länder für die vorgezogene Senkung des Einkommensteuertarifs ab 1. Januar 2004, zurückzuführen.

Auch die Gesamtsicht der Kommunalfinanzen zeigt eine positive Grundtendenz, nachdem in den Jahren 2001 und 2002 durch Einbrüche bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer eine schwierige Ausgangslage feststellbar war. Darauf hat auch der Bund mit schnell wirkenden Sofortmaßnahmen reagiert. Insgesamt ist damit eine strukturelle und quantitative Verbesserung der Gemeindefinanzen gelungen. Nachhaltig wirken die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, die Regelungen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer sowie die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Die Defizite in den Kommunalhaushalten haben sich bereits im Jahr 2004 mit 3,8 Mrd. € gegenüber dem hohen Defizit 2003 von 8,5 Mrd. € mehr als halbiert. Mittelfristig ist

mit einer weiteren Stabilisierung der Kommunalfinanzen zu rechnen.

Finanzpolitik findet heute im europäischen Kontext statt. Dabei stehen viele Staaten in Europa vor ähnlichen Herausforderungen. Die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission legt seit dem Jahr 2000 jährlich einen Bericht über die öffentlichen Finanzen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Public Finance Report, vor. Der aktuelle Bericht vom 1. Juni 2005 enthält eine umfassende Analyse von konjunkturellen und institutionellen Aspekten der öffentlichen Finanzen in Europa.

Eine gerade auch im europäischen Kontext oft diskutierte Frage ist die unterschiedliche Steuerlast in den einzelnen europäischen Staaten. Bei internationalen Steuerbelastungsvergleichen werden häufig nicht alle Fakten einbezogen. Dies belegt exemplarisch ein Vergleich der Unternehmensbesteuerung in Deutschland

und Österreich. So bleiben oft die Regelungen zur intertemporalen Verlustverrechnung unberücksichtigt, die im Ergebnis für Investitionen in Deutschland sprechen. Die Waagschale senkt sich noch mehr zu Gunsten Deutschlands, wenn man Lohnsummensteuern, wie sie etwa in Österreich erhoben werden, in die Belastungsvergleiche miteinbezieht. Insgesamt wird dabei deutlich, welche Fortschritte bei den steuerlichen Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren erzielt wurden. Dennoch bleiben die Unternehmenssteuerreform und die EU-weite Harmonisierung der steuerlichen Bemessungsgrundlage weiterhin ganz oben auf der steuerpolitischen Agenda.



Volker Halsch

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2005	32
Termine	34

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Juni lagen mit 136,1 Mrd. € um knapp 5,1 Mrd. € (+ 3,9%) über dem Vorjahresergebnis. Die Ausgabensteigerung ist weiterhin auf gestiegene Auf-

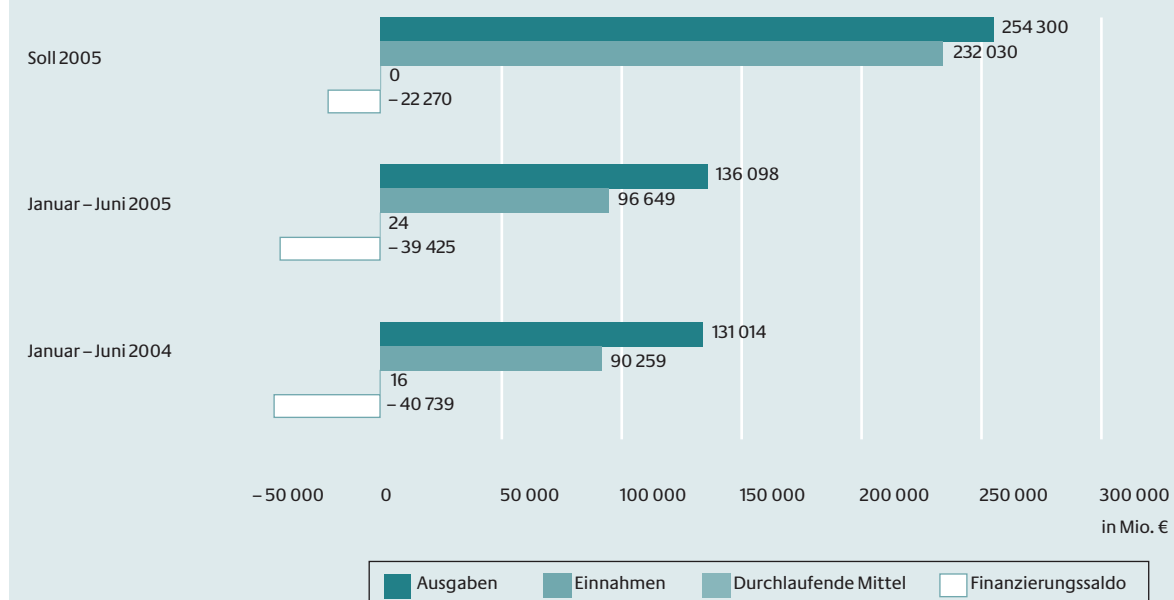
wendungen für den Arbeitsmarkt zurückzuführen. Die Entwicklung der Arbeitsmarktausgaben wird dabei wesentlich von den Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende bestimmt.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2005	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Juni 2005
Ausgaben (Mrd. €)	254,3	136,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,1	3,9
Einnahmen (Mrd. €)	232,0	96,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,5	7,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	190,8	82,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,0	- 0,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 22,3	- 39,4
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 25,7
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,3	- 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 22,0	- 13,6

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Die Einnahmen des Bundes insgesamt bis einschließlich Juni beliefen sich auf 96,6 Mrd. €. Sie überschreiten das Vorjahresergebnis um 7,1 %. Die gegenüber dem Vorjahr positive Gesamtentwicklung der Einnahmen

beruht hauptsächlich auf der Entwicklung der Verwaltungseinnahmen des Bundes. Die Steuereinnahmen des Bundes lagen mit 82,6 Mrd. € nur knapp (– 0,3 %) unter dem Vorjahresergebnis.

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2005	Ist 2005 Januar bis Juni		Ist 2004 Januar bis Juni		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 932	22 176	16,3	23 000	17,6	– 3,6
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 802	2 080	1,5	2 094	1,6	– 0,7
Verteidigung	27 871	12 618	9,3	13 397	10,2	– 5,8
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 991	3 928	2,9	3 902	3,0	0,7
Finanzverwaltung	3 192	1 384	1,0	1 491	1,1	– 7,2
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 714	5 106	3,8	4 974	3,8	2,7
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	358	0,3	387	0,3	– 7,5
BAföG	1 026	641	0,5	586	0,4	9,4
Forschung und Entwicklung	6 816	2 834	2,1	2 867	2,2	– 1,2
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	128 064	77 101	56,7	70 108	53,5	10,0
Sozialversicherung	75 182	42 700	31,4	42 669	32,6	0,1
Arbeitslosenversicherung	4 000	5 755	4,2	7 190	5,5	– 20,0
Grundsicherung für Arbeitssuchende	27 650	16 821	12,4	–	–	–
darunter: Arbeitslosengeld II	14 600	12 422	9,1	–	–	–
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 200	1 640	1,2	–	–	–
Wohngeld	850	410	0,3	1 303	1,0	– 68,5
Erziehungsgeld	2 740	1 447	1,1	1 567	1,2	– 7,7
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 011	1 704	1,3	1 906	1,5	– 10,6
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	923	394	0,3	420	0,3	– 6,2
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 794	860	0,6	915	0,7	– 6,0
Wohnungswesen	1 232	749	0,6	740	0,6	1,2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 291	3 288	2,4	3 213	2,5	2,3
Regionale Förderungsmaßnahmen	902	448	0,3	479	0,4	– 6,5
Kohlenbergbau	1 645	1 642	1,2	1 627	1,2	0,9
Gewährleistungen	1 500	540	0,4	499	0,4	8,2
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 522	3 766	2,8	3 745	2,9	0,6
Straßen (ohne GVFG)	5 603	1 800	1,3	1 999	1,5	– 10,0
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 487	3 219	2,4	4 453	3,4	– 27,7
Bundeseisenbahnvermögen	5 250	2 378	1,7	2 486	1,9	– 4,3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 736	680	0,5	898	0,7	– 24,3
Allgemeine Finanzwirtschaft	37 574	20 190	14,8	20 186	15,4	0,0
Zinsausgaben	38 875	19 776	14,5	18 739	14,3	5,5
Ausgaben zusammen	254 300	136 098	100,0	131 014	100,0	3,9

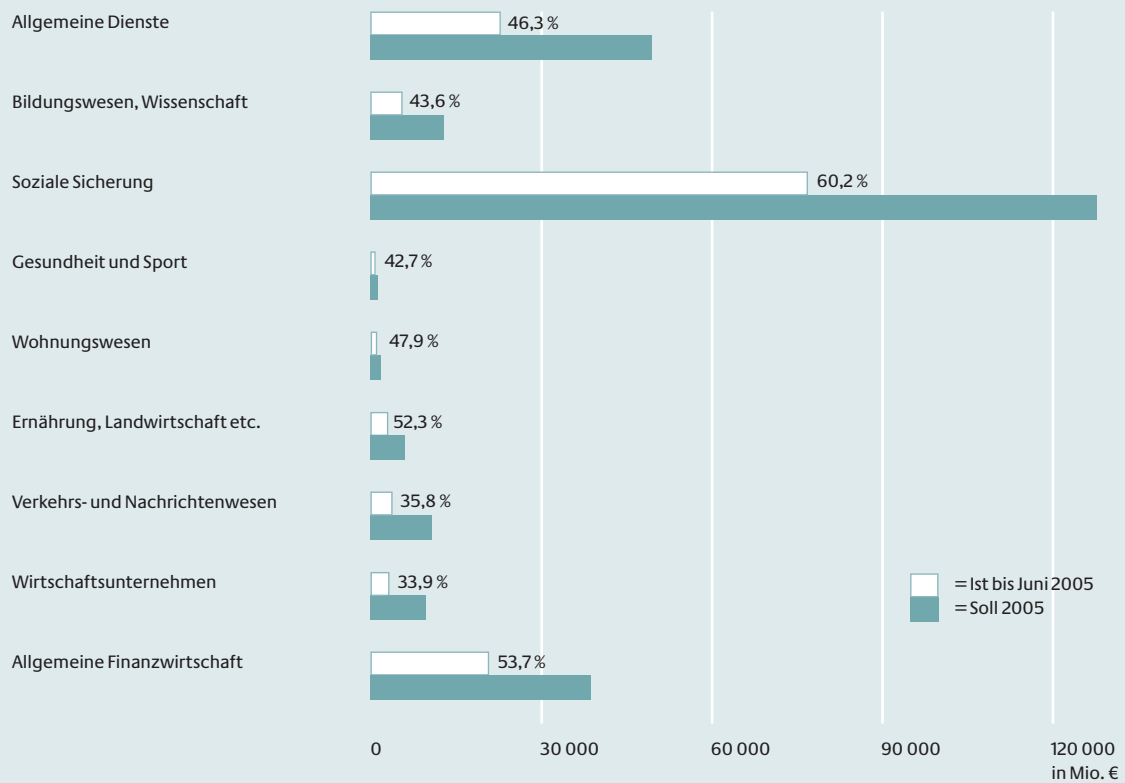
Aus der bisherigen Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 39,4 Mrd. €. In ihm werden die den Haushaltsvollzug prägenden Belastungen wie geringere Steuereinnahmen und höhere Arbeitsmarktausgaben sichtbar. Unter Berücksichtigung

der sich derzeit zeigenden Be- und Entlastungen zeichnet sich ab, dass der Bundeshaushalt ein Risiko von 10 bis 12 Mrd. € zu verkraften hat. Aus dem unterjährigen Saldo können jedoch noch keine belastbaren Rückschlüsse auf das Jahresergebnis gezogen werden.

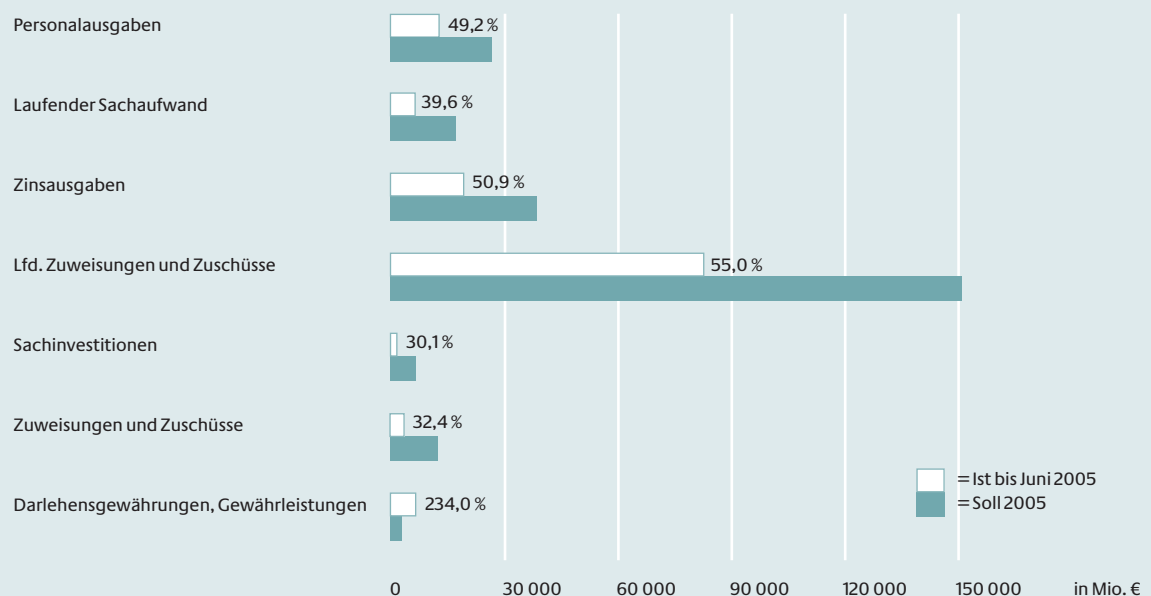
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2005	Ist 2005 Januar bis Juni		Ist 2004 Januar bis Juni		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	233 713	122 724	90,2	115 566	88,2	6,2
Personalausgaben	26 865	13 205	9,7	13 338	10,2	– 1,0
Aktivbezüge	20 147	9 743	7,2	9 936	7,6	– 1,9
Versorgung	6 718	3 462	2,5	3 402	2,6	1,8
Laufender Sachaufwand	17 354	6 871	5,0	7 170	5,5	– 4,2
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	561	0,4	572	0,4	– 1,9
Militärische Beschaffungen	8 122	2 698	2,0	3 544	2,7	– 23,9
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 754	3 612	2,7	3 054	2,3	18,3
Zinsausgaben	38 875	19 776	14,5	18 739	14,3	5,5
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen	150 225	82 698	60,8	76 146	58,1	8,6
an andere Bereiche	13 015	6 305	4,6	6 862	5,2	– 8,1
darunter:	137 210	76 572	56,3	69 393	53,0	10,3
Unternehmen	16 516	6 761	5,0	6 240	4,8	8,3
Renten, Unterstützungen u.a.	22 223	17 347	12,7	12 917	9,9	34,3
Sozialversicherungen	94 560	50 381	37,0	48 366	36,9	4,2
Sonstige Vermögenübertragungen	395	174	0,1	173	0,1	0,6
Investive Ausgaben	22 745	13 374	9,8	15 448	11,8	– 13,4
Finanzierungshilfen	16 011	11 344	8,3	13 175	10,1	– 13,9
Zuweisungen und Zuschüsse	12 545	4 059	3,0	4 537	3,5	– 10,5
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 907	6 801	5,0	8 191	6,3	– 17,0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	484	0,4	447	0,3	8,3
Sachinvestitionen	6 734	2 030	1,5	2 273	1,7	– 10,7
Baumaßnahmen	5 372	1 587	1,2	1 786	1,4	– 11,1
Erwerb von beweglichen Sachen	917	293	0,2	308	0,2	– 4,9
Grunderwerb	445	150	0,1	180	0,1	– 16,7
Globalansätze	– 2 158	0		0		
Ausgaben insgesamt	254 300	136 098	100,0	131 014	100,0	3,9

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Juni 2005



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Juni 2005



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2005 Mio. €	Ist 2005 Januar bis Juni		Ist 2004 Januar bis Juni		Veränderung ggü. Vorjahr in %
		Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	190 786	82 608	85,5	82 861	91,8	- 0,3
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 941	68 190	70,6	66 454	73,6	2,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	71 031	31 744	32,8	31 427	34,8	1,0
davon:						
Lohnsteuer	51 840	22 771	23,6	23 741	26,3	- 4,1
veranlagte Einkommensteuer	2 447	- 171	- 0,2	- 1 165	- 1,3	- 85,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 880	3 682	3,8	3 620	4,0	1,7
Zinsabschlag	3 234	1 896	2,0	1 901	2,1	- 0,3
Körperschaftsteuer	8 630	3 565	3,7	3 331	3,7	7,0
Steuern vom Umsatz	74 565	36 020	37,3	34 629	38,4	4,0
Gewerbesteuerumlage	1 345	426	0,4	397	0,4	7,3
Mineralölsteuer	41 500	14 322	14,8	15 211	16,9	- 5,8
Tabaksteuer	14 750	6 109	6,3	5 860	6,5	4,2
Solidaritätszuschlag	10 286	5 050	5,2	5 019	5,6	0,6
Versicherungsteuer	8 900	5 481	5,7	5 462	6,1	0,3
Stromsteuer	6 600	3 210	3,3	3 334	3,7	- 3,7
Branntweinabgaben	2 162	902	0,9	940	1,0	- 4,0
Kaffeesteuer	1 040	491	0,5	508	0,6	- 3,3
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 535	- 7 250	- 7,5	- 7 503	- 8,3	- 3,4
BNE-Eigenmittel der EU	- 16 750	- 8 770	- 9,1	- 7 419	- 8,2	18,2
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 500	- 1 798	- 1,9	- 1 814	- 2,0	- 0,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 3 527	- 3,6	- 3 405	- 3,8	3,6
II. Sonstige Einnahmen	41 244	14 041	14,5	7 398	8,2	89,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	2 696	800	0,8	555	0,6	44,1
Zinseinnahmen	326	167	0,2	375	0,4	- 55,5
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	21 460	5 786	6,0	2 213	2,5	161,5
Einnahmen zusammen	232 030	96 649	100,0	90 259	100,0	7,1

Steuereinnahmen im Juni 2005

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) gingen im Juni 2005 um – 1,8 % zurück. Dabei waren sowohl die gemeinschaftlichen Steuern mit – 2,0 % wie auch die Bundessteuern mit – 1,2 % und die Ländersteuern mit – 3,2 % rückläufig.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) verbesserten sich im Juni mit + 0,3 % nur minimal gegenüber dem Vorjahr. Dabei glichen sich eine geringere EU-Abführung (– 13,7 % bzw. 208 Mio. €) und der höhere Umsatzsteueranteil einerseits und geringere Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern und Bundessteuern andererseits annähernd aus.

Angesichts der seit Jahresbeginn geltenden Tarifsenkung fiel der Rückgang bei den Lohnsteuereinnahmen im Juni mit – 2,3 % moderat aus.

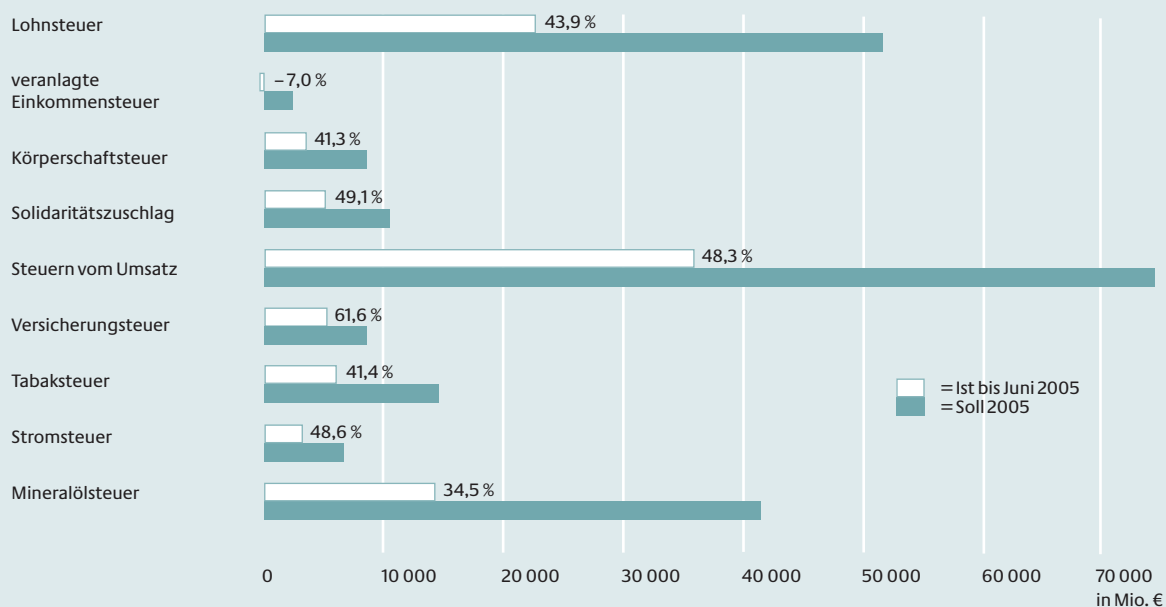
Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer lag im Juni, in dem überwiegend

Vorauszahlungen für das Veranlagungsjahr 2005 geleistet werden, um – 3,3 % bzw. – 172 Mio. € unter dem Vorjahreswert. In der Bruttobetrachtung, also vor Abzug von Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer, Investitionszulage und Eigenheimzulage, war der Rückgang mit – 2,8 % etwas geringer. Er ist Folge der seit 1. Januar 2005 geltenden Tarifsenkung.

Die Körperschaftsteuer verbesserte sich im zweiten Vorauszahlungstermin des Jahres mit + 1,9 % bzw. knapp 75 Mio. € nur leicht. Allerdings war die Vorjahresbasis auch außerordentlich hoch.

Nach dem aufkommensstarken Monat Mai, in dem sich die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Vorjahresvergleich nahezu verdoppelt hatten, enttäuschte der Juni mit einem Rückgang um – 38,7 %. Betrachtet man allerdings beide Monate zusammen, so liegen die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag um gut 1/2 Mrd. € bzw. + 20,3 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Juni 2005



Die seit drei Monaten zu beobachtende positive Aufkommensentwicklung beim Zinsabschlag setzte sich im Juni mit einer Zunahme um + 9,7% in verstärktem Maße fort.

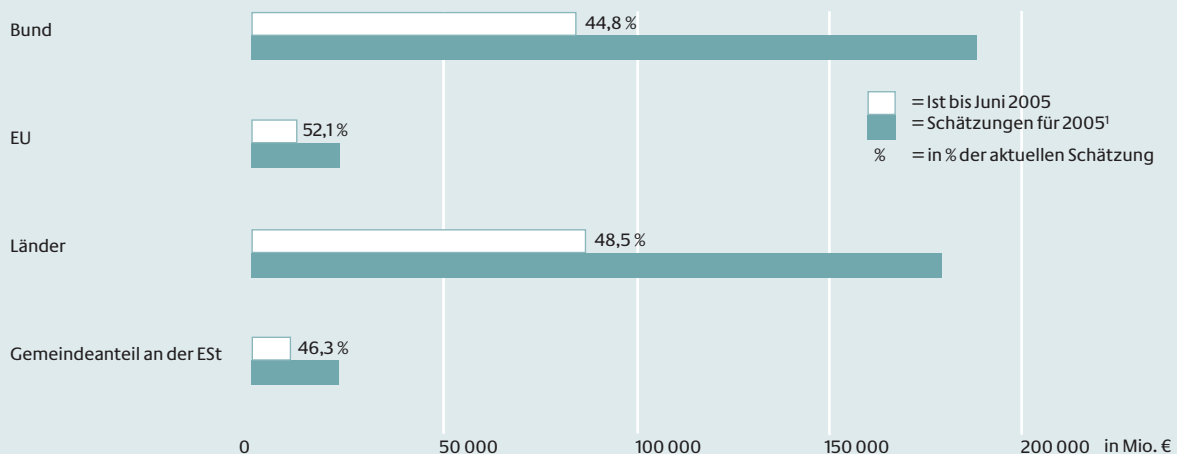
Die Steuern vom Umsatz stiegen um + 2,3 % und lassen damit zusammen mit den zuletzt positiven Meldungen zum Einzelhandel auf eine Belebung des privaten inländischen Verbrauchs schließen.

Die reinen Bundessteuern gingen im Vorjahresvergleich um – 1,2 % zurück. Zwar entwickelte sich die Tabaksteuer infolge der Steuererhöhung mit einer Zunahme um + 11,8 % sehr dynamisch. Doch reichten diese Mehreinnahmen nicht aus, um die Rückgänge bei nahezu sämtlichen anderen Bundessteuern auszugleichen. Bei der Mineralölsteuer hinterließen der hohe Ölpreis und die damit einhergehenden stark rückläufigen Verbrauchszahlen bei Leicht-

öl, Diesel und Heizöl ihre Spuren im Aufkommen (– 4,0 %). Der Solidaritätszuschlag (– 3,2 %) war aufgrund der schwachen Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen ebenfalls rückläufig. Die Einnahmen aus der Stromsteuer sanken im Vorjahresvergleich um – 3,0 %, die Versicherungssteuer ging um – 2,5 % zurück.

Die reinen Ländersteuern verzeichneten einen basisbedingten Rückgang um – 3,2 %. Im Vorjahr waren die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer infolge eines Sondereffekts außergewöhnlich hoch gewesen, im Juni 2005 gingen sie um – 36,6 % auf Normalniveau zurück. Alle übrigen Ländersteuern entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr besser. Die Kraftfahrzeugsteuer nahm steuerrechtlich bedingt um + 10,2 % zu, die Grunderwerbsteuer stieg um + 4,7 %, die Biersteuer um + 4,2 % und die Rennwett- und Lotteriesteuer um + 0,2 %.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Juni 2005



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2005).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)¹

2005	Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2005	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁴	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 769	– 2,3	56 897	– 3,7	118 550	– 4,3
veranlagte Einkommensteuer	5 062	– 3,3	– 402	.	6 600	22,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	883	– 38,7	7 138	– 1,3	9 960	0,4
Zinsabschlag	333	9,7	4 309	– 0,3	6 826	0,8
Körperschaftsteuer	3 965	1,9	7 130	7,1	16 580	26,3
Steuern vom Umsatz	11 037	2,3	67 917	0,0	139 000	1,2
Gewerbsteuerumlage	3	– 72,6	985	8,5	3 294	– 1,8
erhöhte Gewerbsteuerumlage	2	3,0	691	25,7	2 465	6,9
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	31 053	– 2,0	144 665	0,5	303 275	0,4
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 313	– 4,0	14 322	– 5,8	41 000	– 1,9
Tabaksteuer	1 143	11,8	6 109	4,2	14 100	3,4
Branntweinsteuer	191	10,8	897	– 4,6	2 150	– 2,0
Versicherungsteuer	486	– 2,5	5 481	0,3	8 800	0,6
Stromsteuer	863	– 3,0	3 210	– 3,7	6 600	0,1
Solidaritätszuschlag	1 179	– 3,2	5 050	0,6	10 027	– 0,8
sonstige Bundessteuern	112	– 6,7	694	– 3,9	1 507	0,5
Bundessteuern insgesamt	7 288	– 1,2	35 763	– 2,1	84 184	– 0,4
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	381	– 36,6	2 319	– 5,1	3 855	– 10,0
Grunderwerbsteuer	369	4,7	2 266	– 5,5	4 410	– 5,1
Kraftfahrzeugsteuer	779	10,2	4 491	7,8	8 700	12,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	160	0,2	923	– 3,4	1 850	– 1,9
Biersteuer	73	4,2	370	– 2,2	780	– 0,9
sonstige Ländersteuern	84	.	309	11,0	382	– 11,7
Ländersteuern insgesamt	1 846	– 3,2	10 677	0,6	19 977	1,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	255	5,3	1 521	5,2	3 150	3,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	225	– 15,9	1 798	– 0,9	3 500	17,2
BNE-Eigenmittel	1 082	– 13,3	8 770	18,2	16 550	21,7
EU-Eigenmittel insgesamt	1 562	– 11,1	12 089	13,2	23 200	18,1
Bund³	18 929	0,3	83 942	– 0,3	187 248	0,2
Länder³	17 457	– 3,1	86 195	– 1,2	177 661	– 1,2
EU	1 562	– 11,1	12 089	13,2	23 200	18,1
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 494	– 2,0	10 401	0,2	22 477	– 2,5
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	40 441	– 1,8	192 626	0,1	410 586	0,3

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2005.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

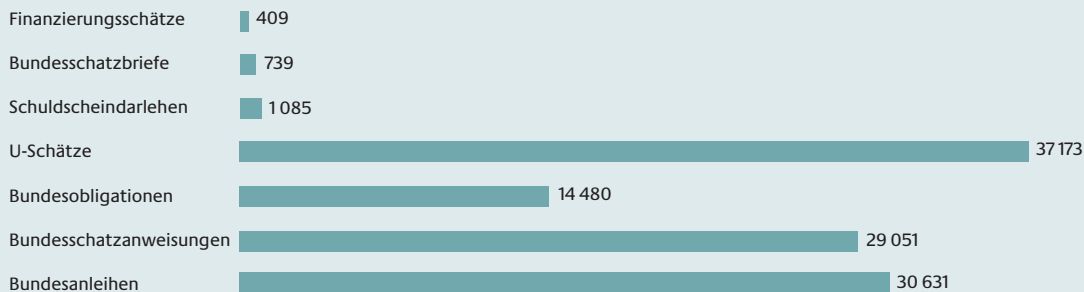
Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Juni weiter zurückgegangen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Mai bei 3,23 % lag, notierte Ende Juni bei 3,08 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – sind Ende Juni auf 2,11 % leicht zurückgegangen (Ende Mai: 2,13 %). Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 5. Juni 2003 die Leitzinsen um 0,5 % gesenkt. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seitdem bei 2,0 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,0 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,0 %.

Die europäischen Aktienmärkte legten im Juni weiter zu. Der Deutsche Aktienindex stieg von 4 461 auf 4 586 Punkte, der 50 Spitzenwerte der EU umfassende Euro Stoxx 50 von 3 077 auf 3 182 Punkte (Monatsendstände).

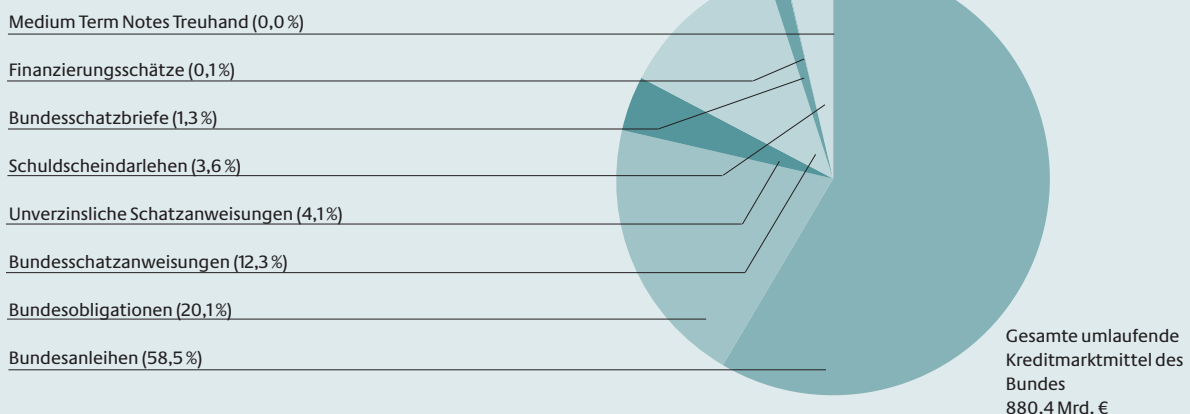
Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet stieg im Mai 2005 auf 7,3 % (nach 6,8 % im April). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum März bis Mai 2005 erhöhte sich auf 6,9 %, verglichen mit 6,6 % in der Zeit von Februar bis April 2005.

Kreditaufnahme des Bundes bis Juni 2005 in Mio. €



Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 30. Juni 2005



(Referenzwert: 4,5 %). Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor blieb im Euroraum mit 7,8 % fast unverändert (7,7 % im Vormonat). Das niedrige Zinsniveau im Euroraum hat auch weiterhin stimulierende Wirkung auf das Geldmengen- und Kreditwachstum.

In Deutschland lag die vorgenannte Kreditwachstumsrate im Mai mit 1,4 % leicht unter dem Vormonatswert (1,6 %).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im Zeitraum 1. Januar bis 30. Juni 2005 113,6 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 1. Januar 2005¹ haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel

des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 30. Juni 2005 um 2,7 % auf 880,4 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 3. Quartal 2005 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2005“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 49 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Der detaillierte Emissionskalender für das 4. Quartal 2005 wird in der 3. Dekade im September 2005 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds und ERP belaufen sich im 3. Quartal 2005 auf rund

¹ Nach Eingliederung des Fonds Deutsche Einheit.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen im 3. Quartal 2005 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	–	–	–	0
Bundesobligationen	–	15,3	–	15,3
Bundesschatzanweisungen	–	–	12,0	12,0
U-Schätze des Bundes	5,9	6,2	5,9	18,0
Bundesschatzbriefe	0,1	0,2	0,1	0,4
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Anleihen des Entschädigungsfonds	–	–	–	0
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	1,1	–	–	1,1
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	1,2	1,0	1,0	3,1
MTN Treuhand	–	–	–	0
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	8,4	22,6	19,1	50,1

Zinszahlungen

	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Zinszahlungen	11,4	2,6	1,1	15,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschl. Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie einschl. des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit.

50,1 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds

und ERP belaufen sich im 3. Quartal 2005 auf rund 15,2 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2005

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137107 WKN 113 710	Aufstockung	13. Juli 2005	2 Jahre fällig 15. Juni 2007 Zinslaufbeginn: 15. Juni 2005 Erster Zinstermin: 15. Juni 2006	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135275 WKN 113527	Aufstockung	20. Juli 2005	30 Jahre fällig 4. Januar 2037 Zinslaufbeginn: 4. Januar 2005 Erster Zinstermin: 4. Januar 2006	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135283 WKN 113528	Aufstockung	17. August 2005	10 Jahre fällig 4. Juli 2015 Zinslaufbeginn: 20. Mai 2005 Erster Zinstermin: 4. Juli 2006	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137115 WKN 113 711	Neuemission	14. September 2005	2 Jahre fällig 14. September 2007 Zinslaufbeginn: 14. September 2005 Erster Zinstermin: 14. September 2006	ca. 8 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141471 WKN 114 147	Neuemission	21. September 2005	5 Jahre fällig 8. Oktober 2010 Zinslaufbeginn: 23. September 2005 Erster Zinstermin: 8. Oktober 2006	ca. 7 Mrd. €
3. Quartal 2005 insgesamt				ca. 31 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114817 WKN 111 481	Neuemission	11. Juli 2005	6 Monate fällig 18. Januar 2006	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114825 WKN 111 482	Neuemission	15. August 2005	6 Monate fällig 15. Februar 2006	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114833 WKN 111 483	Neuemission	12. September 2005	6 Monate fällig 15. März 2006	ca. 6 Mrd. €
3. Quartal 2005 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Die aktuellen Konjunkturindikatoren deuten auf eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung in moderatem Tempo hin. Die saison- und preisbereinigte Zunahme des Bruttoinlandsprodukts, die im ersten Vierteljahr durch Kalendereffekte stark überzeichnet war, wird sich – als Reaktion auf die vorangegangene Übersteigerung – vorübergehend deutlich abschwächen. Dies sagt aber wenig über die konjunkturelle Grundtendenz aus, welche aufwärts gerichtet bleibt. Hierfür sprechen zum einen die Exportdaten, die weiterhin kräftige Impulse geben, sich allerdings im Jahresverlauf abschwächen dürften. Von der Binnenkonjunktur zum anderen gehen zwar auch leicht positive Signale aus, insgesamt scheint es sich hier zunächst aber nur um eine Stabilisierung und noch keine nachhaltige Besserung zu handeln. Für die Situation der öffentlichen Haushalte zeichnet sich damit noch keine Entspannung ab. Die beiden wichtigsten Einnahmequellen, die Umsatzsteuer und die Lohnsteuer, verzeichneten im Mai Rückgänge im Vorjahresvergleich. Während die Umsatzsteuereinnahmen im 1. Quartal noch gestiegen waren, sind sie in den Monaten April/Mai merklich gesunken und liegen somit kumuliert wieder unterhalb ihres Niveaus im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Lohnsteuereinnahmen setzten dagegen ihren Abwärtstrend, wenn auch in etwas abgeschwächtem Umfang, fort.

Hauptgrund für diese schwache Entwicklung der Steuereinnahmen ist die Tatsache, dass sich die wirtschaftliche Erholung im Wesentlichen weiterhin auf die Auslandsnachfrage beschränkt. Die Warenausfuhr erholte sich im Juni nach einer leichten Abschwächung im Vormonat wieder deutlich, so dass ihr Wert im Zweimonatsdurchschnitt um 2,2 % saisonbereinigt zunahm. Von Januar bis Mai wurden insgesamt

5,1 % mehr Waren im Vergleich zum Vorjahr exportiert. Nach Ländergruppen verzeichneten in diesem Zeitraum die Exporte in den Euro-Raum den größten Zuwachs (+ 7,6 %). Demgegenüber fiel die Ausweitung der Exporttätigkeit in die EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euro-Raums und in Drittländer wesentlich geringer aus (+ 2,3 % und + 3,6 %). Gleichzeitig sind im Mai die Warenimporte erneut stärker gestiegen als die Exporte. Während die Tendenz im 1. Quartal noch rückläufig war, fiel der Anstieg im Zweimonatsdurchschnitt mit 6,2 % recht kräftig aus. Auch gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum war die Ausweitung der Wareneinfuhr mit 10,3 % beträchtlich. Dies könnte ein Indiz für eine allmähliche Stärkung der binnenwirtschaftlichen Aktivitäten sein, während gleichwohl die in der Tendenz rückläufige Entwicklung der Auftragseingänge aus dem Ausland möglicherweise auf ein Nachlassen der Exportdynamik im Jahresverlauf hindeutet. Dies sowie der seit Februar rückläufige „OECD Composite Leading Indicator“ für die OECD-Länder lassen auf eine etwas langsamere Gangart der Weltkonjunktur schließen.

Inzwischen zeigen die Außenhandelsdaten, dass die außenwirtschaftlichen Impulse nach und nach auch die Binnenkonjunktur erfassen. So dürfte die Verbesserung der Exporttätigkeit ebenfalls zur Belebung der Industrieproduktion (+ 0,8 % im Zweimonatsdurchschnitt) beigetragen haben. Dies resultierte vor allem aus der Zunahme der Erzeugung von Vorleistungs- und Investitionsgütern, wobei Letztere in der Tendenz deutlich angestiegen sind. Im Gegensatz dazu schwächte sich die Konsumgüterproduktion ab, was allerdings – in der Verlaufsbeurteilung – vor dem Hintergrund des kräftigen Anstiegs zu Jahresbeginn gesehen werden sollte.

Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			3.Q.04	4.Q.04	1.Q.05	3.Q.04	4.Q.04	1.Q.05
Bruttoinlandsprodukt								
real	2 123	+ 1,6	- 0,0	- 0,1	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,0
nominal	2 207	+ 2,0	- 0,2	- 0,2	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,5
Einkommen								
Volkseinkommen	1 636	+ 2,2	- 1,1	- 0,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,3
Arbeitnehmerentgelt	1 134	+ 0,2	- 0,4	- 0,3	+ 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	502	+ 7,0	- 2,6	+ 0,3	+ 3,5	+ 2,4	+ 5,8	+ 4,8
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 441	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,2	- 1,2	+ 1,0	+ 2,2	+ 0,8
Bruttolöhne und -gehälter	912	+ 0,3	- 0,5	- 0,3	+ 0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,2
Sparen der privaten Haushalte	155	+ 0,8	+ 0,1	+ 3,4	- 1,5	- 0,2	+ 4,2	+ 2,7

Umsätze/ Auftragseingänge/ Außenhandel	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Apr 05	Mai 05	2- Monats- durch- schnitt	Apr 05	Mai 05	2- Monats- durch- schnitt
Umsätze								
Industrie ¹	105,2	+ 4,5	- 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,0
Inland ¹	99,4	+ 2,5	- 0,4	- 0,2	- 0,1	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9
Ausland ¹	114,5	+ 7,3	- 0,9	+ 1,2	+ 0,7	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,7
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	79	- 5,2	+ 18,4	.	- 5,7	- 9,0	.	- 18,8
Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	101,6	+ 1,6	- 0,9	+ 1,4	+ 0,2	+ 0,8	+ 2,5	+ 1,7
Großhandel (ohne Kfz.)	105,8	+ 5,8	- 1,4	+ 2,2	+ 0,4	+ 5,5	+ 6,6	+ 6,0
Auftragseingang								
Industrie	105,6	+ 7,1	- 2,3	+ 2,4	- 0,2	+ 4,4	+ 2,4	+ 3,4
Inland	99,0	+ 5,0	- 0,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 3,4	+ 1,9	+ 2,7
Ausland	113,8	+ 9,5	- 4,4	+ 4,6	- 1,2	+ 5,5	+ 2,8	+ 4,1
Bauhauptgewerbe	74,6	- 5,7	- 3,2	.	+ 6,1	- 6,2	.	- 6,5
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	731	+ 10,0	- 0,5	+ 3,8	+ 2,2	+ 4,8	+ 5,3	+ 5,1
Waren-Importe	576	+ 7,8	+ 3,5	+ 5,8	+ 6,2	+ 9,5	+ 11,1	+ 10,3

Arbeitsmarkt	2004		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Apr 05	Mai 05	Jun 05	Apr 05	Mai 05	Jun 05
Erwerbstätige, Inland	38,86	+ 0,4	+ 14	+ 4	.	+ 138	+ 136	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,38	+ 0,1	- 82	- 3	- 23	+ 524	+ 513	+ 471

Preisindizes	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Apr 05	Mai 05	Jun 05	Apr 05	Mai 05	Jun 05
2000 = 100								
Importpreise	97,2	+ 1,0	+ 0,0	- 0,4	.	+ 3,3	+ 2,2	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	105,8	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,5	+ 4,6	+ 4,1	+ 4,6
Verbraucherpreise	106,2	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8

ifo-Geschäftsklima Verarbeitendes Gewerbe Deutschland (ohne Nahrungs- und Genuss- mittelindustrie)	saisonbereinigte Salden							
	Nov 04	Dez 04	Jan 05	Feb 05	Mrz 05	Apr 05	Mai 05	Jun 05
Klima	+ 4,6	+ 6,6	+ 6,5	+ 3,4	- 0,8	- 3,9	- 5,0	- 4,9
Geschäftslage	+ 4,1	+ 3,8	+ 5,0	+ 2,4	- 3,5	- 5,4	- 4,9	- 4,2
Geschäftserwartungen	+ 5,1	+ 9,5	+ 8,0	+ 4,4	+ 1,8	- 2,4	- 5,2	- 5,5

¹ Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Auch der Umsatz von Industrieprodukten hat etwas zugelegt (April/Mai + 0,2 %). Der Zuwachs kam jedoch ausschließlich aus dem Ausland und hier aus allen drei Gütergruppen. Im Inland wurden weniger Konsumgüter abgesetzt (– 0,7 %), wenngleich das Verlaufsbild der Umsätze weiterhin aufwärts gerichtet ist. Die Investitionsgüterumsätze stagnierten dagegen. Die Entwicklung der Auftragseingänge in nominaler Rechnung lässt eher auf eine moderate Fortsetzung der Erholung denn auf eine deutliche Verstärkung der konjunkturellen Dynamik schließen – im Zweimonatsvergleich kam es zu einem leichten Rückgang von 0,2 %. Allerdings wird daraus deutlich, dass die Auslandsnachfrage etwas nachlassen dürfte (– 1,2 %), während der Wert der inländischen Aufträge im Zweimonatsvergleich bereits zum zweiten Mal zugelegt hat (+ 0,6 %). Hierzu hat sowohl eine höhere Nachfrage nach Konsum- als auch nach Investitionsgütern beigetragen, während aus dem Ausland lediglich mehr Konsumgüter nachgefragt wurden.

Bei den Klimaindikatoren überwiegen im Moment zwar noch insgesamt die pessimistischen Stimmen, allerdings gab es am aktuellen Rand erste positive Signale. Der ifo-Geschäftsklimaindex sowie der Einkaufsmanagerindex von Reuters vermittelten zuletzt den Anschein einer zumindest leichten Stimmungsaufhellung für das Verarbeitende Gewerbe. Es ist aber noch zu früh, um bereits von einer Trendwende zum Besseren zu sprechen. So kam die leichte Verbesserung des ifo-Geschäftsklimas (ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie) nur durch eine bessere Lageeinschätzung zustande, während sich die Erwartungen hinsichtlich der Geschäftsentwicklung in den kommenden sechs Monaten nochmals etwas verschlechterten. Auch der Einkaufsmanagerindex blieb trotz seines Anstiegs unterhalb der Expansionsgrenze, wenngleich die Teilkomponenten für Auftragseingänge und Produktion darüber lagen.

Die Lage in der Bauwirtschaft ist nach wie vor unbefriedigend. Der deutliche Anstieg der

Bauproduktion im April/Mai um 10,2 % gegenüber der Vorperiode dürfte nicht ausreichen, um den starken witterungsbedingten Rückgang der Bauproduktion im 1. Quartal zu kompensieren. Eine durchgreifende konjunkturelle Besserung im Bauhauptgewerbe ist, gemessen an der Nachfrageentwicklung und den Einschätzungen der Bauunternehmen im ifo-Test, nicht in Sicht.

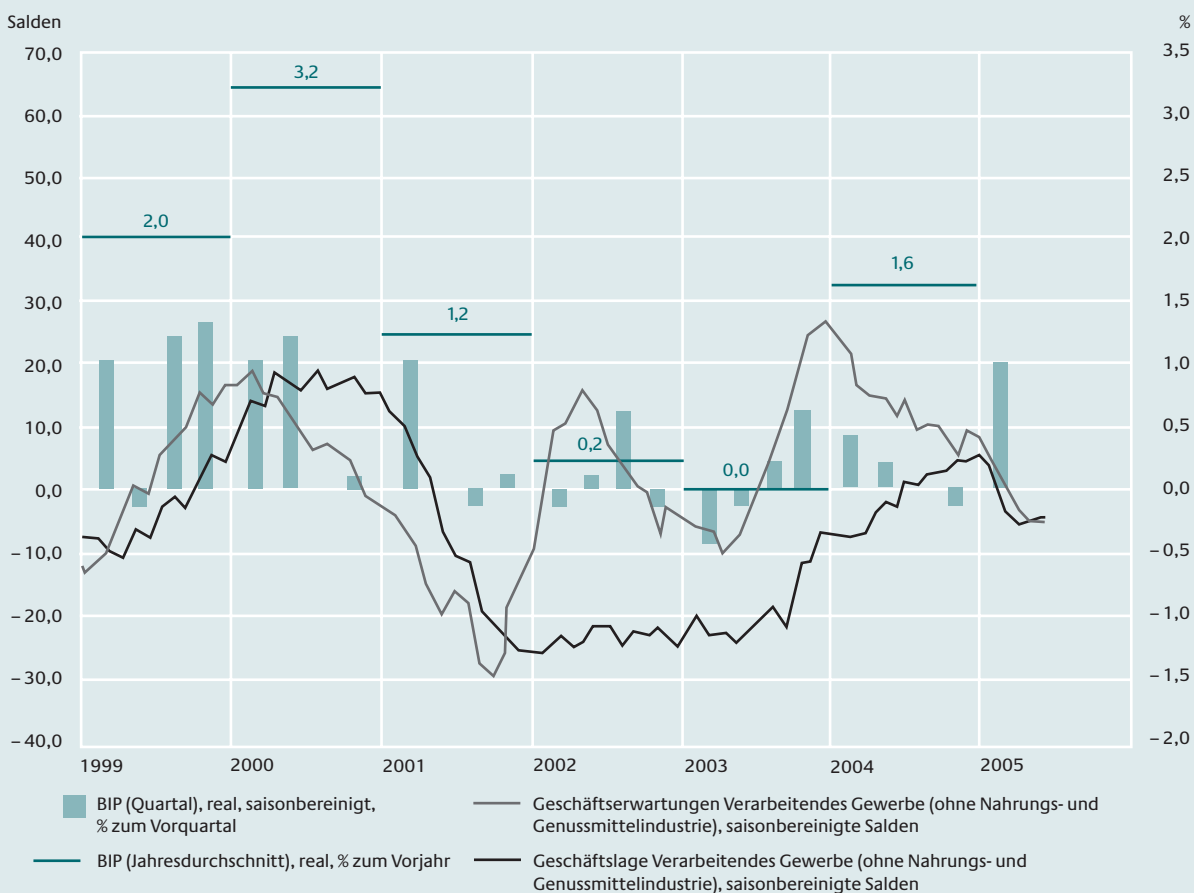
Fundierte Aussagen über die Entwicklung der Privaten Konsumausgaben sind nach wie vor schwierig zu treffen. Mittlerweile wurde die Einzelhandelsstatistik zwar auf einen neuen Berichtskreis umgestellt, der grundsätzlich eine umfangreichere Erfassung der Umsatztätigkeit im Einzelhandel ermöglichen soll. Allerdings sind im Augenblick die statistischen Unsicherheiten noch groß und die Daten sehr revisionsanfällig. Nach Umstellung der Einzelhandelsstatistik hat sich das Bild zur Umsatzentwicklung im letzten Jahr etwas verändert. Nach dem alten Berichtskreis stagnierten die Umsätze im 2. Halbjahr 2004 auf einem niedrigen Niveau. Nach den neuen Erhebungen nahmen sie im Verlauf dieses Zeitraums jedoch tendenziell zu (+ 1,4 % gegenüber dem 1. Halbjahr). Dagegen sind die Umsätze seit Jahresbeginn 2005 in der Tendenz wieder abwärts gerichtet. Die Daten zeigen unverändert, dass der Anstieg der inländischen Umsätze und Auftragseingänge im Konsumgüterbereich offensichtlich noch nicht zu einer entsprechenden Umsatzbelebung im Einzelhandel geführt hat. Ein uneinheitliches Bild vermitteln auch die Stimmungsindikatoren von Einzelhändlern und Verbrauchern: Während sich die nach wie vor unterkühlte Stimmung der Einzelhändler im Juni zum dritten, und dieses Mal spürbar aufhellte, wurde das Konsumklima von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) für den Monat Juli ein drittes Mal etwas pessimistischer eingeschätzt.

Die moderate Konjunkturerholung hat den Arbeitsmarkt noch nicht erreicht. Hier war die Lage bis zum Juni nahezu unverändert ungünstig. Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit

ging zwar um 23 000 Personen gegenüber Mai zurück; allerdings ist dies im Wesentlichen auf den verstärkten Einsatz von Arbeitsgelegenheiten und einer intensiveren Betreuung arbeitsloser Jugendlicher zurückzuführen, nicht aber konjunkturell begründet. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 11,7 %. Nach Ursprungszahlen gab es im Juni 4,70 Mio. registrierte Arbeitslose und damit 471 000 mehr als vor einem Jahr. Damit hat sich seit April der Vorjahresabstand deutlich verkleinert. Die Arbeitslosenquote lag bei 11,3 %. Die international vergleichbare saisonbereinigte Zahl der Erwerbslosen, die nur bis Mai verfügbar ist, belief sich auf 3,97 Mio., 150 000 weniger als im Vormonat. Die Erwerbslosenquote ging um 0,3 Prozentpunkte auf 9,3 % zurück.

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 136 000 auf 38,98 Mio. Personen. Saisonbereinigt war ein leichter Anstieg von 4 000 Personen zu verzeichnen, nach monatsdurchschnittlich + 10 000 von Januar bis April. Die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entwickelte sich jedoch weiter ungünstig, wenngleich sie nach ersten Hochrechnungen von März auf April zunahm. Ursache dafür dürfte allerdings, wegen des kalten März, eine Verlagerung des üblichen Beschäftigungsaufbaus in den April und keine tendenzielle Besserung sein. Die sich im letzten Monat andeutenden Stabilisierungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt setzten sich weiter fort. Dabei dürfte die Zunahme von ungeforderten Stellen (saisonbereinigt seit Jahresbeginn

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



+ 43 000) eine erhöhte, aber immer noch äußerst schwache Nachfrage nach Arbeitskräften widerspiegeln.

Insgesamt war die Preisniveauentwicklung im ersten Halbjahr moderat, auch wenn sich auf den verschiedenen Stufen der Preisbildung Auswirkungen der unverändert hohen Rohöl- und Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt und die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar (seit Dezember letzten Jahres) zeigten. Der Wechselkurs des Euro ist im Monatsdurchschnitt Januar bis Juni dieses Jahres gegenüber Dezember 2004 um 4,2 % gesunken. In dieser Zeit stiegen die Rohölpreise in US-Dollar je Barrel der Sorte Brent um 24,0 % und in Euro je Barrel um 29,6 %. Die Euro-Abwertung bewirkte somit einen um 5,6 Prozentpunkte höheren Anstieg des Ölpreises in Euro. In der Verlaufsbeurteilung sind also die wechselkursbedingten Entlastungseffekte ausgelaufen. Anders verhält es sich im Vorjahresvergleich: Von Januar bis Juni lag das Austauschverhältnis des Euro gegenüber dem US-Dollar um 4,6 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Damit gab es im Vorjahresvergleich noch einen Entlastungseffekt des in Euro gerechneten Ölpreisanstiegs von 6,4 Prozentpunkten.

Die hohen Steigerungsraten der Rohstoffpreise und der im Jahresverlauf zunehmende Belastungseffekt des Wechselkurses zeigten sich insbesondere bei den entsprechenden Importpreisen. Insgesamt nahm der entsprechende Index von Januar bis Mai um durchschnittlich 2,2 % im Vergleich zum Dezember zu. Dies

beruhte vor allem auf einer Zunahme der Importpreise für Energieprodukte um 17,0 %. Ohne diese Güter wäre der Anstieg nur sehr gering ausgefallen (+ 0,4 %). Am aktuellen Rand (Mai) lag der Importpreisindex um 2,2 % über dem Vorjahresstand. Der Index der Erzeugerpreise ist im Zeitraum Januar bis Juni gegenüber Dezember etwas weniger stark gestiegen als derjenige der Einfuhrpreise (+ 2,0 %), insbesondere war die Teuerung der Energieprodukte weniger ausgeprägt (+ 7,3 %). Allerdings zeigt sich hier ein zunehmender Trend: Im Juni ist der Erzeugerpreisindex gegenüber dem Vorjahr um 4,6 % angestiegen, ohne Energie hätte die Erhöhung nur 2,0 % betragen. Der Index der Verbraucherpreise hat sich im Durchschnitt des ersten Halbjahrs gegenüber Dezember kaum verändert (+ 0,3 %). Er bewegt sich damit insgesamt gesehen weiterhin in ruhigen Bahnen. Im Juni betrug die Jahresteuerrate der Verbraucherpreise 1,8 %. Ohne Heizöl und Kraftstoffe hätte die Teuerrate nur bei 1,3 % gelegen. Daneben wirkten die Verteuerung von Bohnenkaffee sowie die Anhebung der Tabaksteuer (Dezember 2004) und der Kraftfahrzeugsteuer (Januar 2005) preistreibend. Verbilligungen gab es dagegen insbesondere bei Informationsverarbeitungsgeräten. Insgesamt dürfte die Preisniveauentwicklung in Deutschland auf der Konsumentenstufe auch weiterhin – trotz der wechselkurs- und rohstoffpreisbedingten Belastungen – in moderaten Bahnen verlaufen. Dafür sprechen sowohl die noch verhaltene Binnennachfrage als auch die rückläufigen Lohnstückkosten.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Europäischer Rat am 16./17. Juni 2005 blieb ohne Einigung über die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013

Zu den Hauptzielen der luxemburgischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2005 gehörten die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie eine politische Einigung über die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013.¹

Trotz intensiver Verhandlungen am 16./17. Juni konnte die angestrebte politische Einigung über die Finanzielle Vorausschau nicht erreicht werden. Die Mitgliedstaaten Großbritannien, Niederlande, Schweden, Spanien und Finnland haben gegen den letzten Präsidentschaftsvorschlag gestimmt. Auch ein Kompromissangebot der neuen Mitgliedstaaten durch den polnischen Premierminister Belka konnte das Scheitern nicht mehr verhindern.

Vorbereitungen unter luxemburgischer Präsidentschaft

Aus Sicht der Nettozahlerländer wäre es ein guter Start der luxemburgischen Präsidentschaft gewesen, wenn man die Vorarbeiten der niederländischen Präsidentschaft übernommen hätte. Die niederländische Präsidentschaft hatte die Positionen aller Mitgliedsländer in einem Bausteinansatz systematisiert dargestellt und die Forderung der sechs Nettozahlerländer (Deutschland, Niederlande, Frankreich, Großbritannien, Schweden und Österreich), die Ausgaben auf nicht mehr als 1 % des Bruttonationaleinkommens der Europäischen Union (EU-BNE) zu begrenzen, auf dem Verhandlungstisch platziert.

Die luxemburgische Präsidentschaft hat sich diesen Ansatz nur in Teilen zu Eigen gemacht und versucht, die Positionen der Mit-

gliedsländer mit einem eigenen Verhandlungskonzept einander anzunähern. Zunehmend stellte sich für die Präsidentschaft heraus, dass alle Mitgliedstaaten auf ihren Ausgangspositionen beharrten und kaum Kompromissbereitschaft zeigten. Die Präsidentschaft reagierte darauf taktisch, indem sie begann, in ihre letzten Diskussionspapiere (Verhandlungsbox) zunehmend Maßnahmen zu Gunsten einzelner Mitgliedstaaten aufzunehmen.

Eine gewisse Dynamik erlangten die Verhandlungen erst, nachdem die Referenden zur Europäischen Verfassung in den Niederlanden und Frankreich negativ ausgefallen waren. Um die sich daraus ergebende Unsicherheit hinsichtlich des Zustandekommens einer Einigung über die Finanzplanung zu verringern, kündigte der Bundeskanzler an, er sei zu Flexibilität bereit, wenn auch andere Länder Bewegung zeigten.



Verhandlungen auf dem Europäischen Rat

Die luxemburgische Präsidentschaft legte am 15. Juni, unmittelbar vor dem Europäischen Rat, eine neue Verhandlungsbox vor. Das Volumen lag bei ca. 1,06 % EU-BNE, in absoluten Zahlen bei 868 Mrd. €.

Auf Basis dieses Papiers fanden auf dem Europäischen Rat wie üblich eine Reihe von bilateralen Gesprächen statt, in denen die

¹ Siehe auch Beitrag im Monatsbericht April 2005 „Stand der Beratungen zur Finanziellen Vorausschau der Europäischen Union“, S. 75 ff.

Präsidentschaft immer wieder Annäherungen auszuloten versuchte. Ein am Abend des 17. Juni vorgelegter Vorschlag, der die Verhandlungsbbox vom 15. Juni änderte, konnte eine Reihe von Delegationen nicht zur Änderung ihrer Haltung bewegen. Es ist das Verdienst der luxemburgischen Präsidentschaft, dass sie in diesem letzten Vorschlag den Gesamtbetrag nicht wesentlich verändert hat (871 Mrd. €) und nicht versuchte, Großbritannien durch nur noch kosmetische Änderungen am bestehenden „Britten-Rabatt“ zur Zustimmung zu bewegen.

Großbritannien weigerte sich, einer Reduzierung seines Rabattes zuzustimmen. Selbst das Einfrieren auf einem künftigen, höheren Niveau wurde mit der Begründung abgelehnt, es bedürfe hierfür größerer Konzessionen der Gemeinschaft in der Agrarpolitik, als sie im Vorschlag der Präsidentschaft zum Ausdruck kommen. Lediglich die Einbeziehung eines Teils der Ausgaben für Rumänien und Bulgarien in den Plafond der bestehenden Vereinbarung über die Agrarausgaben hielt Großbritannien für unzureichend.

Die Niederlande verlangten einen Beitragsrabatt in einer Höhe, der insbesondere mit Blick auf die hohen absoluten Nettolasten Deutschlands unangemessen gewesen wäre. Abgesehen davon, dass Deutschland die Hauptlast der Finanzierung zu tragen gehabt hätte, hätte die Befriedigung einer solchen Forderung bedeutet, dass die Pro-Kopf-Nettolast Deutschlands erstmals höher gewesen wäre als die der Niederlande. Von den anderen Mitgliedsländern, die gegen den Kompromiss stimmten, kann man annehmen, dass sie dies wegen der Gunst der Stunde taten; eine Verweigerung könnte ihnen

etwas mehr Spielraum hinsichtlich weiterer Forderungen (Spanien, Finnland) bzw. engerer Begrenzung der Ausgaben (Schweden) bei Wiederaufnahme der Verhandlungen gewähren.

Die deutsche Position war, Bereitschaft zu mehr Flexibilität zu zeigen, als dies nach der lange eingenommenen festen Position in der „Gruppe der 6 Nettozahler“ zu erwarten gewesen wäre, wenn es auch von Seiten anderer Länder Signale des Kompromisses gegeben hätte. Deutschland wäre bereit gewesen, einen Abschluss über 1,0 % des EU-BNE hinzunehmen, wenn zu Gunsten Deutschlands ein Rabattmechanismus gewirkt hätte, der die deutsche Beitragslast auf nicht mehr als 1,0 % des deutschen BNE begrenzt hätte. Das Ziel, einen am Nettosaldo ansetzenden allgemeinen Korrekturmechanismus einzuführen, der die Nettolast dauerhaft begrenzt, wäre angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Rat nicht vollständig umsetzbar gewesen.

Aus haushalts- und finanzpolitischer Perspektive gesehen ist das Ergebnis des Europäischen Rates keine Krise. Auch der Europäische Rat in Berlin 1999 fand erst neun Monate vor dem Ende der damals geltenden Finanziellen Vorausschau statt. Es wäre sicherlich wünschenswert gewesen, alle Mitgliedstaaten hätten sich bereits zum jetzigen Zeitpunkt, d. h. 18 Monate vor dem Ende der derzeit geltenden Periode der Finanziellen Vorausschau, zu einem Kompromiss durchringen können. Man darf aber nicht übersehen, dass es noch erheblicher Anstrengungen bedarf, um die aktuellen Positionen von Großbritannien, Niederlande und Frankreich so miteinander zu verzahnen, dass ein Kompromiss möglich wird. Die britische Präsidentschaft wird nun ihren Teil dazu beitragen müssen.

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 12. Juli 2005 in Brüssel

Arbeitsprogramm der britischen Ratspräsidentschaft

Ratspräsident Gordon Brown stellte das ECOFIN-Programm der britischen Präsidentschaft für das zweite Halbjahr 2005 vor. Das Programm setzt im Wesentlichen die unter den vorhergehenden Präsidentschaften aufgenommen Arbeiten fort. Schwerpunkte des neuen Programms sind:

- Wirtschaftsreformen (Fortsetzung der Lissabon Agenda);
- Bessere Rechtssetzung (Abbau von administrativen Lasten für Unternehmen);
- Finanzielle Vorausschau 2007–2013;
- Finanzdienstleistungen (Implementierung des Financial Services Action Plan der EU);
- Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit (Erreichung der Millennium Development Goals der Entwicklungshilfe);
- Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen (Vertiefung des EU-USA-DIALOGS).

Aus Anlass der Terroranschläge in London ergänzte der Vorsitzende Brown die Terrorbekämpfung als weiteren Schwerpunkt. Innerhalb der EU sowie gemeinsam mit den internationalen Partnern sollten Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche, Maßnahmen gegen illegale Zahlungssysteme sowie Maßnahmen für ein schnelles Einfrieren von Konten ergriffen werden. Die Kommission schlug in diesem Zusammenhang vor, die Verwaltungszusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern. Drittstaaten sollten verstärkt in die Überwachung von Finanzströmen einbezogen werden. Das Thema Terrorismusbekämpfung wird auf dem informellen ECOFIN im September aufgegriffen.

Die Minister bekundeten Solidarität mit Großbritannien und lobten das Programm der britischen Ratspräsidentschaft als ehrgeiziges und modernes Programm.

Entwicklungsfinanzierung

Der ECOFIN-Rat führte einen Gedankenaustausch zu den Ausgestaltungsmöglichkeiten einer Flugticketabgabe zur Entwicklungsfinanzierung. Ziel ist die Vorbereitung der EU für das hochrangige Treffen der Vereinten Nationen im September 2005 zur Überprüfung der Fortschritte bei der Erreichung der Millenniumsziele für die Entwicklungshilfe. Auf dem G 8-Gipfel in Gleneagles hatten die Staats- und Regierungschefs eine Verdopplung der Entwicklungshilfe bis 2010 angekündigt. Bundeskanzler Schröder hatte die im Allgemeinen Rat von Deutschland eingegangene Verpflichtung auf ein Zwischenziel der Entwicklungshilfe von 0,51% des Bruttonationaleinkommens (BNE) bis 2010 und das 0,7%-Ziel bis 2015 bekräftigt.



Minister Eichel hob die Bedeutung einer gemeinsamen europäischen Lösung zur Entwicklungshilfefinanzierung hervor. Wegen ihrer Haushaltslage bestehe für einige Mitgliedstaaten die Notwendigkeit von innovativen Finanzierungsinstrumenten zur Erreichung der Entwicklungshilfeziele.

Der Vorsitz beauftragte Kommission und den Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA) mit der Fortsetzung der Arbeiten und der Vorbereitung des Themas für den informellen ECOFIN im September.

Wiederaufbau von West Bank und Gaza-Streifen: EU-Hilfe

Auf Anregung der britischen Präsidentschaft präsentierte der Vorsitzende der Europäischen Investitionsbank (EIB) Maystadt das derzeitige Engagement der Bank in der Region und skizzierte mögliche Optionen für eine weitergehende Hilfe beim Wiederaufbau von Westbank und Gaza-Streifen. Insbesondere sah er Möglichkeiten für eine Ausweitung der KMU-Förderung. Voraussetzung sei eine Stärkung des palästinensischen Bankensektors durch Gewährung technischer Hilfe.

Der ECOFIN-Rat führte eine erste Debatte. Minister Eichel verwies auf die bereits jetzt von Deutschland geleistete finanzielle und technische Hilfe in den betroffenen Gebieten. Deutschland unterstütze die Einrichtung eines Kreditgarantiefonds mit einem Beitrag von 5 Mio. €. Der Fonds werde in den nächsten Monaten operativ tätig und sichere Kredite mit einem Volumen von durchschnittlich 17 000 US-Dollar ab. Daneben werde ein Beratungsprojekt für kleinere und mittlere Unternehmen umgesetzt. Minister Eichel unterstützte den britischen Vorschlag eines verstärkten europäischen Engagements beim Wiederaufbau der Region im Grundsatz. Konkrete Vorschläge müssten im Hinblick auf die Absorptionsfähigkeit der Region, die Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Förderstrukturen sowie die wirtschaftlichen und politischen Risiken geprüft werden.

Die Präsidentschaft beauftragte Kommission und EIB mit der Ausarbeitung konkreter Vorschläge für einen Beitrag der EU zum Wiederaufbau der Region. Eine Wiederbefassung ist für den informellen ECOFIN im September vorgesehen.

EU-Haushalt: Fahrplan zu einem integrierten Kontrollrahmen

Im April 2005 entlastete das Europäische Parlament auf Empfehlung des ECOFIN-Rates die

Kommission für den Haushalt 2003. Der Europäische Rechnungshof hatte – wie auch in den letzten zehn Jahren – seine Zuverlässigkeitserklärung nicht erteilt. Kommissar Almunia präsentierte eine „Roadmap“, von deren Umsetzung die Kommission sich erhofft, dass der Europäische Rechnungshof zukünftig die Zuverlässigkeitserklärung erteilen kann. Dabei werden als von den Mitgliedstaaten zu veranlassende Maßnahmen vorgeschlagen:

- jährliche Zuverlässigkeitserklärungen der Finanzminister über die Funktionsfähigkeit der nationalen Verwaltungs- und Kontrollsysteme;
- eine ergänzende Zuverlässigkeitserklärung aller am Verwaltungs- und Kontrollverfahren beteiligten Verwaltungen der Mitgliedstaaten;
- eine Verpflichtung der obersten Rechnungskontrollbehörden der Mitgliedstaaten, den Kontrollrahmen zu überwachen.

Die Minister einigten sich über das weitere Vorgehen: Sie setzten eine Expertengruppe ein, die dem ECOFIN-Rat im November Schlussfolgerungen unterbreiten soll.



Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumpaktes

a) Stabilitätsprogramm Portugal

Der ECOFIN-Rat beschloss die von der Kommission empfohlene Stellungnahme zum aktualisierten Stabilitätsprogramm 2005–2009 von Portugal. Im Programm kündigt Portugal für 2005

(2006) ein Haushaltsdefizit von 6,2 % (4,8 %) an. Das Stabilitätsprogramm sieht eine Rückführung des Defizits unter die 3-%-Grenze bis 2008 vor.

In seiner Stellungnahme hebt der ECOFIN-Rat die Risiken für den von Portugal angekündigten Konsolidierungsprozess hervor: das zu optimistische Makroszenario am Ende des Programmzeitraums, die Wettbewerbsschwäche Portugals sowie das Implementierungsproblem vorgesehener wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen. Die Ratsstellungnahme zum Stabilitätsprogramm enthält folgende Empfehlungen an Portugal:

- schnellstmögliche Korrektur des übermäßigen Defizits durch vollständige Umsetzung der geplanten Maßnahmen, insbesondere Senkung und effektive Kontrolle öffentlicher Ausgaben;
- Beschleunigung des Schuldenabbaus;
- Schaffung von Haushaltsspielräumen für Zeiten niedrigeren Wachstums;
- weitere Verbesserung der statistischen Daten.

Zur Verdeutlichung der Konsolidierungsanstrengungen legte die neue Regierung Portugals am 6. Juli einen Nachtragshaushalt für 2005 vor. Vorgesehen sind das sofortige Einfrieren automatischer Beförderungen und Gehaltserhöhungen zur Eindämmung des Kostenanstiegs im öffentlichen Dienst sowie die Verringerung der öffentlichen Investitionen um 8 %. Die Einnahmen bleiben stabil. Das Haushaltsvolumen 2005 wächst damit auf 42,7 Mrd. €, die Staatsquote steigt von 46,9 % auf 49,3 %.

Die Kommission hat am 22. Juni 2005 das Defizitverfahren gegen Portugal mit einem Bericht nach Art. 104.3 EG-Vertrag eingeleitet. Als Gründe für die Einleitung des Verfahrens nennt die Kommission:

- Das Defizit liegt nicht nahe am Referenzwert. Der Referenzwert wird nicht vorübergehend überschritten. Die Überschreitung des Referenzwertes resultiert nicht aus einem schwe-

ren wirtschaftlichen Abschwung oder einem außergewöhnlichen Ereignis;

- das Schuldenstandskriterium wurde seit 2003 überschritten. Es ist von einem weiteren Anstieg des Schuldenstandes auf 67,8 % des BIP bis 2007 auszugehen;
- damit sind die Kriterien des EG-Vertrags für Defizit und Schuldenstand nicht erfüllt. Die Berücksichtigung anderer relevanter Faktoren bestätigt diese Schlussfolgerung.

Die Kommission wird dem ECOFIN-Rat voraussichtlich am 20. Juli 2005 eine Empfehlung zur Feststellung eines übermäßigen Defizits sowie zu dessen Korrektur vorlegen.

b) Defizitverfahren Italien

Der ECOFIN-Rat erzielte politische Einigung, entsprechend der Empfehlung der Kommission ein übermäßiges Defizit in Italien nach Art. 104.6 EG-Vertrag festzustellen und an Italien Empfehlungen nach Art. 104.7 EG-Vertrag zu dessen Abbau abzugeben. Die formelle Annahme beider Verfahrensschritte wird nach In-Kraft-Treten der Änderungsverordnungen zum Stabilitäts- und Wachstumspakt im schriftlichen Verfahren bis zum 29. Juli 2005 erfolgen. Die neuen Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes werden bereits angewendet.

Italien hatte 2003 und 2004 mit jeweils 3,2 % die Defizitgrenze überschritten. Nach Auffassung des Rates kann die Defizitüberschreitung nicht als vorübergehend gewertet werden und ist nicht auf ein außergewöhnliches Ereignis oder einen schweren Wirtschaftsabschwung zurückzuführen. Der Schuldenabbau ist bei ca. 106 % des BIP zum Stillstand gekommen. Damit sind die Kriterien des EG-Vertrags für Defizit und Schuldenstand nicht erfüllt. Die Berücksichtigung anderer relevanter Faktoren erhärtet diese Schlussfolgerung. Entsprechend leitete die Kommission am 7. Juni 2005 mit einem Bericht nach Art. 104.3 EG-Vertrag das Defizitverfahren gegen Italien ein und stellte am 29. Juni 2005 ein

übermäßiges Defizit in Italien nach 104.5 EG-Vertrag fest. Die Empfehlungen des ECOFIN-Rates zum Abbau des übermäßigen Defizits umfassen folgende Elemente:

- Gewährung eines zusätzlichen Jahres bis 2007 zur Unterschreitung der 3%-Defizitgrenze aufgrund besonderer Umstände (aktuelle zyklische Schwäche, Größe der erforderlichen Defizitkorrektur);
- zum Abbau des Defizits sind innerhalb von sechs Monaten strukturelle Maßnahmen zu ergreifen. Abbau um mindestens 1,6 % des BIP

in 2006 und 2007, wobei wenigstens die Hälfte in 2006 erfolgen sollte. Die Sechsmonatsfrist für das Ergreifen wirksamer Maßnahmen beginnt am 12. Juli. Im Jahr 2005 soll das Defizit (ohne Einmalmaßnahmen) auf 4,3% des BIP begrenzt werden;

- Verbesserung von Erfassung und Verarbeitung fiskalischer Daten.

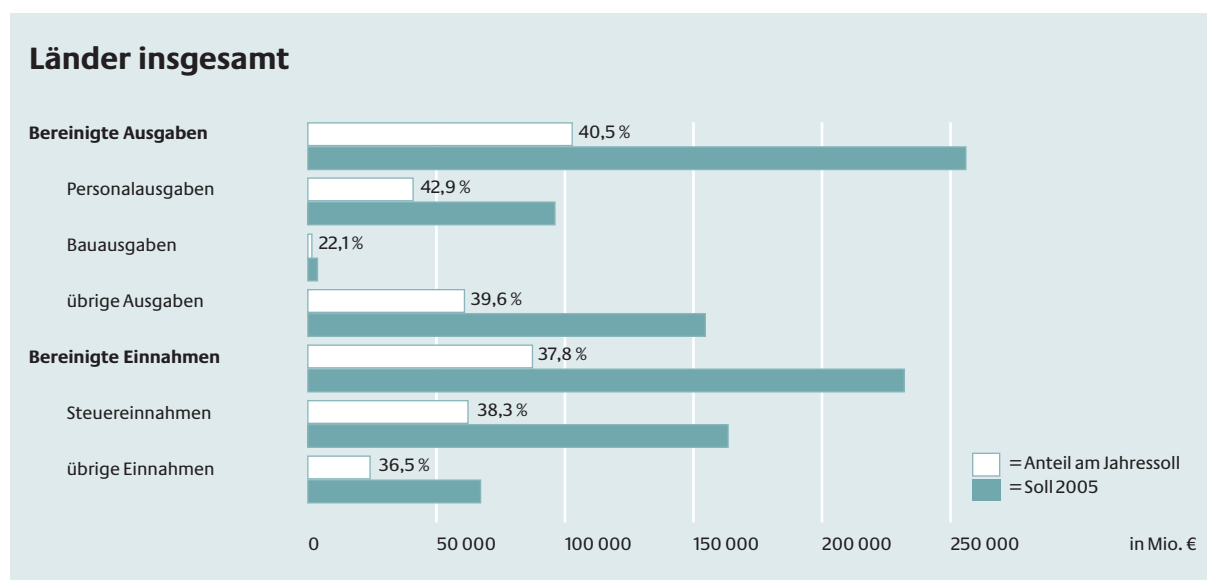
Italien begrüßte die Gewährung von zwei Jahren zur Korrektur des übermäßigen Defizits und sagte strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen zu.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2005

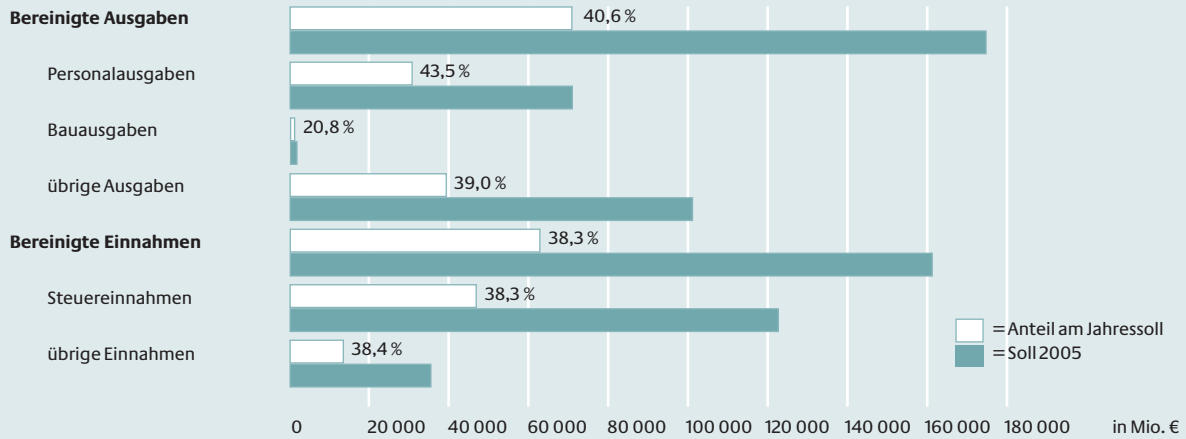
Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Mai 2005 vor.

Bis Ende Mai stiegen die bereinigten Ausgaben der Länder insgesamt um 1,2 % im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum auf rd. 104,5 Mrd. €, während die bereinigten Einnahmen sich um 3,4 % auf rd. 88,4 Mrd. € erhöhten. Das

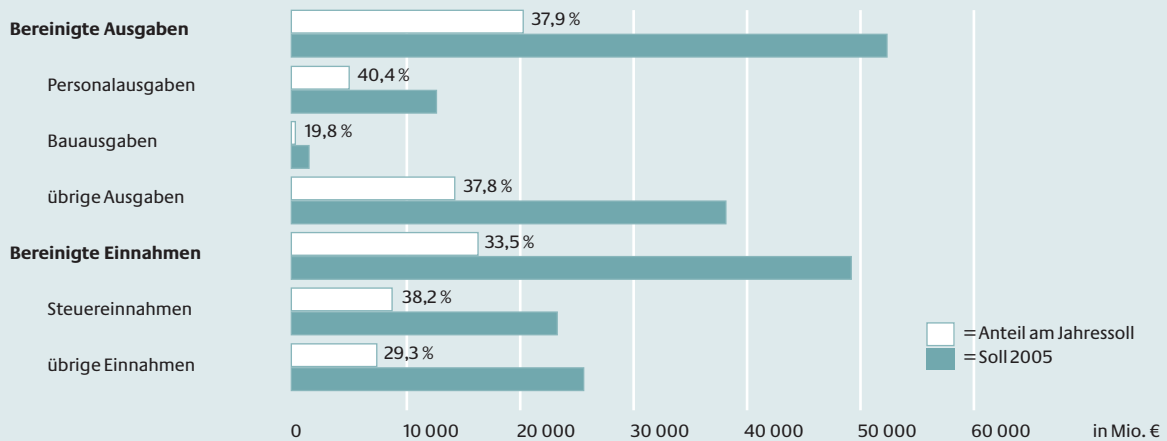
Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit belief sich auf rd. – 16,1 Mrd. €. Allerdings besitzt die bisherige Haushaltsentwicklung immer noch eine begrenzte Aussagekraft über den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres. Die Vergleiche zum Vorjahreszeitraum sowie die Gegenüberstellungen zu den Haushaltsplanungen (s. S. 108 ff.) werden deshalb nicht im Einzelnen bewertet und dienen lediglich zur Information.



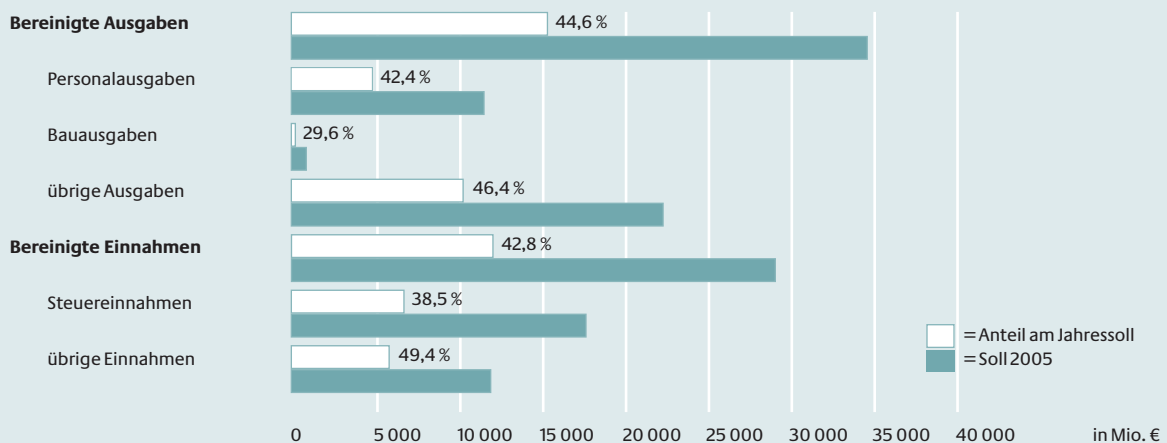
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 30. August 2005 – 36. Deutsch-Französischer Finanz- und Wirtschaftsrat in Kassel
- 1./2. September 2005 – G 20-Deputy-Treffen in Dalian (Liaoning Provinz/China)
- 8./9. September 2005 – Financial Stability Forum in London
- 9./10. September 2005 – Informeller ECOFIN in Manchester
- 23. bis 25. September 2005 – Jahrestagung IWF in Washington

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2006

- Mitte März bis Mitte Juni 2005 – Haushaltsverhandlungen
- 10. bis 12. Mai 2005 – Steuerschätzung
- 22. Juni 2005 – Arbeitskreis Finanzplanungsrat
- 30. Juni 2005 – Finanzplanungsrat
- 8. Juli 2005 – Zuleitung an Kabinett
- 13. Juli 2005 – Kabinettsberatung

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2005 August	Juli 2005	19. August 2005
September	August 2005	21. September 2005
Oktober	September 2005	20. Oktober 2005
November	Oktober 2005	21. November 2005
Dezember	November 2005	22. Dezember 2005

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Innenansichten** – Das Alterseinkünftegesetz: Gerecht für Jung und Alt (Aktualisierung 2005)
- Klarsicht** – Reisezeit – Ihr Weg durch den Zoll (Aktualisierung 2005)
- BMF aktuell** – Ausgabe 2/05

Diese und andere Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)
per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>



Analysen und Berichte

Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und der Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009	39
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2004	51
Bundespolitik und Kommunalfinanzen	59
Zum Bericht über die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Währungsunion (Public Finance Report 2005)	73
Intertemporale Verlustverrechnung – ein Vergleich der deutschen und der österreichischen Regelungen	79

Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und der Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009

1	Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption	39
1.1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2005 bis 2009	39
1.2	Ausgangslage für den Öffentlichen Gesamthaushalt	40
1.3	Konsolidierung der Ausgabenseite	41
2	Bundeshaushalt 2006 und Finanzplan bis 2009 – konjunkturgerechte Fortführung des Konsolidierungskurses	42
2.1	Regierungsentwurf 2006	42
2.2	Finanzplan 2007 bis 2009	43
2.3	Wachstumsimpulse	44
3	Wesentliche Politikbereiche	44
3.1	Bildung, Forschung und Technologieförderung	45
3.2	Arbeitsmarkt	45
3.3	Verkehr und Wohnungswesen	46
3.4	Entwicklungszusammenarbeit	47
3.5	Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	47
3.6	Renten- und Krankenversicherung	47
3.7	Verteidigung	48
4	Einnahmen	48
4.1	Steuereinnahmen	48
4.2	Sonstige Einnahmen	48
5	Personalhaushalt	49

1 Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption

1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2005 bis 2009

Nachdem die gesamtwirtschaftliche Dynamik in der zweiten Jahreshälfte 2004 zunächst nachgelassen hatte, hat sich die Konjunktur im 1. Quartal 2005 wieder erholt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg in den ersten drei Monaten dieses Jahres preis-, saison- und kalenderbereinigt deutlich um 1,0% gegenüber dem Vorquartal an. Arbeitstagbereinigt ergibt sich auch im Vorjahresvergleich ein kräftiger Zuwachs um 1,1%, der

insbesondere aus der Zunahme des Außenbeitrags resultierte.

Für den weiteren Jahresverlauf ist damit zu rechnen, dass sich die wirtschaftliche Erholung fortsetzt, wenn auch in moderaterem Tempo als im 1. Quartal. Bei einer lebhaften Auslandsnachfrage oberhalb des Vorjahresniveaus und besserer Kapazitätsauslastung dürften die Ausrüstungsinvestitionen zunehmen. Auch beim privaten Konsum gibt es Grund zu Optimismus: Verbesserung des Geschäftsklimas im Einzelhandel, deutlich aufwärts gerichtete inländische Auftragseingänge und Industrieumsätze im Bereich der Konsumgüterhersteller senden positive Signale. Gleichwohl zeigen die allgemeinen Stimmungsindikatoren (ifo-Geschäftsklima und

GfK-Konsumklima), dass die Situation von Unternehmen und privaten Haushalten noch immer als labil eingeschätzt wird.

Die letzte Stufe der Steuerreform ist zu Beginn dieses Jahres in Kraft getreten. Mit ihr leistet die Steuerpolitik ihren Beitrag zur Stabilisierung der Binnenkonjunktur. Verbesserte Anreize zur Arbeitsaufnahme im Rahmen des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) und weitere Strukturreformen der Agenda 2010 führen ebenfalls dazu, dass sich Wachstums- und Beschäftigungsaussichten mittel- und langfristig verbessern werden. Insgesamt erwartet die Bundesregierung, dass die Arbeitslosigkeit bereits im weiteren Jahresverlauf zurückgehen wird.

Ihrer Frühjahrsprojektion für 2005 legt die Bundesregierung eine reale Zunahme des BIP um $\frac{3}{4}\%$ bis $1\frac{1}{4}\%$ zugrunde. Für das Jahr 2006 wird sich das Wachstum demnach leicht beschleunigen – auf $1\frac{1}{2}\%$ bis 2% . Mittelfristig wird ein Zuwachs in gleicher Größenordnung erwartet.

1.2 Ausgangslage für den Öffentlichen Gesamthaushalt

Die dreijährige Stagnationsphase belastet die öffentlichen Haushalte stark. Auch die letztlich im Bundesrat nicht durchzusetzende Umsetzung von verschiedenen durch die Bundesregierung vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen hat große Lücken in die öffentlichen

Haushalte gerissen – auf allen staatlichen Ebenen, nicht nur beim Bund.

Bereits vor der Steuerschätzung im Mai hatten fünf Länder bei der Aufstellung ihrer Haushalte für das Jahr 2005 die jeweilige verfassungsrechtliche Regelgrenze für Kredite überschritten. Nach den Ergebnissen der jüngsten Steuerschätzung ist damit zu rechnen, dass bei sechs weiteren Ländern die Kredite das Volumen der Investitionen überschreiten, sofern nicht zusätzliche Einmalmaßnahmen ergriffen werden.

Der von der Bundesregierung vorgeschlagene und vom Bundestag beschlossene Abbau von Steuersubventionen, der aber im Bundesrat keine Mehrheit fand, hätte dazu beigetragen, dass Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt in den vergangenen Jahren besser hätte nachkommen können. Wäre das von der Bundesregierung vorgeschlagene Paket (Steuervergünstigungsabbaugesetz 2003, Haushaltsbegleitgesetz 2004) in seiner vorgeschlagenen Fassung umgesetzt worden, so läge das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2006 um rd. $12\frac{1}{2}$ Mrd. € und zum Ende des Finanzplanungszeitraums rd. 17 Mrd. € niedriger. Das Maastricht-Defizit würde im Jahr 2006 nicht bei den jetzt zu erwartenden $3\frac{1}{2}\%$ des BIP liegen; vielmehr hätte die 3%-Grenze spätestens im Jahr 2006 eingehalten werden können – trotz der tiefen Spuren, die die anhaltende Wachstumsschwäche in den öffentlichen Haushalten hinterlassen hat.

Entwicklung des Maastricht-Defizits mit und ohne nicht umgesetzte Vorschläge der Bundesregierung

	2003	2004	2005	2006
Staatsdefizit in % des BIP	– 3,8	– 3,6	– 3 $\frac{1}{2}$	– 3 $\frac{1}{2}$
Nicht umgesetzte Vorschläge einschl. Zinsersparnis in Mrd. €	1,7	5,8	10	12 $\frac{1}{2}$
Staatsdefizit einschl. nicht umgesetzter Vorschläge – in % des BIP –	– 3,7	– 3,4	– 3 $\frac{1}{4}$	– 3

In den Bereichen, in denen die Bundesregierung auf die Zustimmung des Bundesrates nicht angewiesen ist, hat die Bundesregierung auch beim Subventionsabbau entschlossen gehandelt und unter anderem Vorschläge der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück umgesetzt sowie mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2005 nicht mehr zeitgemäße Subventionen in der Landwirtschaft abgebaut.

Gelänge die Umsetzung der Maßnahmen, die bislang im Bundesrat keine Mehrheit finden konnten, und ließe sich der steuerliche Subventionsabbau entsprechend den ursprünglichen Vorschlägen der Bundesregierung ab dem 1. Januar 2006 verwirklichen, dann führte dies zu Haushaltsentlastungen in Höhe von rd. 5 Mrd. € bereits im Jahr 2006 bzw. im folgenden Jahr von 9 ½ Mrd. € (davon Bund: 4 ½ Mrd. €). Damit unterschritte das Staatsdefizit die Maastricht-Defizitgrenze im Jahr 2007.

1.3 Konsolidierung der Ausgabenseite

Die staatlichen Aktivitäten, die ihren Niederschlag auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte entfalten, sind im Vergleich zur Wirtschaftsentwicklung rückläufig. Die Staatsquote (Ausgaben des Gesamtstaates in Relation zum BIP) wird mit 46 ½ % in diesem Jahr den niedrigsten Stand seit der Phase der Wiedervereinigung erreichen. Mit der Fortführung der restriktiven Ausgabenlinie bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Belebung wird die Staatsquote im Jahr 2006 weiter auf rund 46 % absinken und sich damit dem Durchschnittswert der Jahre vor 1990 nähern.

Demgegenüber liegt die Steuerquote mit 20,1 % (nach Finanzstatistik) derzeit um drei Prozentpunkte unter dem jahrzehntelangen Durchschnitt der alten Bundesrepublik auf historisch niedrigstem Niveau. Ein Prozentpunkt Steuerquote bedeutet für den Gesamtstaat Steuereinnahmen in der Größenordnung von 23 Mrd. €.

Der Bundeshaushalt hat zur konsequenten Konsolidierung der Ausgaben erheblich beigetragen. Im Zeitraum von 1999 bis 2004 stiegen die Bundesaussgaben insgesamt um weniger als 2 %; dies entspricht einem jahresdurchschnittlichen Anstieg von unter 0,4 % – weit unterhalb der Preissteigerungsrate. Ohne den vor allem konjunkturell bedingten Anstieg der Ausgaben für die soziale Sicherung sind die Ausgaben nominal deutlich zurückgeführt worden.

Der moderate Ausgabenkurs lässt den Anteil der Bundesaussgaben am BIP stetig weiter sinken. Im Soll 2005 liegt diese Quote – trotz erheblich gestiegener Sozialausgaben – mit 11,3 % auf einem neuen historischen Tiefststand und wird in den Folgejahren tendenziell weiter sinken. Zum Vergleich: 1993 lag diese Quote noch bei fast 14 %.

Ein wesentliches Element dieser Entwicklung ist die Rückführung der Finanzhilfen des Bundes. Sie sinken im Haushalt 2006 gegenüber dem Vorjahr weiter auf unter 6 Mrd. € und haben sich damit seit 1998 (rd. 11,4 Mrd. €) fast halbiert – mit weiter rückläufiger Tendenz.

Durch Leistungsanpassungen und konsequenten Personalrückbau konnte der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben gegenüber 1998 um rd. 1 % verringert werden. Auch absolut liegen die Personalausgaben 2005 mit 26,9 Mrd. € unter dem Niveau des Jahres 1993. Das zeigt, wie erfolgreich der Bund in diesem konsumtiven Ausgabenbereich konsolidiert hat. Der Anteil der gesamten Verwaltungsausgaben (Personal- und Sachausgaben) am Haushalt ist im gleichen Zeitraum in vergleichbarer Größenordnung zurückgegangen.

Das weitere Einsparpotenzial auf der Ausgabenseite, das der Bund in Eigenverantwortung realisieren kann, ist begrenzt. Die nach Abzug der großen, rechtlich gebundenen Ausgabeverpflichtungen (v. a. Rente, Arbeitsmarkt, Zinsen, Versorgung) noch verbleibenden disponiblen Ausgaben sind in den letzten Jahren immer weiter geschrumpft. Jede weitere Einsparung in

Bundeshaushalt 2006 und Finanzplan bis 2009

	Ist 2004	Soll 2005	Entwurf 2006 – in Mrd. € –	2007	Finanzplan 2008	2009
Ausgaben	251,6	254,3	256,5	258,7	261,1	263,5
Veränderung ggü. Vorjahr in %	– 2,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Einnahmen						
Steuereinnahmen	187,0	190,8	191,5	197,4	203,8	212,1
Sonstige Einnahmen	25,1	41,5	43,5	41,3	38,3	35,4
Nettokreditaufnahme	39,5	22,0	21,5	20,0	19,0	16,0
nachrichtlich: Investitionen	22,4	22,7	22,4	22,4	21,3	21,3
Struktureller Handlungsbedarf ab 2007				25,0	25,0	25,0
Differenzen durch Rundung möglich.						

diesem Bereich wäre anteilig zu über 70 % vom Verkehrs-/Wohnungsbau-, Verteidigungs- und Forschungsetat zu tragen und würde faktisch vor allem die für die Zukunft Deutschlands so wichtigen Investitionen in Bildung, Forschung und Verkehrsinfrastruktur, aber auch die deutschen Beiträge zur Sicherung des Friedens in der Welt beeinträchtigen.

Die Haushaltslage des Bundes ist äußerst angespannt. Die Haushaltsrisiken 2005 liegen nach derzeitiger Einschätzung in einer Größenordnung von 12 Mrd. €. Den Belastungen aus Steuerausfällen und geringerem Bundesbankgewinn sowie Mehrausgaben für das Arbeitslosengeld II stehen Entlastungen durch vorzeitige Schuldentilgungen anderer Staaten, bei den Zinsen sowie aus der notwendigen Revision der Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende gegenüber. Da die konjunkturelle Erholung noch keine hinreichende Breite erlangt hat, kann der zusätzliche Bedarf nicht durch weitere Einsparungen ausgeglichen werden. Die Bundesregierung hat sich gegen Bewirtschaftungsmaßnahmen ausgesprochen, die vornehmlich die Investitionen treffen würden. Eine verbleibende Lücke kann mit Einmalmaßnahmen und unter teilweiser Nutzung bislang gesperrter Kreditermächtigungen geschlossen werden. Ein Nachtragshaushalt ist nicht vorgesehen.

2 Bundeshaushalt 2006 und Finanzplan bis 2009 – konjunkturgerechte Fortführung des Konsolidierungskurses

Der Bundeshaushalt 2006 und der Finanzplan bis 2009 sehen folgende Eckwerte vor (s. Tabelle oben).

2.1 Regierungsentwurf 2006

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2006 steht im Zeichen der konjunkturgerechten Fortführung des Konsolidierungskurses. Im Vergleich zum Soll 2005 beträgt der Ausgabenanstieg für 2006 und über den gesamten Finanzplanungszeitraum hinweg lediglich 0,9 % jährlich. In allen Finanzplanungsjahren liegt der Anstieg der Bundesausgaben unter dem erwarteten Preisanstieg und zugleich deutlich unter dem erwarteten Wachstum der Wirtschaftsleistung.

Trotz zusätzlicher Einsparnotwendigkeiten ist es gelungen, die Investitionen leicht über dem bisherigen Niveau zu halten und im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2009 bei rd. 22 Mrd. € zu stabilisieren. Das „2-Mrd.-€-Verkehrsprogramm“ führt gegenüber geltendem Finanzplan zu mehr Investitionen in Straße, Schiene und Wasserwege.

Dabei berücksichtigt die Summe der Investitionen nach haushaltsrechtlicher Abgren-

zung nicht angemessen die von der Bundesregierung forcierte Ausweitung der Zukunftsausgaben. Die mit dem Haushalt des Vorjahres gesetzten Wachstumsimpulse vor allem bei Innovations- und Bildungsausgaben werden fortgesetzt, auch wenn der Bundesrat bislang dem zur Gegenfinanzierung vorgesehenen Wegfall der Eigenheimzulage nicht zugestimmt hat. Da aus einzelnen Ländern Signale in Richtung auf eine Einnahmenverbesserung zugunsten von Bildung und Forschung kommen, geht die Bundesregierung davon aus, dass eine Einigung im Vermittlungsausschuss noch in diesem Jahr und ein In-Kraft-Treten des Gesetzes Anfang 2006 möglich ist.

In schwieriger Lage gelingt es, die Nettokreditaufnahme für 2006 gegenüber dem Vorjahressoll leicht abzusenken; sie liegt klar unter der Summe der investiven Ausgaben. Die Kreditfinanzierungsquote, die im Jahr 1998 noch bei 12,4 % lag, sinkt auf 8,4 %. Im Einklang mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben liegt die Nettokreditaufnahme in allen Finanzplanungsjahren deutlich unterhalb der Summe der Investitionen.

Angesichts der bislang nicht möglichen Durchsetzung des vorgeschlagenen Subventionsabbaus muss die Bundesregierung zur Einhaltung der verfassungsrechtlichen Vorgaben für den Haushalt 2006 noch einmal auf Maßnahmen zurückgreifen, zu deren Umsetzung sie nicht auf die Mitwirkung des Bundesrates angewiesen ist: Einnahmen aus Forderungsverkauf sowie Privatisierungserlöse in einer Größenordnung von rd. 23 Mrd. € tragen dazu bei, die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts 2006 sicherzustellen. Im Rahmen der Neuordnung des ERP-Sondervermögens werden Synergieeffekte für den Haushalt realisiert; die bisherige ERP-Wirtschaftsförderung bleibt in Volumen und Intensität erhalten.

Im Rahmen der Sitzung des Bundeskabinetts am 13. Juli 2005 stellte der Bundesfinanzminister den Regierungsentwurf für den Haushalt

2006 vor. Im Hinblick auf die noch ausstehende Entscheidung des Bundespräsidenten hinsichtlich einer möglichen Auflösung des Bundestages und der Ansetzung von Neuwahlen erfolgte aber keine Beschlussfassung über den Haushalt.

2.2 Finanzplan 2007 bis 2009

Ab dem Jahr 2007 weist der Finanzplan in Form von Globalpositionen erheblichen strukturellen Handlungsbedarf von jährlich 25 Mrd. € aus.

Die Finanzierungsprobleme auf allen staatlichen Ebenen können nur durch gemeinsames Handeln aller Verantwortlichen überwunden werden. Wir brauchen einen starken, handlungsfähigen Staat, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Mit der derzeitigen Finanzausstattung – d. h. bei dem dargestellten Verhältnis von Staats- und Steuerquote – ist eine adäquate öffentliche Infrastruktur, ein gutes Bildungswesen, mithin all das, was die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ausmacht, nicht mehr zu gewährleisten.

Nur in einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern ist es mittel- und langfristig möglich, die Konsolidierung fortzusetzen und Ausgabennotwendigkeiten mit Finanzierungsmöglichkeiten wieder in Übereinstimmung zu bringen. Niemand sollte sich einer gemeinsamen Lösung der strukturellen Probleme aller staatlichen Ebenen verschließen.

Die Bundesregierung wird rechtzeitig ein Angebot für einen Tragfähigkeitspakt vorlegen, um die öffentlichen Finanzen langfristig auf eine nachhaltig solide Grundlage zu stellen. Dabei werden die bislang im Bundesrat gescheiterten Vorschläge wieder aufgegriffen – der Abbau der Eigenheimzulage ist auch der neuen Planung bereits zugrunde gelegt. Sollte dieses Mal hier und in anderen Bereichen der Durchbruch gelingen, sind auch bereits für das Jahr 2006 strukturelle Entlastungen für Bund, Länder und Gemeinden möglich. Denn vor allem ist eine dauerhafte Stärkung der Einnahmebasis dringend

erforderlich. Für die Bundesregierung bleibt hierfür ein ausgewogener Subventionsabbau das Gebot der Stunde.

Trotz der Erfolge des Bundes bei der Ausgabenkonsolidierung sind auch künftig alle Ausgaben einer fortlaufenden Überprüfung zu unterziehen, um Fehlentwicklungen rechtzeitig entgegenzuwirken und Freiräume für neue Akzente – etwa zugunsten von Bildung, Forschung und Kindererziehung – zu erwirtschaften. Angesichts veränderter Rahmenbedingungen wird auch zu fragen sein, ob staatliche Leistungen in geeigneten Bereichen vermehrt durch eigenverantwortliches Handeln flankiert werden können.

Bei gemeinsamem Handeln von Bund und Ländern ist eine dauerhafte Unterschreitung der 3%-Obergrenze für das Staatsdefizit möglich. Gleichzeitig kann im Finanzplanungszeitraum ein schrittweiser Abbau des strukturellen Defizits erreicht werden. Die dauerhafte Einhaltung der verfassungsrechtlichen Kreditobergrenze sollte nach Möglichkeit 2006, spätestens ab dem Jahr 2007 mit der Einhaltung der Anforderungen des reformierten Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes verbunden sein.



2.3 Wachstumsimpulse

Die Strukturreformen der Bundesregierung tragen erste Früchte. Die Reformen am Arbeitsmarkt beginnen zu greifen. Der Umbau der Bundesagentur für Arbeit (BA) kommt voran, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und

Sozialhilfe für Erwerbsfähige zur Grundsicherung für Arbeitsuchende wurde vollzogen, und die wirkungsorientierte Steuerung der BA führt zu Effizienzsteigerungen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Dies wird sich bereits im weiteren Verlauf dieses Jahres auch im Rückgang der Arbeitslosigkeit niederschlagen.

Die Innovationsoffensive stärkt Bildung und Forschung – insbesondere mit dem Ganztagschulprogramm, dem Pakt für Forschung und Innovation, dem High-Tech-Gründerfonds und der Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung. Zur Gegenfinanzierung dient der Wegfall der Eigenheimzulage. Durch die geplante Streichung können Bund, Länder und Gemeinden bei voller Wirksamkeit rd. 6 Mrd. € pro Jahr für Zukunftsinvestitionen mobilisieren. Länder und Gemeinden sind aufgefordert, ihren Spielraum für den Ausbau von Bildung und Kinderbetreuung zu nutzen.

Auch die Steuerpolitik der Bundesregierung ist konsequent darauf ausgerichtet, den privaten Konsum und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zu stärken: Die Steuerreformen seit 1999 entlasten die Steuerzahler jährlich um knapp 60 Mrd. €. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik waren Eingangs- und Spitzensteuersatz der Einkommensteuer so niedrig; auch im europäischen Vergleich sind die Einkommensteuersätze moderat.

3 Wesentliche Politikbereiche

Die knappen Mittel im Haushaltsentwurf 2006 werden auf die Förderung zentraler Zukunftsgebiete konzentriert. Schwerpunkte sind Innovationen (insbesondere Spitzenuniversitäten und Großforschungseinrichtungen), Bildung und Forschung (Anstieg der Ausgaben seit 1998 um 40 %), Förderung von Kindern und Familien (Ausbau Ganztagschulen, Betreuung für unter dreijährige Kinder) und die Ausbildungsinitiative des Bundes (Einstiegsqualifizierung für Jugendliche, Sonderprogramm neue Bundesländer).

3.1 Bildung, Forschung und Technologieförderung

Der Pakt für Forschung und Innovation stärkt nachhaltig die internationale Wettbewerbsfähigkeit der großen Forschungsorganisationen. Der Pakt sieht Maßnahmen zur Steigerung von Qualität, Effizienz und Leistungsfähigkeit der deutschen Forschungslandschaft vor. Im Gegenzug erhalten die großen Forschungs- und Wissenschaftsorganisationen mit einer jährlichen Erhöhung der institutionellen Förderung von 3 % bis 2010 finanzielle Planungssicherheit.

Die Exzellenzinitiative setzt an deutschen Hochschulen eine positive Leistungsspirale für mehr Spitzenforschung, mehr Vernetzung über Organisationsgrenzen hinweg und mehr Internationalität in Gang. Im Wettbewerb werden in den nächsten Jahren insgesamt 1,9 Mrd. € zur Verfügung gestellt, zu denen der Bund rd. 1,4 Mrd. € beiträgt.

Die Bundesregierung wird ferner im Rahmen ihrer Innovationsinitiative die Förderung innovativer Technologien weiterhin mit hoher Priorität fördern. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen steigt die Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung um ca. 4,5 % an.

Das Ganztagschulprogramm, für das insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung stehen, wird fortgesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Förderung von Forschungs- und Technologievorhaben sowie der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen. Hierfür sind im Jahre 2006 insgesamt rd. 600 Mio. € vorgesehen.

In diesem Rahmen wird als neue Maßnahme ein High-Tech-Gründerfonds mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt in Höhe von insgesamt 240 Mio. € und mit weiteren Mitteln privater Investoren finanziert. Der Fonds unterstützt forschungsbasierte Gründungen durch die Bereitstellung von Beteiligungskapital in den ersten

ein bis zwei Jahren ihrer Existenz. Außerdem fördert der Bund ein Programm zur Verbesserung der Materialeffizienz mit insgesamt 20 Mio. € über drei Jahre. Damit soll kleinen und mittleren Unternehmen bei der Erschließung ihrer Materialeffizienzpotenziale geholfen werden.

Im neu gestalteten ERP-Innovationsprogramm fördert der Bund darüber hinaus mit bis zu 50 Mio. € mittelständische Unternehmen und Freiberufler mit Zinszuschüssen zu Darlehen. Das unterstützt die Entwicklung und Verbesserung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen sowie deren Markteinführung.

Für ein neues Luftfahrtforschungsprogramm 2007 bis 2012 wird in den Bundeshaushalt 2006 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 190 Mio. € eingestellt. Damit sollen die Verstetigung der Forschungsaktivitäten erreicht, die globale Technologieführerschaft der deutschen Luftfahrtindustrie gefestigt und international vergleichbare Forschungsrahmenbedingungen geschaffen werden.

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wird 2006 auf Vorjahresniveau mit Bundesmitteln in Höhe von rd. 700 Mio. € verstetigt. Einschließlich komplementärer Landes- und EU-Mittel stehen damit jährlich insgesamt rd. 1,7 Mrd. € zur Verfügung. Der ganz überwiegende Teil davon fließt in die neuen Länder.

3.2 Arbeitsmarkt

Obwohl die Arbeitslosigkeit – nicht zuletzt durch statistische Effekte der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) – in diesem Jahr bisher noch nicht zurückgegangen ist, sind erste Erfolge der Reformen am Arbeitsmarkt erkennbar. Der Umbau der Bundesagentur für Arbeit (BA) kommt voran, die Grundsicherung für Arbeitsuchende wurde neu geschaffen und die wirkungsorientierte Steuerung der BA hat zu Effizienzsteigerungen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geführt.

Für die Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2006 sind insgesamt 31 Mrd. € vorgesehen, davon 10,7 Mrd. € für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten. Bei den Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten werden eine Betreuungsrelation von 1 : 75 bei den unter 25-Jährigen und 1 : 150 bei den über 25-Jährigen sowie ein Anteil von Maßnahmeteilnehmern (Aktivierungsquote) von 52 % bei den unter 25-Jährigen und 21 % bei den über 25-Jährigen berücksichtigt. Dadurch ist die intensive Förderung der hilfebedürftigen Arbeitssuchenden und insbesondere der Jugendlichen unter 25 Jahren (die auch von der Fortführung der Einstiegsqualifizierung Jugendlicher im Rahmen des Ausbildungspaktes profitieren) gewährleistet. Auch die älteren Arbeitslosen stellen eine wichtige Zielgruppe dar, die z. B. durch neue Beschäftigungspakte für Ältere besonders unterstützt werden.

Der Ansatz beim Arbeitslosengeld II von 20,2 Mrd. € setzt voraus, dass noch im Jahr 2005 begonnen wird, die Effizienzgewinne durch das neue System abzusichern. Hierzu zählen insbesondere eine systematische Überprüfung der Leistungsvoraussetzungen von Hilfebedürftigen, ein interner Prüfdienst und Außendienst sowie arbeitsmarktpolitische Sofortangebote an neue Leistungsbezieher, insbesondere Trainingsmaßnahmen von bis zu drei Monaten Dauer.

§ 46 SGB II legt fest, dass sich der Bund zweckgebunden an den Kosten der Unterkunft beteiligt, damit die Kommunen durch Hartz IV jährlich um 2,5 Mrd. € entlastet werden. Die Berechnungen auf Basis der bis Ende März verfügbaren Daten kommen für das Jahr 2005 zu einer relativ geringen Beteiligungsquote. Die Beteiligungsquote für 2006 wird im Zuge des Revisionsverfahrens im Herbst 2005 ermittelt und gesetzlich festgelegt; das Ergebnis der Revision kann dann im Laufe des weiteren Verfahrens in den Bundeshaushalt 2006 übernommen werden.

Der Zuschuss an die BA ist im Jahr 2004 mit 4,2 Mrd. € um 1 Mrd. € niedriger ausgefallen als

veranschlagt. Während für das laufende Jahr noch ein Zuschuss von 4 Mrd. € veranschlagt wurde, ist im Jahr 2006 kein Zuschuss mehr erforderlich. Dabei ist das Vorziehen des Fälligkeitstermins des Sozialversicherungsbeitrags in 2006 (vom 15. des Folgemonats auf das Ende des laufenden Monats) berücksichtigt. Hierdurch erhält die BA im Umstellungsjahr 13 statt zwölf Monatsraten des Arbeitslosenversicherungsbeitrags (Mehreinnahmen von 3,1 Mrd. €). Die Fortsetzung des Umbaus der BA sowie die wirkungsorientierte Steuerung tragen dazu bei, dass sich die positive Entwicklung beim Zuschuss an die BA im Finanzplanungszeitraum fortsetzen kann.

Die Verschiebung der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes hat für das Haushaltsjahr 2006 keine Konsequenzen. Nach der jetzigen Rechtslage wären die finanziellen Folgen in Form spürbar sinkender Ausgaben der BA für das Arbeitslosengeld sowie steigender Aufwendungen des Bundes für das Arbeitslosengeld II ab 2007 eingetreten. Diese Entwicklung wird sich aufgrund der Verschiebung erst ab 2009 einstellen.

3.3 Verkehr und Wohnungswesen

Das „2-Mrd.-€-Verkehrsprogramm“ wird im Jahr 2006 planmäßig fortgesetzt. Die zusätzlichen 500 Mio. € p. a. sind die finanzielle Basis für zusätzliche Erhaltungsmaßnahmen und Baubeginne auf Bundesfernstraßen, zur Verstärkung im Bau befindlicher Schienenwegeprojekte und für die Realisierung sicherheitsrelevanter Ersatzmaßnahmen auf Bundeswasserstraßen. Insgesamt stehen 2006 rd. 10,3 Mrd. € für Verkehrsinvestitionen (einschließlich der Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) zur Verfügung, also weiterhin deutlich mehr als zum Ausgang der 13. Legislaturperiode. Im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2009 beläuft sich das Investitionsvolumen auf 10 Mrd. € p. a.

Die Fördermaßnahmen des Bundes zur Gebäudesanierung werden fortgeführt. In den

Jahren 2006 und 2007 werden hierzu für das neue Programm „Energetisch Sanieren“ der KfW-Förderbank Mittel in Höhe von insgesamt 720 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Mit Finanzhilfen für die Städtebauförderung in Höhe von rd. 0,5 Mrd. € jährlich im Finanzplanungszeitraum unterstützt der Bund, insbesondere mit den Programmen „Soziale Stadt“, „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“, die Lösung struktureller Probleme in den Städten. Hinzu kommt die Altschuldenhilfe für die von Leerständen betroffene Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern, für die der Bund rd. 1,1 Mrd. € bis zum Jahr 2012 bereitstellt.

3.4 Entwicklungszusammenarbeit

Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und dem Finanzplan bis 2009 unterstreicht die Bundesregierung ihr Ziel, ihre entwicklungspolitische Verantwortung wahrzunehmen. Deutschland wird seine Zusage erfüllen, bis 2006 eine ODA-Quote (Entwicklungshilfeleistung) von 0,33 % des Bruttonationaleinkommens zu erreichen. Dazu tragen auch Schuldenerlasse und die Deutschland zuzurechnenden Ausgaben der EU für Entwicklungshilfepolitik bei.

Die Bundesregierung strebt entsprechend dem EU-Ratsbeschluss vom 16./17. Juni 2005 bis 2010 eine ODA-Quote von 0,51 % als nächstes Zwischenziel an, um dann eine ODA-Quote von 0,7 % in 2015 zu erreichen. Hierzu ist notwendig, dass neben Haushaltsmitteln und weiteren Schuldenerlassen innovative Finanzierungsinstrumente einen wesentlichen Beitrag leisten. Diese werden im EU- und G 7/G 8-Kreis aktuell diskutiert.

Berücksichtigt ist auch die von der Regierung beschlossene „Wiederaufbauhilfe nach dem Seebeben im Indischen Ozean“. Neben Länderprogrammen für Sri Lanka und Indonesien sowie einem Regionalprogramm Indischer Ozean des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) sollen auch Maßnahmen z. B. der auswärtigen

Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amtes oder der Aufbau eines Frühwarnsystems unter der Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung dazu beitragen, die von den verheerenden Folgen der Flutkatastrophe betroffenen Regionen substanziell zu unterstützen.



3.5 Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Für die „Landwirtschaftliche Sozialpolitik“ sind für 2006 insgesamt rd. 3 778 Mio. € vorgesehen.

Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ wird mit 665 Mio. € der verfügbare Mittelantrag in der Größenordnung des Jahres 2005 fortgeschrieben. Damit stehen auch künftig erhebliche Bundesmittel für die Förderung einer nachhaltigen, umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft sowie einer integrierten ländlichen Entwicklung zur Verfügung.

Für die Verbraucherpolitik sind 2006 rd. 111 Mio. € etatisiert, hiervon werden für die Bereiche Verbraucheraufklärung und -vertretung rd. 24 Mio. € zur Verfügung gestellt.

3.6 Renten- und Krankenversicherung

Mit annähernd 78 Mrd. € stellen die Leistungen des Bundes an die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) auch im Jahre 2006 den weitaus größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt dar.

Damit wird in etwa ein Drittel der Bundesausgaben zur Finanzierung der GRV aufgewendet. Zu Beginn der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts lag der Anteil der Bundesleistungen an die GRV an den Gesamtausgaben des Bundeshaushalts noch bei ca. 12 %. Nominal ist der Umfang der Bundesleistungen in dieser Zeit um mehr als das Fünffache angewachsen. Die Ausgaben der GRV selbst haben sich im gleichen Zeitraum in etwa verdreifacht.

Im Bereich des Gesundheitswesens ist der Bundeshaushalt geprägt von der im Jahr 2004 eingeführten pauschalen Abgeltung versicherungsfremder Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung. Nach 1 Mrd. € im Jahr 2004 und 2,5 Mrd. € im Jahr 2005 sind ab 2006 dafür 4,2 Mrd. € vorgesehen. Mit der zur Finanzierung beschlossenen dreistufigen Erhöhung der Tabaksteuer (letzte Stufe September 2005) wurden jedoch bei weitem nicht die erwarteten Mehreinnahmen für den Bundeshaushalt erzielt.

3.7 Verteidigung

Die Ausgaben für den Verteidigungshaushalt werden 2006 mit 24 Mrd. € veranschlagt. Darüber hinaus können 2006 bis zu einer Höhe von rd. 520 Mio. € Mehreinnahmen aus der Veräußerung überschüssigen Materials, aus Grundstücksverkäufen und Vermietung/Verpachtung sowie aus Einsparungen durch Umstrukturierung und Effizienzsteigerung für die Transformation der Bundeswehr verwendet werden.

Der im Finanzplanungszeitraum bis auf 25,0 Mrd. € im Jahre 2009 ansteigende Plafond bildet für die Bundeswehr eine sichere Grundlage für ihre Neuausrichtung. Deutsche Streitkräfte müssen zur Landes- und Bündnisverteidigung bereit sein und zur Lösung von internationalen Krisen und Konflikten beitragen können. Die neue Konzeption der Bundeswehr fordert eine Konzentration auf die Kernaufgaben der Bundeswehr. Die Aufgaben werden angesichts einer gewandelten sicherheitspoliti-

schen Lage neu gewichtet, die Fähigkeiten der Bundeswehr entsprechend angepasst.



4 Einnahmen

4.1 Steuereinnahmen

Die Bundesregierung hat ihre Erwartungen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Finanzplanungszeitraum zurückgenommen. Zudem setzt das erwartete Wachstum auf einer wesentlich niedrigeren Vorjahresbasis auf. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat die Ansätze der Mai-Schätzung 2004 deshalb im Mai 2005 deutlich nach unten korrigiert. Die konjunkturbedingten Mindereinnahmen für den Bund betragen 10,7 Mrd. € in 2006, 12,8 Mrd. € in 2007 und 13,4 Mrd. € in 2008.

4.2 Sonstige Einnahmen

Bei den sonstigen Einnahmen sind vor allem hervorzuheben der Aussteuerungsbetrag, den die BA für die vom Arbeitslosengeld zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II) überwechselnden Leistungsempfänger entrichtet, Einnahmen aus Tilgung oder Veräußerung von Forderungen, Mauteinnahmen sowie Erlöse aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen.

Weitere Privatisierungsschritte bei den Unternehmen Deutsche Telekom AG und Deutsche Post AG sind kapitalmarktgerecht nach dem bewährten Verfahren der Platzhaltergeschäfte

unter Einbeziehung der Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen. Ziel bleibt der vollständige Rückzug des Bundes aus diesen Unternehmen.

Mit dem Gesetz zur Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung werden die Förderangebote des Bundes insgesamt effizienter und transparenter gestaltet; auch setzt der Bund hiermit seine Politik der Integration von Schulden der Sondervermögen konsequent fort. Aus der Neuordnung ergeben sich für den Bundeshaushalt Zinsbelastungen sowie Einnahmen aus Kapitalvermögen.

5 Personalhaushalt

Die Steigerung der Effizienz in der Bundesverwaltung bleibt vorrangiges Ziel der Bundesregierung. Der zunehmende Einsatz betriebswirtschaftlicher Instrumente wie Kosten- und Leistungsrechnung und Controlling dient der stärker ergebnisorientierten Betrachtung öffent-

lichen Handelns, führt zu einer verbesserten Informationsbasis für Haushaltsentscheidungen und leistet einen Beitrag zu den auch von der öffentlichen Verwaltung zu fordernden jährlichen Produktivitätssteigerungen.

Die haushaltsgesetzliche Stelleneinsparung wird fortgeführt. Sie zwingt zu ständiger Aufgabenkritik und zur Verbesserung von Organisationsstrukturen und Verwaltungsabläufen. Sie trägt außerdem zur Erwirtschaftung von Mitteln für Besoldungs- und Tarifierhöhungen bei.

Der Stellenbestand des Bundes im zivilen Bereich – ohne Ersatz(plan)stellen – wird sich unter Berücksichtigung des Stellenwegfalls aufgrund der Stelleneinsparungen gemäß Haushaltsgesetz 2005 und 2006 bis zum Ende des Jahres 2006 voraussichtlich auf unter 270 000 Planstellen bzw. Stellen reduzieren. Gegenüber dem Stellensoll 1998 bedeutet dies einen Abbau um rd. 15 %; gegenüber dem einigungsbedingten Höchststand von 1992 wurde der Stellenbestand damit um fast 27 % reduziert.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2004

1	Gesamtergebnis	51
2	Einzelergebnisse	53
2.1	Direkte Steuern	53
2.2	Indirekte Steuern	55

1 Gesamtergebnis

Die Steuereinnahmen insgesamt betrugen im Jahr 2004 nach endgültigen Ergebnissen 442 838 Mio. €. Sie lagen damit nur knapp (+ 0,1 % bzw. + 600 Mio. €) über dem Niveau des Vorjahres.

In der folgenden Tabelle (s.u.) sind die Steuereinnahmen nach Ertragshoheit gegliedert und in ihrer Veränderung gegenüber dem Vorjahr dargestellt.

Die Entwicklung bei den gemeinschaftlichen Steuern war einerseits geprägt von einem teilweise konjunkturell, teilweise steuerpolitisch (Tarifsenkungsstufe 2004) bedingten Rückgang der Lohnsteuereinnahmen (– 6,9 %). Andererseits stiegen die gewinnabhängigen Steuern wie Körperschaftsteuer (+ 58,6 %), veranlagte Einkommensteuer (+ 18,1 %) und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (+ 10,2 %) kräftig. Die Steuern vom

Umsatz stabilisierten sich mit + 0,3 % auf Vorjahresniveau.

Für den Rückgang der Bundessteuern (– 2,4 %) waren hauptsächlich die Mineralölsteuer und die Tabaksteuer als die beiden aufkommensstärksten speziellen Verbrauchsteuern verantwortlich. Sie sanken jeweils um – 3,3 %.

Die Zunahme der reinen Ländersteuern um + 5,7 % beruhte zum einen auf Sondereffekten bei der Erbschaftsteuer, deren Einnahmen um + 27,0 % stiegen. Zum anderen verzeichnete die Kraftfahrzeugsteuer steuerrechtlich bedingt ein Plus von 5,5 %.

Der mit + 21,6 % überaus starke Anstieg der Gemeindesteuern war fast ausschließlich durch die dynamische Entwicklung der Netto-Gewerbesteuer (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) bestimmt, die um + 33,2 % stieg.

Die Verteilung der Steuereinnahmen im Jahr 2004 auf Bund, Länder, Gemeinden und EU

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	Haushaltsjahr – in Mio. € –		Änderung ggü. Vorjahr	
	2004	2003	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern ¹	302 130	306 648	– 4 518	– 1,5
Bundessteuern	84 554	86 608	– 2 054	– 2,4
Ländersteuern	19 774	18 713	1 061	5,7
Gemeindesteuern ²	33 321	27 392	5 929	21,6
Zölle	3 059	2 877	182	6,3
Steuereinnahmen insgesamt	442 838	442 238	600	0,1

¹ Einschließlich Gewerbesteuerumlage (normal und erhöht).
² Ohne Gewerbesteuerumlage (normal und erhöht).

Verteilung der Steuereinnahmen	Haushaltsjahr – in Mio. € –		Änderung ggü. Vorjahr	
	2004	2003	in Mio. €	in %
Bund ¹	186 950	191 935	– 4 985	– 2,6
Länder ¹	179 869	177 577	2 292	1,3
Gemeinden	56 379	51 801	4 578	8,8
EU	19 640	20 925	– 1 285	– 6,1
Steuereinnahmen insgesamt	442 838	442 238	600	0,1
¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.				

sowie die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind der oben stehenden Tabelle zu entnehmen.

Die im Vergleich zu den Ländern und Gemeinden schwache Einnahmeentwicklung beim Bund im Jahr 2004 war im Wesentlichen durch die rückläufigen Bundessteuern und den an die Länder zu entrichtenden Betrag aus dem Umsatzsteueraufkommen in Höhe von 2,65 Mrd. € begründet. Dieser Betrag diente der Kompensation der Länder für die vorgezogene Senkung des Einkommensteuertarifs ab 1. Januar 2004. Für den kräftigen Anstieg der Steuereinnahmen der Gemeinden war die außerordentlich dynamische Entwicklung der Gewerbesteuer im Jahr 2004 verantwortlich. Zudem profitierten die Gemeinden von der Absenkung der Gewerbesteuerumlage.

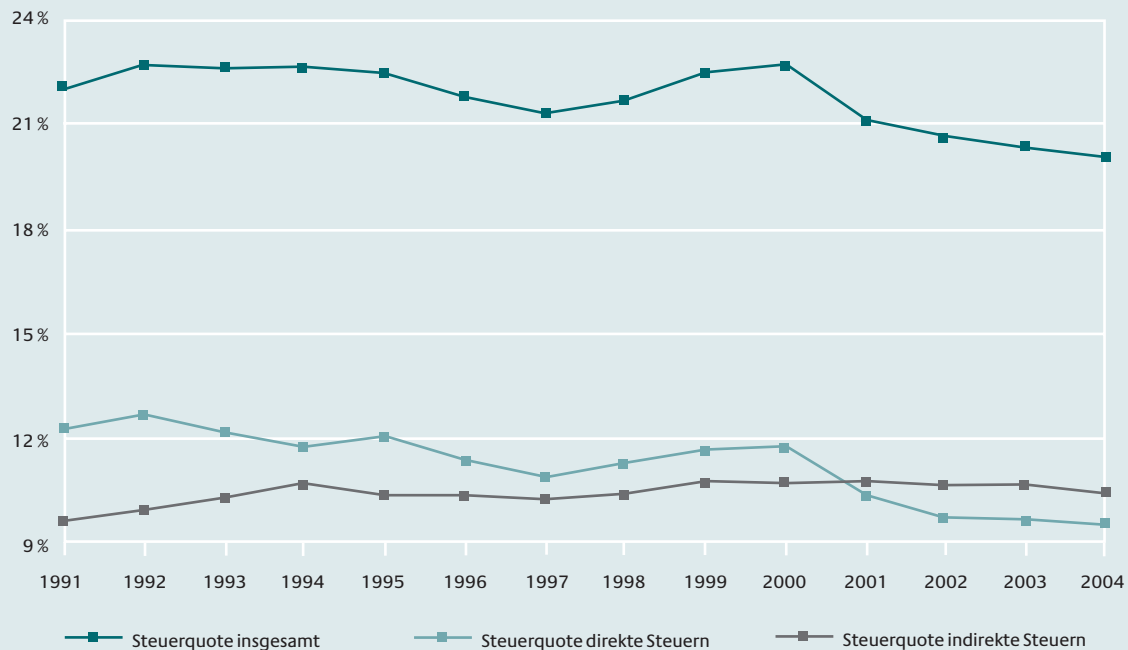
Die positive Entwicklung der Gewerbesteuer war letztlich auch die Ursache dafür, dass die Steuereinnahmen insgesamt und insbesondere natürlich die Einnahmen der Gemeinden

im Jahr 2004 deutlich über den Erwartungen der November-Steuerschätzung lagen. Dies wird aus der nachfolgenden Tabelle (s.u.) offensichtlich, in der die Einnahmeergebnisse, untergliedert nach Ebenen, den Schätzergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ gegenübergestellt werden.

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung im Jahresverlauf 2004 war die Mai-Schätzung im November hinsichtlich der Lohnsteuer und der Steuern vom Umsatz, aber auch bei Mineralöl- und Tabaksteuer nach unten zu korrigieren. Gleichzeitig wurden die Einnahmeerwartungen für die Gewerbesteuer erhöht. Die November-Schätzung erwies sich im Nachhinein als etwas zu pessimistisch. Die Abweichung des Ist-Ergebnisses von der Schätzung betrug + 457 Mio. €.

Da die Steuereinnahmen im Jahr 2004 nahezu stagnierten, gleichzeitig das nominale Bruttoinlandsprodukt aber um + 2,0 % stieg, ging

Steuerschätzung und Ergebnis	Schätzung – in Mio. € –		Ist-Ergebnis – in Mio. € –	Differenz ggü. Schätzung – in Mio. € –	
	Mai 2004	Nov. 2004		Mai 2004	Nov. 2004
Bund ¹	188 883	186 607	186 950	– 1 933	343
Länder ¹	180 766	180 005	179 869	– 897	– 136
Gemeinden	54 016	55 470	56 379	2 363	909
EU	20 100	20 300	19 640	– 460	– 660
Summe	443 764	442 381	442 838	– 926	457
¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.					

Abbildung 1: Entwicklung der Steuerquote 1991–2004

die Steuerquote um – 0,3 Prozentpunkte auf 20,1 % zurück (siehe Abbildung 1).¹ Die Steuerquote hat damit einen historischen Tiefstand erreicht.

Unterteilt man die Gesamtsteuerquote in die Quote der direkten Steuern und der indirekten Steuern, erhält man Erkenntnisse über die Ursachen der Entwicklung der Steuerquote. Die Quote der indirekten Steuern lag im Jahr 2004 mit 10,5 % leicht über dem Niveau des Ausgangsjahres 1991 (9,7 %), während die Quote der direkten Steuern im gleichen Zeitraum signifikant von 12,3 % (1991) auf 9,6 % (2004) gesunken ist. Die rückläufige Gesamtsteuerquote ist somit durch den Rückgang der Quote der direkten Steuern verursacht. Vor allem die umfangreichen Steuersenkungen im Rahmen der Steuerreform 2000 mit der Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer und Senkung des Steuertarifs bei Einkommen- und Körperschaftsteuer haben zu

der Verringerung der Steuerquote geführt. Der Rückgang war also zum Teil politisch gewollt, zum Teil jedoch auch konjunkturbedingt: Das Wachstum der vergangenen Jahre war wesentlich vom Export getragen und damit weniger steuerergiebig.

2 Einzelergebnisse

2.1 Direkte Steuern

Lohnsteuer

Die Kasseneinnahmen aus der Lohnsteuer gingen im Jahr 2004 um – 6,9 % zurück. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen die Tarifsenkungsstufe 2004, die eine Erhöhung des Grundfreibetrags sowie eine Senkung des Eingangssteuersatzes auf 16 % und des Spitzensteuersatzes auf 45 % brachte. Darüber hinaus führten die schwierige

¹ In der Mai-Steuerschätzung konnte die jüngste Revision der BIP-Daten durch das Statistische Bundesamt noch nicht berücksichtigt werden. Dadurch ergeben sich Veränderungsraten des BIP und Steuerquoten, die von den in den Ergebnistabellen der Steuerschätzung ausgewiesenen Werten abweichen.

Lohnsteuer	2004	2003	ggü. Vorjahr
	in Mio. €		in %
Bruttoaufkommen	158 545	167 607	– 5,4
– Kindergeld ¹ (Arbeitgeber u. Familienkassen)	– 34 506	– 34 444	0,2
– Altersvorsorgezulage	– 144	– 73	98,6
Kassenaufkommen	123 895	133 090	– 6,9

¹ Der überwiegende Teil des Kindergeldes dient der Steuerfreistellung des Kinderexistenzminimums: 20 400 Mio. € in 2004 und 21 064 Mio. € in 2003.

Arbeitsmarktsituation und der Abbau von Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld zu geringeren Lohnsteuereinnahmen.

Neben dem Kindergeld, das seit 1996 als Steuervergütung durch Abzug von der Lohnsteuer gebucht wird, wird das Lohnsteueraufkommen seit Mai 2003 durch die Auszahlung der Altersvorsorgezulage im Rahmen der „Riester-Rente“ geschmälert. Unter Berücksichtigung der Altersvorsorgezulage und des Kindergeldes betrug der Rückgang des Bruttoaufkommens –5,4%.

Veranlagte Einkommensteuer

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer verbesserten sich im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um + 18,1 % bzw. + 825 Mio. €. Da die aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlten Erstattungen nach § 46 EStG (Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer), Investitionszulage und Eigenheimzulage

im Vorjahresvergleich um zusammen –216 Mio. € niedriger waren, nahm das Bruttoaufkommen nur um + 609 Mio. € bzw. + 1,7% zu. Ohne die Einnahmen aus dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit in Höhe von 890 Mio. €, die bei der Einkommensteuer verbucht wurden, wäre das Aufkommen im Jahr 2004 infolge der Tarifenkungsstufe 2004 rückläufig gewesen.

Körperschaftsteuer

Das Bruttoaufkommen der Körperschaftsteuer war im Jahr 2004 um gut 4,8 Mrd. € bzw. + 50,7% höher als im Vorjahr. Da die Investitionszulage zur Körperschaftsteuer im Vorjahresvergleich mit – 0,5 % nahezu konstant blieb, stiegen die Kasseneinnahmen um den gleichen Betrag. Dieser starke Zuwachs beruhte zum einen auf einer günstigen Entwicklung der Unternehmensgewinne, die zu einer kräftigen Erhöhung der Vorauszahlungen führte. Zum anderen trugen steuerrechtliche Maßnahmen wie die Einschrän-

Veranlagte Einkommensteuer	2004	2003	ggü. Vorjahr
	in Mio. €		in %
Bruttoaufkommen	37 403	36 793	1,7
– Erstattungen gem. § 46 EStG	– 20 640	– 20 985	– 1,6
– Investitionszulage	– 541	– 704	– 23,1
– Eigenheimzulage	– 10 828	– 10 536	2,8
Kassenaufkommen	5 394	4 568	18,1

Körperschaftsteuer	2004	2003	ggü. Vorjahr
	in Mio. €		in %
Bruttoaufkommen	14 360	9 518	50,7
– Investitionszulage	– 1 237	– 1 243	– 0,5
Kassenaufkommen	13 123	8 275	58,6

kung der Verlustverrechnung und das Moratorium für die Nutzung noch bestehender Körperschaftsteuerguthaben aus der Zeit vor der Unternehmenssteuerreform zu der deutlichen Aufkommensverbesserung bei.

Gewerbesteuer

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer beliefen sich im Jahr 2004 auf 28,4 Mrd. €. Das waren + 4,2 Mrd. € bzw. + 17,5 % mehr als im Vorjahr. Zu dieser außerordentlichen Aufkommensdynamik im Jahr 2004 haben mehrere Faktoren beigetragen. Zunächst nahmen die laufenden Vorauszahlungen für das Jahr 2004 aufgrund der günstigen Gewinnentwicklung und steuerrechtlicher Maßnahmen (insbes. Begrenzung des Verlustvortrags) kräftig zu. Ferner verzeichneten die nachträglich angepassten Vorauszahlungen für das Jahr 2003, die in 2004 kassenwirksam wurden, einen deutlichen Anstieg. Schließlich flossen aus der Veranlagung 2002 unerwartet hohe Nachzahlungen, da offenbar in der Vergangenheit die Vorauszahlungen im Vergleich zur Entwicklung der steuerlichen Unternehmensgewinne zu niedrig angesetzt waren.

Solidaritätszuschlag

Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag blieben im Jahr 2004 um – 1,7 % unter dem Vorjahreswert. Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, beruhte dieser Rückgang zum größten Teil auf rückläufigen Lohnsteuereinnahmen. Der Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer trägt gut $\frac{3}{4}$ zum Gesamtaufkommen bei. Die günstige Entwicklung bei den Bemessungsgrundlagen Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und veranlagte Einkommensteuer konnten diesen Rückgang deshalb nicht voll kompensieren.

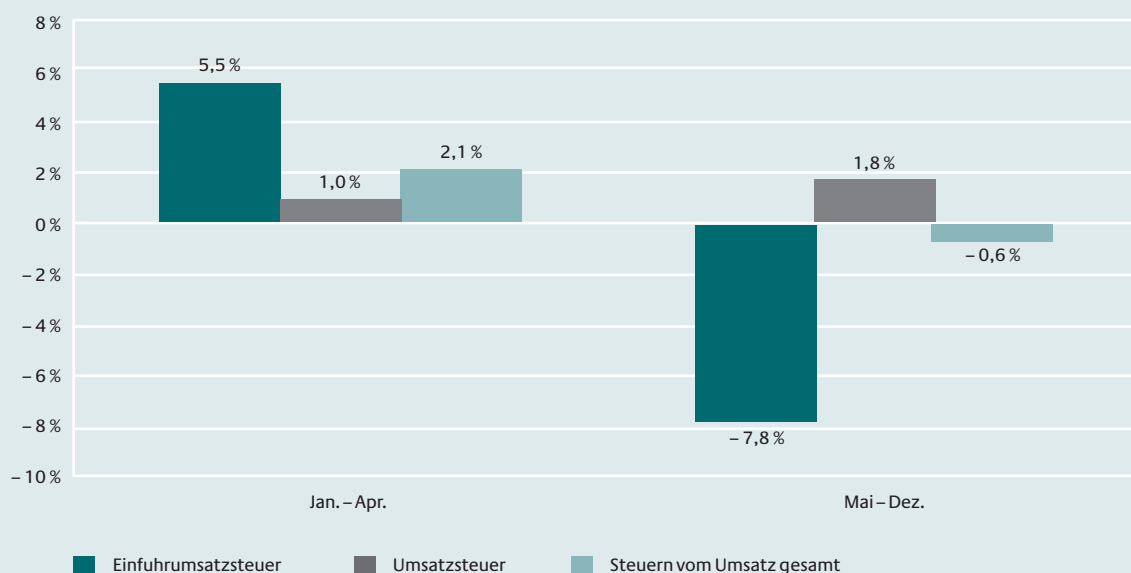
2.2 Indirekte Steuern

Steuern vom Umsatz

Die schwache inländische Endnachfrage hinterließ im Jahr 2004 ihre Spuren bei den Steuern vom Umsatz. Sie bewegten sich mit einer Zunahme um + 0,3 % lediglich auf dem Niveau des Vorjahres (137,0 Mrd. € in 2003, 137,4 Mrd. € in 2004). Dabei entwickelten sich die beiden Teilaggregate der Steuern vom Umsatz, die

Solidaritätszuschlag	2004	2003	ggü. Vorjahr
	in Mio. €		in %
– zur Lohnsteuer	7 667	8 087	– 5,3
– zur veranlagten Einkommensteuer	673	652	3,2
– zum Zinsabschlag	376	418	– 10,1
– zu den nicht veranl. Steuern vom Ertrag	501	475	5,7
– zur Körperschaftsteuer	891	648	37,5
Solidaritätszuschlag insgesamt	10 108	10 280	– 1,7

Abbildung 2: Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer
Änderung 2004 gegenüber Vorjahreszeitraum



Umsatzsteuer und die Einfuhrumsatzsteuer, im Jahresverlauf 2004 bedingt durch die EU-Osterweiterung ab 1. Mai 2004 im Vorjahresvergleich höchst unterschiedlich, wie die oben stehende Abbildung 2 zeigt.

Bis April 2004 stiegen die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um +5,5%. Die Umsatzsteuer verzeichnete im gleichen Zeitraum hingegen nur eine Zunahme um +1,0%, u. a. weil die entrichtete Einfuhrumsatzsteuer zeitnah als Vorsteuerabzug bei der Umsatzsteuer geltend gemacht wurde. Insgesamt nahmen die Steuern vom Umsatz in den ersten vier Monaten 2004 um +2,1% zu. Mit dem Beitritt von zehn neuen Ländern zur EU zum 1. Mai 2004 unterliegen die Einfuhren aus diesen Ländern nicht mehr der Einfuhrumsatzsteuer. Im Zeitraum Mai bis Dezember 2004 gingen deshalb die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um -7,8% zurück, während die Umsatzsteuer wegen geringerer Vorsteuerabzüge um +1,8% zulegte. Dieser im Vergleich zu den ersten vier Monaten des Jahres

stärkere Zuwachs bei der Umsatzsteuer ist somit kein Indiz für eine verbesserte Inlandsnachfrage, sondern rein steuertechnisch bedingt. Das Gesamttaggregat Steuern vom Umsatz war im Zeitraum Mai bis Dezember mit -0,6% rückläufig.

Mineralölsteuer

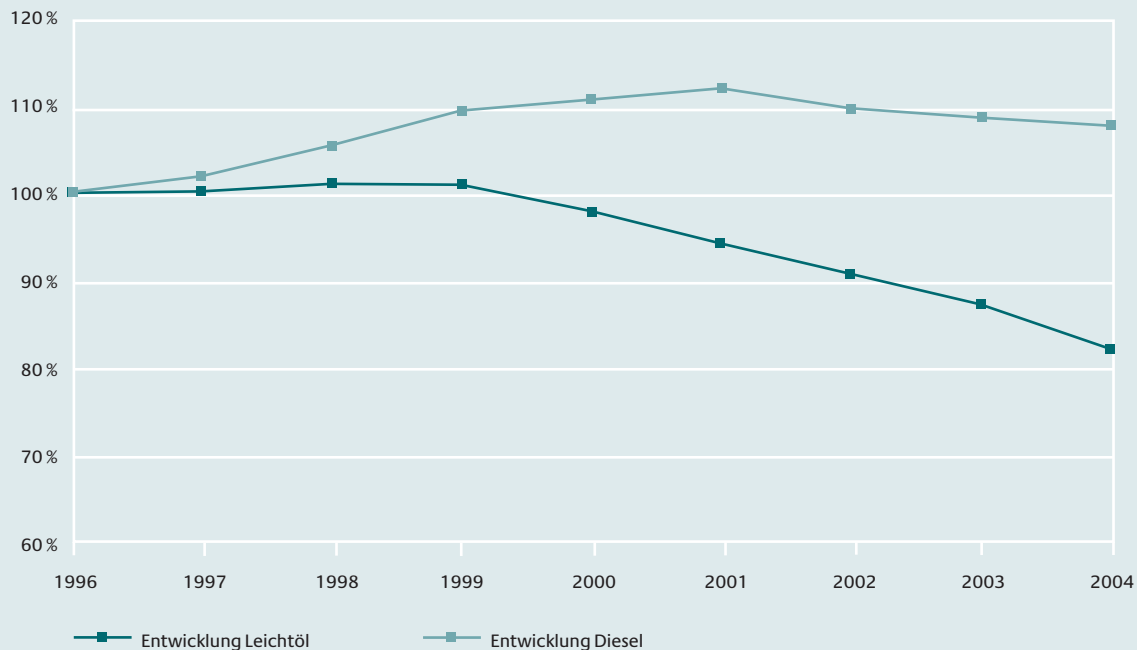
Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer betrugen im Jahr 2004 rd. 41,8 Mrd. € und lagen damit um -3,3% unter dem Vorjahreswert. Knapp 89% der Mineralölsteuereinnahmen stammten dabei aus der Besteuerung von Kraftstoffen (Leichtöl und Diesel), gut 7% aus der Besteuerung von Erdgas und 4% aus der Besteuerung von Heizöl.

Im Jahr 2004 setzte sich beim Leichtöl der seit der Einführung der ökologischen Steuerreform im Jahr 1999 zu beobachtende Verbrauchsrückgang² mit -5,9% in verstärktem Maße fort, wie aus der folgenden Abbildung 3 (siehe S. 57) ersichtlich wird.

² Hier und im Folgenden wird vereinfachend „Verbrauch“ mit dem Absatz in Deutschland versteuerter Mengen gleichgestellt. Annahme: Verbrauch 2004 = versteuerte Mengen Dezember 2003 bis November 2004.

Abbildung 3: Entwicklung des Verbrauchs von Leichtöl und Diesel

Basis 1995 = 100



Der Dieserverbrauch ging im Jahr 2004 hingegen mit – 0,9 % nur leicht zurück und hat sich auch seit Einführung der Ökosteuer nur wenig verringert. Zu dieser stabilen Verbrauchsentwicklung hat insbesondere die seit Jahren zu beobachtende und im Zeitablauf sich verstärkende Substitution von Otto-Pkw durch Diesel-Pkw beigetragen. Der im Vergleich zum Leichtöl geringere Preis für Dieseldieselkraftstoff, der niedrigere spezifische Verbrauch und die deutliche technische Verbesserung von Diesel-Motoren haben den Trend zum Diesel-Pkw gefördert. Insgesamt hinterließ der hohe Ölpreis im Jahr 2004 deutliche Spuren beim Kraftstoffverbrauch, der im Vorjahresvergleich um – 3,5 % sank. Die Autofahrer reagierten mit Verbrauchseinschränkungen und auch der Tanktourismus ins europäische Ausland dürfte aufgrund der bestehenden Preisunterschiede an Attraktivität zugenommen haben.

Tabaksteuer

Die Einnahmen aus der Tabaksteuer beliefen sich im Jahr 2004 auf 13,6 Mrd. € und waren damit um

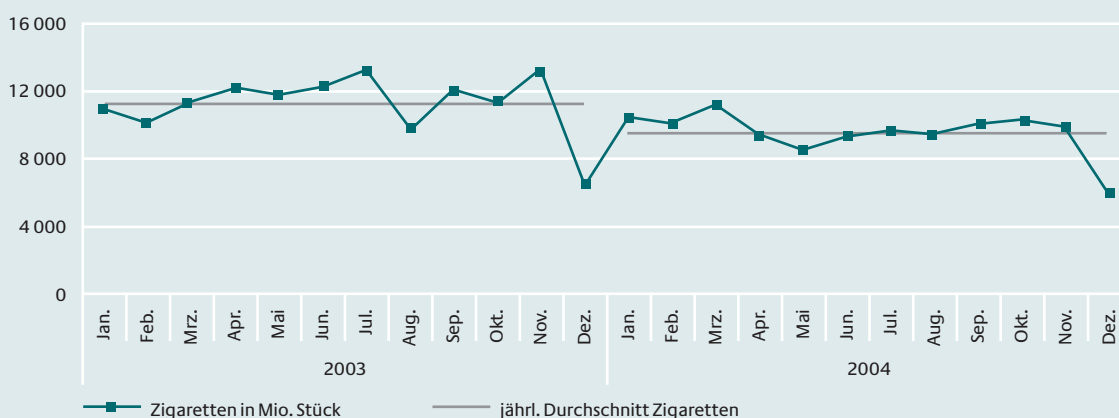
– 3,3 % niedriger als im Vorjahr. Der Aufkommensrückgang beruhte auf massiven Verbraucherreaktionen, die durch die zwei Erhöhungen der Tabaksteuer zum 1. März und 1. Dezember 2004 um jeweils durchschnittlich 1,2 Cent je Zigarette ausgelöst wurden. Wie aus der Abbildung 4 (siehe S. 58) ersichtlich wird, lag der versteuerte Verbrauch von Zigaretten im Jahr 2004 deutlich unter dem des Vorjahres (rd. – 15 %). Gleichzeitig erhöhte sich der versteuerte Verbrauch von Feinschnitt (siehe Abbildung 5, S. 58), der neben dem klassischen Feinschnitt zum Selberdrehen besonders in Form des vorportionierten Feinschnitts (sog. Feinschnittzigaretten) als Substitut für Zigaretten gilt, signifikant (+ 30 %). Allerdings trägt die Besteuerung von Feinschnittprodukten nur mit knapp 8 % zum Tabaksteueraufkommen bei, so dass der starke Rückgang bei den Einnahmen aus den Zigaretten nicht ausgeglichen werden konnte.

Im März 2004, dem ersten Monat der Erhöhung, ist noch kein gravierender Verbrauchsrückgang zu beobachten. In den Folgemonaten wird der Rückgang beim versteuerten Verbrauch

jedoch offensichtlich. Es wurden im Zeitraum April bis Dezember 2004 durchschnittlich rd. 2,2 Mrd. Zigaretten pro Monat weniger versteuert als im gleichen Zeitraum 2003. Gleichzeitig wird beim Feinschnitt die gegenläufige Tendenz mit im Jahresverlauf deutlich steigenden Verbrauchsmengen erkennbar. Von April bis Dezember 2004 war der monatliche Verbrauch

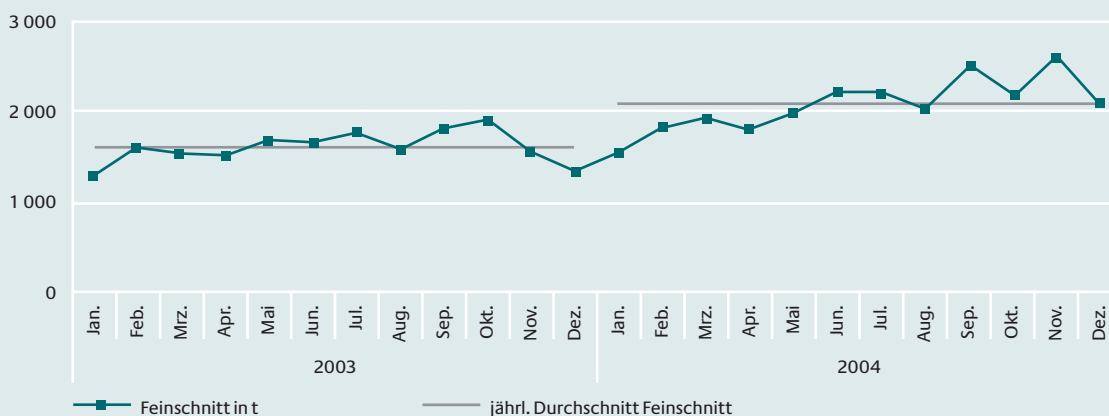
durchschnittlich um gut $\frac{1}{2}$ t höher als im Vorjahr. Allerdings ist das Ausweichen auf den Feinschnitt mit seinem Teilsegment der Feinschnittzigaretten nur eine mögliche Reaktion der preissensiblen Verbraucher. Legale Grenzeinkäufe und der illegale Handel (Schmuggel) sind weitere Ausweichmöglichkeiten, über deren Inanspruchnahme man nur mutmaßen kann.

Abbildung 4: Verbrauch von versteuerten Zigaretten in den Jahren 2003 und 2004¹



¹ Quelle: Statistisches Bundesamt FS 14 R 9.1.1 – Tabelle „Bezug von Steuerzeichen im Berichtszeitraum“.

Abbildung 5: Verbrauch von versteuertem Feinschnitt in den Jahren 2003 und 2004¹



¹ Quelle: Statistisches Bundesamt FS 14 R 9.1.1 – Tabelle „Bezug von Steuerzeichen im Berichtszeitraum“.

Bundespolitik und Kommunalfinanzen

1	Zusammenfassung	59
2	Die Reform greift: Finanzsituation der Kommunen 2004	60
3	Gemeindefinanzreform: Nachhaltige Entlastung der Kommunen	66
4	Tagesbetreuungsausbaugesetz	68
5	KfW-Infrastrukturprogramm (Sonderfonds „Wachstumsimpulse“)	68
6	Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“	70
7	Föderalismuskommission	71
8	Ausblick: Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen	71

1 Zusammenfassung

Trotz der in der Finanzverfassung verankerten Zuständigkeit der Länder für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen steht der Bund zu seiner Mitverantwortung für die kommunale Finanzsituation. Als sich in den Jahren 2001 und 2002 deutliche Probleme infolge der massiven Gewerbesteuererbrüche zeigten, hat der Bund kurzfristig mit Sofortmaßnahmen und mit der Einsetzung der Gemeindefinanzreformkommission reagiert.

Heute zeigt sich, dass mit der durchaus schwierigen Umsetzung der Kommissionsergebnisse im Rahmen der anschließenden Gesetzespakete für die Kommunen wesentliche Entlastungen erreicht wurden. Mit den Ergebnissen der Gesetzgebungsverfahren zur Gemeindefinanzreform ist eine strukturelle und quantitative Verbesserung der Gemeindefinanzen gelungen: durch die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, die Regelungen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer und die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.

Auf der Einnahmenseite springt die hohe Steigerung der Gewerbesteuererinnahmen im Jahr 2004 ins Auge. Mit Netto-Einnahmen von mehr als 20 Mrd. € wurden sogar die Rekordjahre 1999/2000 übertroffen. Dies zeigt, dass die Politik des Bundes unmittelbar und unbestreitbar Früchte trägt.

Aufgrund der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen haben sich die Defizite in den Kommunalhaushalten im vergangenen Jahr gegenüber dem sehr hohen Defizit 2003 von 8,5 Mrd. € mehr als halbiert (2004: – 3,8 Mrd. €).

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer überwiegend vom Bund finanzierten einheitlichen Leistung für Erwerbsfähige werden die Kommunen ab 2005 zusätzlich auf der Ausgabenseite um 2,5 Mrd. € entlastet. Dies wird durch den vereinbarten Revisionsprozess sichergestellt. In diesem Zusammenhang ist es unabdingbar, dass die Länder – wie im Vermittlungsverfahren zugesagt – ihre finanziellen Entlastungen aus Hartz IV an ihre Kommunen weitergeben.

Die Kommunen haben auf Grund der äußerst positiven Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen im Jahr 2004 und der ab dem laufenden Jahr greifenden Entlastungen durch Hartz IV Handlungsspielraum zurückgewonnen. Der Bund leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur dringend notwendigen Verbesserung der kommunalen Investitionsfähigkeit.

Mit der Verabschiedung von Hartz IV ist die Grundlage für die Finanzierung einer bedarfsgerechten Anzahl von Kinderbetreuungsplätzen nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), insbesondere für unter dreijährige Kinder, geschaffen. Damit unterstützt der Bund

das bereits im geltenden Recht vorgesehene Vorhalten eines bedarfsgerechten Angebots.

Aufgrund des Widerstandes der Länder konnten die im TAG vorgesehenen Einsparungen bei der Kinder- und Jugendhilfe für die Kommunen noch nicht umgesetzt werden. Die Koalitionsfraktionen arbeiten jedoch an deren Umsetzung im Rahmen des sich in der parlamentarischen Beratung befindenden Entwurfs eines Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetzes. Der Deutsche Bundestag hat dem Gesetzentwurf am 3. Juni 2005 zugestimmt. Nachdem der Bundesrat dem Gesetz am 8. Juli 2005 ebenfalls zugestimmt hat, werden die Kommunen um weitere 214 Mio. € jährlich entlastet.

Das im April 2003 mit einem Gesamtvolumen von rd. 6,5 Mrd. € zur Konjunkturbelebung gestartete KfW-Infrastrukturprogramm – Sonderfonds „Wachstumsimpulse“ war ein Erfolg. Der veranschlagte Kreditrahmen wurde vollständig ausgeschöpft.

Mit dem Ganztagschulprogramm stellt der Bund 4 Mrd. € für kommunale Investitionen bereit. Hier geht es nicht nur um eine gesellschaftspolitische, sondern auch um eine ökonomisch eminent wichtige Weichenstellung. Deshalb sind die Länder gefordert, die zur Verfügung gestellten Mittel zügig abzurufen.

In den am 17. Dezember 2004 ohne Ergebnis beendeten Erörterungen der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (Föderalismuskommission) hat der Bund einem ausdrücklichen Verbot einer unmittelbaren bundesgesetzlichen Aufgabenzuweisung an die Gemeinden zugestimmt. Dies würde das von den Kommunen immer wieder aufgeworfene Problem der Kostenfolgen solcher Aufgabenzuweisungen systemkonform in den Regelungsbereich der Länder verweisen.

Die kommunalen Steuereinnahmen werden sich nach den Ergebnissen der Steuerschätzung in den Jahren 2005 bis 2008 besser entwi-

ckeln als die Steuereinnahmen von Bund und Ländern.

2 Die Reform greift: Finanzsituation der Kommunen 2004

Die Gewerbesteuer hat sich außerordentlich dynamisch entwickelt: Die Gewerbesteuererinnahmen (netto) beliefen sich im Jahr 2004 auf 20,6 Mrd. €. Sie waren damit um 35,7 % bzw. 5,4 Mrd. € höher als im Jahr 2003 (15,2 Mrd. €). Die Ergebnisse der Rekordjahre 1999/2000 (19,4 Mrd. €) wurden noch um 1,2 Mrd. € übertroffen.

Die Einnahmen der Kommunen insgesamt haben sich im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,8 % erhöht. Die Ausgaben waren rückläufig (– 0,5 %). Das Finanzierungsdefizit der Kommunen insgesamt reduzierte sich deutlich um 4,7 Mrd. € auf 3,8 Mrd. €.

Tabelle 1: Finanzierungsdefizite in Mrd. €

Gebietseinheit	2003	2004
Kommunen alte Länder	– 7,7	– 3,7
Kommunen neue Länder	– 0,8	– 0,1
Kommunen insgesamt	– 8,5	– 3,8

Im laufenden Jahr werden die durch die Revisionsklausel abgesicherten Entlastungen der Kommunen infolge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (2,5 Mrd. €) die Gemeindehaushalte weiter begünstigen.

Die Finanzlage der kommunalen Ebene ist von einer zunehmenden Differenzierung geprägt. Der Halbierung des Gesamtdefizits steht ein anhaltendes Wachstum der Kassenkredite strukturschwacher Gemeinden gegenüber. In diesen Fällen dürften zusätzliche Haushalts-spielräume zunächst für den Abbau dieser Kredite und erst danach für zusätzliche Investitionen genutzt werden.

Zur Entwicklung der kommunalen Finanzierungssalden seit 1997 vgl. auch Abbildung 1.

Die kommunalen Steuereinnahmen insgesamt erhöhten sich im Jahr 2004 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 9,4 % oder 4,4 Mrd. € auf 51,2 Mrd. € (vgl. Tabelle 3, S. 62).

Nach Ländern entwickelten sich die Steuereinnahmen der Gemeinden differenziert (vgl. Tabelle 4, S. 62): Die Spannbreite lag zwischen +1,1 % in Schleswig-Holstein und +15,7 % in Sachsen-Anhalt.

Die erfreuliche Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen wurde von der Gewerbesteuer getragen. Sie nahm im Jahr 2004 in der

Bruttobetrachtung um 18,6 % zu. Hierfür sind die im Rahmen der Gemeindefinanzreform erfolgten Steuerrechtsänderungen (Verbreiterung der Bemessungsgrundlage) und eine verbesserte Gewinnentwicklung der Unternehmen verantwortlich.

Die Gewerbesteuer (netto) – d.h. die Gewerbesteuer (brutto) abzüglich der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlagen – entwickelte sich noch erheblich dynamischer als die Steuereinnahmen insgesamt und erhöhte sich im Jahr 2004 um 35,7 % auf 20,6 Mrd. € (vgl. Tabelle 5 und Abbildung 2, S. 63). Die Einnahmen lagen damit nicht nur deutlich

Abbildung 1: Finanzierungssalden der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt)



Tabelle 2: Entwicklung der Einnahmen im Jahr 2004

Veränderungen der wesentlichen Einnahmen gegenüber 2003 in %

Einnahmen	Kommunen alte Länder	Kommunen neue Länder	Kommunen insgesamt
Steuern	+ 9,3	+ 11,3	+ 9,4
Schlüsselzuweisungen	+ 6,2	- 3,5	+ 3,0
Gebühren	- 0,6	- 1,2	- 0,7
Investitionszuweisungen vom Land	- 1,2	+ 2,3	+ 0,2
Einnahmen insgesamt	+ 3,2	+ 1,2	+ 2,8

über dem Vergleichswert (2003: 15,2 Mrd. €), sondern übertrafen auch das Ergebnis (19,4 Mrd. €) der bisherigen Rekordjahre 1999 und 2000 um

1,2 Mrd. €. Ungeachtet regionaler Unterschiede wiesen die Kommunen in allen Ländern bei der Gewerbesteuer (netto) zweistellige Zuwachsraten

Tabelle 3: Kommunale Steuereinnahmen insgesamt¹

Gemeinden/Gemeindeverbände insgesamt	Aufkommen		Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum	
	2004	2003		
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Gewerbesteuer (netto)	20 564,2	15 149,6	5 414,6	35,7
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	18 576,7	19 822,5	– 1 245,8	– 6,3
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2 590,4	2 590,2	0,2	0,0
Grundsteuern	8 843,6	8 606,4	237,2	2,8
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	600,7	588,5	12,2	2,1
Steuern (netto) insgesamt	51 175,6	46 757,2	4 418,4	9,4

¹ Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

Tabelle 4: Kommunale Steuereinnahmen (netto) insgesamt nach Ländern¹

Gebietseinheit	Aufkommen		Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum	
	2004	2003		
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Bayern	9 429,0	8 346,6	1 082,4	13,0
Baden-Württemberg	8 673,0	7 764,5	908,5	11,7
Hessen	5 238,0	4 909,7	328,3	6,7
Rheinland-Pfalz	2 397,6	2 178,7	218,9	10,0
Saarland	606,0	532,3	73,7	13,8
Nordrhein-Westfalen	13 807,6	12 945,1	862,5	6,7
Niedersachsen	4 814,0	4 352,4	461,6	10,6
Schleswig-Holstein	1 644,4	1 626,6	17,8	1,1
Flächenländer West	46 609,7	42 655,9	3 953,8	9,3
Brandenburg	847,6	759,9	87,7	11,5
Mecklenburg-Vorpommern	513,1	483,8	29,3	6,1
Sachsen	1 612,7	1 445,1	167,6	11,6
Sachsen-Anhalt	875,8	756,7	119,1	15,7
Thüringen	716,5	655,8	60,7	9,3
Flächenländer Ost	4 565,8	4 101,3	464,5	11,3
Flächenländer insgesamt	51 175,5	46 757,2	4 418,3	9,4

¹ Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

Tabelle 5: Gewerbesteuer (netto) nach Ländern¹

Gebietseinheit	Aufkommen		Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum	
	2004	2003		
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Bayern	3 824,3	2 581,6	1 242,7	48,1
Baden-Württemberg	3 579,5	2 573,5	1 006,0	39,1
Hessen	2 181,3	1 659,0	522,3	31,5
Rheinland-Pfalz	919,3	638,8	280,5	43,9
Saarland	249,2	160,8	88,4	55,0
Nordrhein-Westfalen	5 549,8	4 356,2	1 193,6	27,4
Niedersachsen	1 819,3	1 273,8	545,5	42,8
Schleswig-Holstein	574,2	501,6	72,6	14,5
Flächenländer West	18 696,8	13 745,3	4 951,5	36,0
Brandenburg	326,3	228,0	98,3	43,1
Mecklenburg-Vorpommern	200,7	151,3	49,4	32,7
Sachsen	691,6	546,2	145,4	26,6
Sachsen-Anhalt	363,4	261,6	101,8	38,9
Thüringen	285,4	217,4	68,0	31,3
Flächenländer Ost	1 867,4	1 404,3	463,1	33,0
Flächenländer insgesamt	20 564,2	15 149,6	5 414,6	35,7

¹ Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

Abbildung 2: Einnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt) aus der Gewerbesteuer (netto)

aus; die Spannbreite lag zwischen 14,5 % in Schleswig-Holstein und 55,0 % im Saarland.

Als Folge der Maßnahmen des Bundes – Absenkung der Gewerbesteuerumlage und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage – haben sich die Einnahmen der Städte und Gemeinden aus der Gewerbesteuer im Jahr 2004 nicht nur erholt, sondern sind brutto wie netto auf ihrem bisher höchsten Stand angelangt.

Die rückläufige Entwicklung beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (– 6,3 %) war nach der am 1. Januar 2004 in Kraft getretenen Steuersenkung zu erwarten. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer stagnierten aufgrund der weiterhin schwachen Entwicklung des privaten Konsums. Grundsteuern, sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen (+ 2,7 %) werden zunehmend ausgeschöpft (z.B. werden bisher nicht genutzte Einnahmequellen genutzt und Hebesätze bei der Grundsteuer angehoben).

Die Gesamtausgaben der Kommunen insgesamt wurden – bei stagnierenden Ausgaben für Personal und Sachaufwand sowie deutlich geringeren Zinsaufwendungen – um 0,5 % reduziert. Allein die Ausgaben für soziale Leistungen erhöhten sich um 4,6 % (Kommunen alte Länder + 4,1 %, Kommunen neue Länder + 8,2 %; vgl. Tabelle 6).

Bei den Sachinvestitionen ist der seit Jahren anhaltende deutliche Rückgang noch nicht

zum Stillstand gekommen (2004: nach – 8 % noch 19,7 Mrd. €). Dies wird erst für 2005 erwartet. 1994 investierten die Kommunen – auf die ca. 60 % der öffentlichen Investitionen entfallen – noch 30,3 Mrd. €.

Der Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbände erhöhte sich im Jahr 2004 lediglich um 0,5 % auf 89,3 Mrd. €. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Kassenkredite, die nur kurzfristige Liquiditätsengpässe überbrücken sollen, auf 20,2 Mrd. € (+ 4,2 Mrd. € und damit über ein Viertel mehr als im Vorjahr).

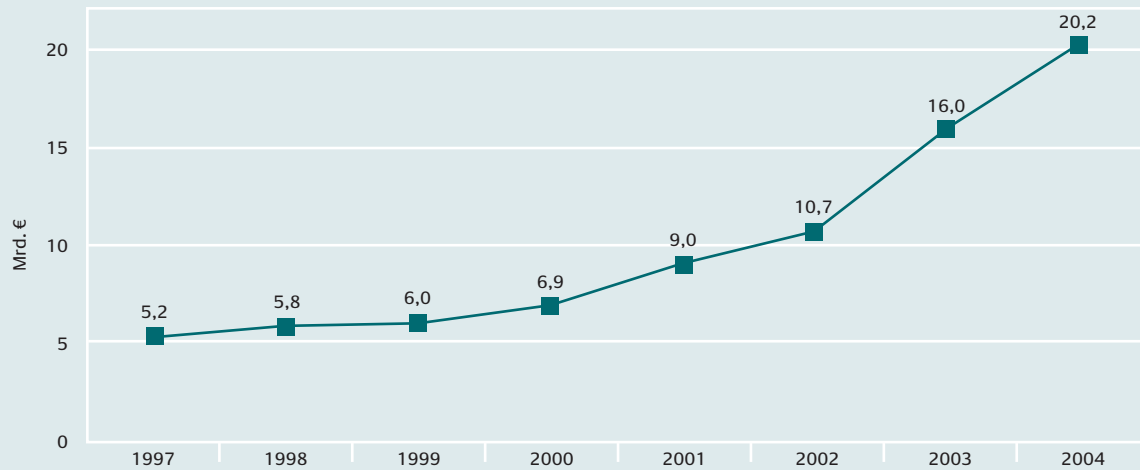
In den alten Ländern beliefen sich die Kassenkredite im vergangenen Jahr je Einwohner durchschnittlich auf 295 €, wobei die Pro-Kopf-Werte nach Ländern exorbitant streuten: die Spannbreite lag zwischen 30 € in Baden-Württemberg und 924 € im Saarland. Der Durchschnittswert je Einwohner lag in den neuen Ländern im Jahr 2004 bei 113 €: Spannbreite zwischen 25 € in Sachsen und 220 € in Brandenburg (vgl. Abbildung 3, S. 65).

Die Inanspruchnahmen der Kassenkredite konzentrierten sich zum 31. Dezember 2003 auf Kommunen in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland: Bei einem Anteil an den Einwohnern der Flächenländer von rd. 49 % entfielen auf sie 13,9 Mrd. € oder 87 % der Kassenkredite (16 Mrd. €). Auf die 37 kreisfreien Städte mit

Tabelle 6: Entwicklung der Ausgaben im Jahr 2004

Veränderungen der wesentlichen Ausgaben gegenüber 2003 in %

Ausgaben	Kommunen alte Länder	Kommunen neue Länder	Kommunen insgesamt
Personal	+ 0,5	– 2,3	0,0
Sachaufwand	+ 0,5	– 2,3	0,0
Soziale Leistungen	+ 4,1	+ 8,2	+ 4,6
Zinsen	– 6,4	– 4,7	– 6,2
Sachinvestitionen (dar.: Baumaßnahmen)	– 8,2 (– 9,2)	– 7,1 (– 6,7)	– 8,0 (– 8,6)
Ausgaben insgesamt	– 0,3	– 1,6	– 0,5

Abbildung 3: Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt)**Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände in den alten Ländern**

2004	BW	BY	SH	alte Länder	HE	NI	NW	RP	SL
in Euro je Einwohner	30	34	167	295	353	443	468	566	924
Veränderung ggü. Vorjahr in %	- 13	26	77	25	43	23	24	20	17

Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände in den alten Ländern

2004	BW	BY	SH	SL	HE	RP	NI	NW	alte Länder
in Mio. €	318	419	473	979	2 147	2 298	3 542	8 464	18 639

Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände in den neuen Ländern

2004	SN	TH	neue Länder	MV	ST	BB
in Euro je Einwohner	25	31	113	131	219	220
Veränderung ggü. Vorjahr in %	- 50	- 26	43	60	104	66

Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände in den neuen Ländern

2004	TH	SN	MV	ST	BB	neue Länder
in Mio. €	73	107	227	549	565	1 520

Quelle: Statistisches Bundesamt; Schulden der öffentlichen Haushalte, für 2004 Kassenstatistik.

100 000 und mehr Einwohnern dieser Länder (ohne Saarland) entfielen 45 % (7,25 Mrd. €), auf die 23 kreisfreien Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern in Nordrhein-Westfalen 32 % (5,1 Mrd. €) aller kommunalen Kassenkredite.

Da der negativen Entwicklung der Kassenkredite eine positive bei den Finanzierungssalden gegenüberstand, ist der offensichtlich auf eine überschaubare Zahl von Kommunen konzentrierte hohe Kassenkreditbestand Indiz für eine größer werdende Kluft zwischen strukturschwachen und strukturstarken Gemeinden. Dies stellt hohe Anforderungen an die kommunalen Finanzausgleichssysteme der betroffenen Länder.



3 Gemeindefinanzreform: Nachhaltige Entlastung der Kommunen

Mit den Ergebnissen der Gesetzgebung zur Gemeindefinanzreform ist eine strukturelle und quantitative Verbesserung der Gemeindefinanz gelungen: durch die Absenkung der Gewerbesteuerumlage und die Regelungen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer sowie die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Damit fanden die kurzfristig ergriffenen Maßnahmen (Unternehmensteuerfortentwicklungsgesetz, Freistellung der Kommunen von der Finanzierung des Aufbauhilfefonds, KfW-Infrastrukturprogramm) die notwendige Ergänzung durch mittel- und langfristig wirkende Maßnahmen.

Dass diese Politik greift, zeigt der Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen (netto) im Jahr 2004 um 35,7 % bzw. 5,4 Mrd. € gegenüber dem

Vorjahr. Ab 2005 werden die Kommunen durch Hartz IV zusätzlich auf der Ausgabenseite jährlich um 2,5 Mrd. € entlastet. Der Bund leistet so einen wesentlichen Beitrag für ein wieder kontinuierlicheres Investitionsverhalten der Städte und Gemeinden.

Änderungen bei der Gewerbesteuer

Insbesondere durch die Absenkung der Gewerbesteuerumlage erhalten die Kommunen die ihnen zugesagte Entlastung. Auch von den Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer profitieren die Kommunen. Dies belegt eindrucksvoll die äußerst positive Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2004.

- So schlagen die Einschränkungen beim Verlustvortrag auf die Gewerbesteuer durch Fehlbeträge aus früheren Erhebungszeiträumen können künftig nur noch bis zu 1 Mio. € uneingeschränkt mit positivem Gewerbeertrag verrechnet werden. Höhere Fehlbeträge sind bis zu 60 % verrechenbar.
- Daneben wirkt sich die geänderte Rechtslage bei der sog. Gesellschafter-Fremdfinanzierung auf die Gewerbesteuer aus. Bisher unterlagen derartige Vergütungen beim Schuldner nur der hälftigen Hinzurechnung als Dauerschuldzinsen. Künftig kommt es zur vollen Hinzurechnung im Rahmen der Gewinnermittlung.
- Schließlich kommt es zur vollen Angleichung der Organschaftsregelungen im Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuerrecht. Fehlbeträge, die eine Organgesellschaft aus Zeiten vor Begründung der Organschaft hat, dürfen – wie im Körperschaftsteuerrecht – nicht mit laufenden Gewinnen der Gesellschaft verrechnet werden.

Daneben wird seit 2004 ein Mindesthebesatz von 200 % vorgegeben. Damit wird die bisher geltende gestaltungsanfällige Regelung (Stichwort Gewerbesteueroasen) ersetzt.

Alle diese Maßnahmen tragen zur Verstärkung der Gewerbesteuererinnahmen bei.

Die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer, insbesondere durch die Einbeziehung der Freien Berufe in den Kreis der Steuerpflichtigen, war im Vermittlungsausschuss nicht konsensfähig.

Grundsicherung für Arbeitsuchende (Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe)

Mit dem In-Kraft-Treten des Sozialgesetzbuches II (SGB) zum 1. Januar 2005 wurden Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer neuen Leistung – Grundsicherung für Arbeitsuchende – zusammengeführt. Seit diesem Zeitpunkt übernehmen die Bundesagentur für Arbeit sowie die Landkreise und kreisfreien Städte in Arbeitsgemeinschaften die Verantwortung für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Darüber hinaus organisieren im Rahmen einer zunächst auf sechs Jahre befristeten Experimentierklausel 63 Landkreise und sechs kreisfreie Städte eigenverantwortlich die Umsetzung des SGB II. Sie übernehmen für diesen Zeitraum neben ihren eigenen Aufgaben auch die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit und sind damit für die Auszahlung des Arbeitslosengeldes II und die Integration in den Arbeitsmarkt verantwortlich.

Bedeutsam für die finanziellen Perspektiven der Städte und Gemeinden ist, dass der Bund eine Kommunalisierung der Lasten der Langzeitarbeitslosigkeit verhindert hat. Träger der neuen Leistung Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige Hilfebedürftige sind die Bundesagentur für Arbeit und die kreisfreien Städte und Kreise (kommunale Träger). Die kommunalen Träger sind insbesondere für die Leistungen für Unterkunft und Heizung, für Kinderbetreuungsleistungen, Schuldner- und Suchtberatung und psychologische Betreuung zuständig. Die Bundesagentur für Arbeit ist insbesondere für alle Leistungen zur Eingliederung in den Arbeits-

markt und die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts einschließlich der Beiträge zur Sozialversicherung zuständig. 69 zugelassene kommunale Träger haben im Rahmen der Experimentierklausel auch die den Agenturen für Arbeit obliegenden Aufgaben übernommen.

Der Bund trägt die Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende einschließlich der Verwaltungskosten, soweit die Leistungen von der Bundesagentur erbracht werden. Mit der Übernahme von Kosten für ehemalige erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger durch den Bund wird eine langjährige Forderung der Städte und Gemeinden erfüllt.

Zur Kompensation der damit verbundenen Lastenverschiebung zwischen Bund und Kommunen tragen die Kommunen die Kosten der Unterkunft (mit Beteiligung des Bundes). Aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ab dem Jahr 2005 werden die Kommunen unter dem Strich eine jährliche Entlastung von 2,5 Mrd. € erhalten. Die Entlastung ist durch Revisionsklauseln gesetzlich abgesichert. Hierbei geht der Bund davon aus, dass die Länder wie vereinbart ihre Entlastungen durch Hartz IV an ihre Kommunen weitergeben.

Die neuen Länder erhalten in Zusammenhang mit Hartz IV weitere Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich der Mehrbedarfe durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige in einer Höhe von netto 800 Mio. € jährlich bis 2009. Sie werden über einen Umsatzsteuerfestbetrag von der Ländergesamtheit finanziert. Eine Überprüfung erfolgt im Jahr 2008. Eine weitere Maßnahme zu Gunsten strukturschwacher Räume – in Ost- wie in Westdeutschland – ist die vorrangige Verwendung der für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen zur Verfügung stehenden Mittel in Regionen mit einer Arbeitslosenquote von mindestens 15 %.

4 Tagesbetreuungsausbaugesetz

Mit der Verabschiedung von Hartz IV ist die Grundlage für die Finanzierung einer bedarfsgerechten Anzahl von Kinderbetreuungsplätzen, insbesondere für unter Dreijährige, geschaffen. Damit unterstützt der Bund das bereits im geltenden Recht vorgesehene Vorhalten eines bedarfsgerechten Angebots.

Zu den Nettokosten für den Ausbau der Tagesbetreuung in den alten Bundesländern vgl. Tabelle 7. Die Bundesregierung ging ursprünglich davon aus, dass die Kommunen ab 2005 1,5 Mrd. € der Entlastung von insgesamt 2,5 Mrd. € aus Hartz IV für den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung aufwenden. Da in den Jahren 2005 bis 2008 die Kosten geringer ausfallen, können die Kommunen die Entlastungen durch Hartz IV in stärkerem Umfang für Investitionen nutzen.

Aufgrund des Widerstandes der Länder konnten die im TAG vorgesehenen Einsparungen bei der Kinder- und Jugendhilfe für die Kommunen noch nicht umgesetzt werden. Der Bundestag hat dem Entwurf eines Kinder- und Jugendhilfeentwickelungsgesetzes zugestimmt. Nachdem der Bundesrat ebenfalls zugestimmt hat, werden die Kommunen um weitere 214 Mio. € jährlich entlastet.

Der Regierungsentwurf zeichnet sich dadurch aus, dass er die fachpolitische Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in den Blick nimmt und gleichzeitig die Kommunen finanziell entlastet. Diese Entlastungen werden aber nicht durch Leistungskürzungen erkaufte, sondern durch eine Senkung des Verwaltungsaufwands in den Jugendämtern und die stärkere Beteiligung gut verdienender Eltern an den Kosten der Hilfen.

5 KfW-Infrastrukturprogramm (Sonderfonds „Wachstumsimpulse“)

Das im April 2003 mit einem Gesamtvolumen von rd. 6,5 Mrd. € zur Konjunkturbelebung gestartete KfW-Infrastrukturprogramm – Sonderfonds „Wachstumsimpulse“ war ein Erfolg. Es wurde zum 30. September 2004 nach Ausschöpfung des veranschlagten Kreditrahmens geschlossen.

Durch Bundeszuschüsse von rd. 480 Mio. € konnte der Zinssatz in den ersten drei Jahren der Kreditlaufzeit für den Investor besonders günstig gestaltet werden. Innerhalb des Sonderfonds stand für Kommunen in strukturschwachen Gebieten eine Sondertranche mit einem Kreditvolumen von rd. 2 Mrd. € mit noch stärker verbilligten Zinsen zur Verfügung.

**Tabelle 7: Ausbau Tagesbetreuung in den westlichen Bundesländern¹
(Angaben in Mio. €)**

Jahr	Investitionskosten	Betriebskosten ²	Gesamt
2005	487	134	621
2006	487	485	972
2007	487	836	1 323
2008	292	1 138	1 430
2009	512	1 403	1 915
2010	171	1 686	1 857
ab 2011	0	1 765	1 765

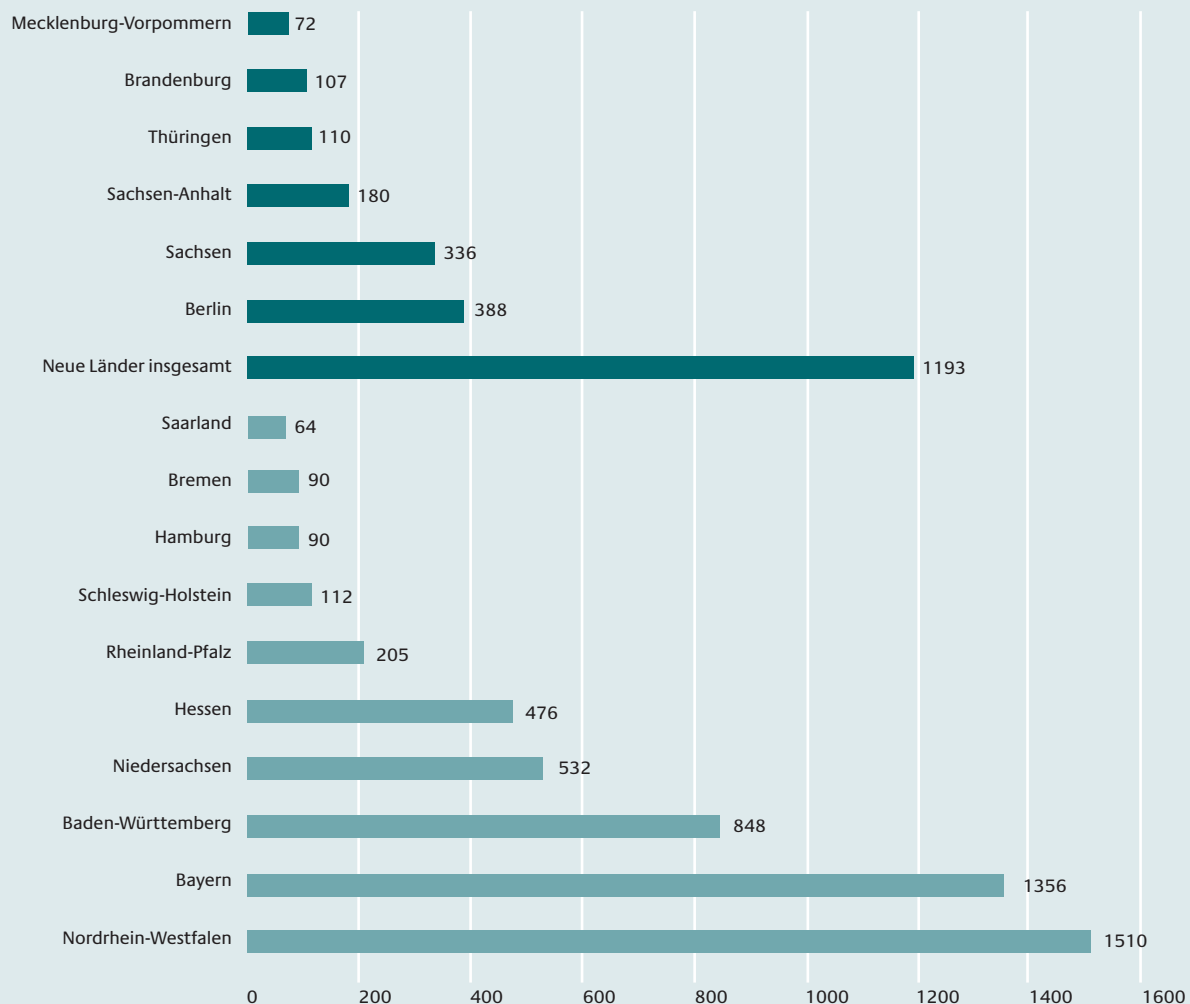
¹ Einschließlich Berlin.

² Einschließlich Mehraufwand für vorhandene Kindertagespflege in Höhe von 11,7 Mio. € jährlich.

In den alten Länder wurden rd. 5,3 Mrd. € investiert, dies entspricht gut 80 % des Programmvolumens (vgl. Abbildung 4). Spitzenpositionen nehmen dabei mit rd. 1,5 Mrd. € bzw. mit rd. 1,3 Mrd. € die Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern ein. Es folgen Baden-Württemberg (rd. 848 Mio. €), Niedersachsen (rd. 530 Mio. €), und Hessen (rd. 476 Mio. €). Aus dem besonders günstigen Sonderplafond flossen die Mittel innerhalb der alten Bundesländer hauptsächlich nach Nordrhein-Westfalen (rd. 326 Mio. €), Niedersachsen (rd. 282 Mio. €) und Hessen (rd. 128 Mio. €).

In den neuen Ländern wurden mit rd. 1,2 Mrd. € gut 18 % des Gesamtkreditvolumens investiert; das entspricht in etwa ihrem Anteil an der gesamtdeutschen Bevölkerung. Allerdings erhielten die neuen Länder mit rd. 958 Mio. € fast die Hälfte der in der Sondertranche zur Verfügung gestellten 2 Mrd. €. Die Investitionen wurden größtenteils in Berlin (rd. 388 Mio. €), Sachsen (rd. 336 Mio. €) und Sachsen-Anhalt (rd. 180 Mio. €) getätigt, wobei Sachsen mit rd. 303 Mio. € den höchsten Anteil an Mitteln aus dem Sonderplafond erhielt, gefolgt von Berlin

**Abbildung 4: Zusagen nach Ländern im KfW-Infrastrukturprogramm
Sonderfonds Wachstumsimpulse**
Stand: 30. September 2004, in Mio. €



mit rd. 235 Mio. € und Sachsen-Anhalt mit rd. 163 Mio. €.

Die im Rahmen des KfW-Infrastrukturprogramms – Sonderfonds „Wachstumsimpulse“ zur Verfügung gestellten Darlehen wurden hauptsächlich zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur eingesetzt (vgl. Abbildung 5). Mit rd. 1,6 Mrd. € floss rd. $\frac{1}{4}$ der Mittel in den Bereich Kindergärten, Schulen, Sporteinrichtungen. Jeweils rd. 1 Mrd. € entfielen auf Krankenhäuser, Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen sowie auf die Verkehrsinfrastruktur.

6 Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“

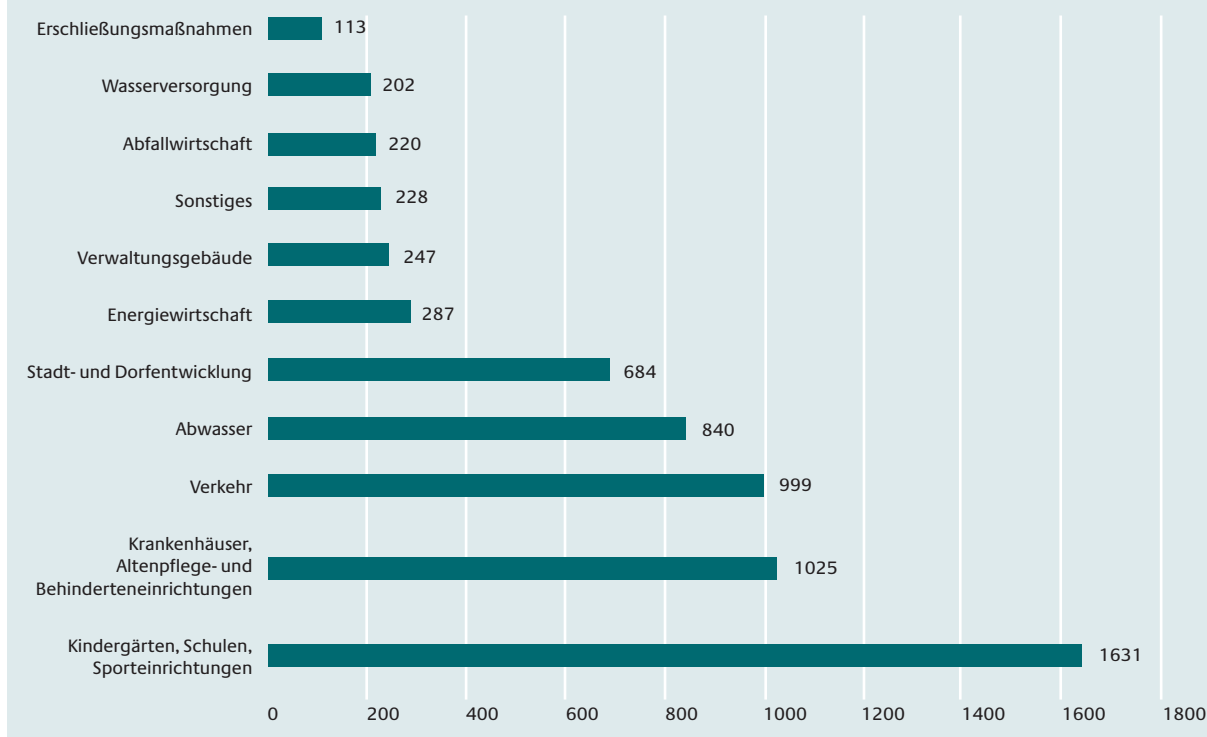
Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ unterstützt der Bund die Länder seit dem Jahr 2003 beim flächende-

ckenden Auf- und Ausbau von Ganztagschulen mit insgesamt 4 Mrd. €. Seit dem Schuljahr 2004/05 stellen bereits über 3 000 Schulen in allen Ländern neue Ganztagsangebote zur Verfügung.

Die Umsetzung erfolgt in den Ländern unterschiedlich schnell. Beispielgebend ist hier das Land Nordrhein-Westfalen. Von den 785 Schulen, denen Mittel zugesagt wurden, haben bis Ende Februar 2005 schon 703 den Ganztagsbetrieb aufgenommen.

Verbunden mit dem Ausbau eines bedarfsgerechten Angebotes von Ganztagschulen ist das Ziel, die Kinder und Jugendhilfe stärker in die Modernisierung der Bildungslandschaft und den Ausbau der Ganztagsangebote einzubeziehen und die hierzu erforderlichen pädagogischen, methodischen und organisatorischen Veränderungen auszulösen.

Abbildung 5: Zusagen nach Verwendungszweck im KfW-Infrastrukturprogramm Sonderfonds „Wachstumsimpulse“ zum 30. September 2004, in Mio. €



7 Föderalismuskommission

In den am 17. Dezember 2004 ohne Ergebnis beendeten Erörterungen der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (Föderalismuskommission) war einer der wesentlichen Reformpunkte die Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze. Mit Blick auf die Kommunen war in diesem Zusammenhang ein ausdrückliches Verbot einer unmittelbaren bundesgesetzlichen Aufgabenzuweisung an die Gemeinden geplant. Dies würde das von den Kommunen immer wieder aufgeworfene Problem der Kostenfolgen solcher Aufgabenzuweisungen an die Länder verweisen. Bei einer dann erforderlichen landesgesetzlichen Aufgabenübertragung würden die landesverfassungsrechtlichen Kostenausgleichsbestimmungen uneingeschränkt zum Tragen kommen.

Selbst wenn die Tätigkeit der Kommission zunächst ohne Ergebnis beendet wurde, bleibt

zu hoffen, dass Maßnahmen, über die in der Kommission bereits ein Konsens erzielt wurde, auch im Interesse der Kreise, Städte und Gemeinden dennoch in absehbarer Zeit umgesetzt werden können. Dazu gibt es hoffnungsvolle Signale. Der Bund jedenfalls ist offen für solche Initiativen.

8 Ausblick: Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen

Die kommunalen Steuereinnahmen werden sich nach den Ergebnissen der Steuerschätzung in den Jahren 2005 bis 2008 – ausgehend vom hohen Niveau des Jahres 2004, in dem sich die Gemeindesteuern inkl. der Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten um 8,8 % erhöhten (Bund – 2,6 %; Länder + 1,3 %) – in jedem Jahr besser entwickeln als die Steuereinnahmen von Bund und Ländern (vgl. Tabelle 8). Mittelfristig ist deshalb mit einer weiteren Stabilisierung der Kommunalfinanzen zu rechnen.

**Tabelle 8: Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“
10. bis 12. Mai 2005**

Gebietseinheit	Ist 2004		2005		Schätzung 2006		2007		2008	
	in Mrd. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %	in Mrd. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %	in Mrd. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %	in Mrd. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %	in Mrd. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %
Bund	187,0	– 2,6	187,2	0,2	191,5	2,3	196,9	2,8	203,0	3,1
Länder	179,9	1,3	177,7	– 1,2	182,1	2,5	188,1	3,3	194,6	3,4
Gemeinden¹	56,4	8,8	56,9	0,9	59,3	4,2	61,9	4,5	64,5	4,2
dar. Gewerbesteuer (netto)	22,7	33,2	23,5	3,4	25,0	6,3	26,0	4,3	27,0	3,5

¹ Gemeinden inkl. Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

Zum Bericht über die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Währungsunion (Public Finance Report 2005)

1	Aktuelle Entwicklungen und Aussichten	73
2	Weiterentwicklung der haushaltspolitischen Koordinierung	75
3	Strukturreformen und Haushaltsziele	76
4	Herausforderungen für die neuen Mitgliedstaaten	77
5	Länderkapitel	78

Seit dem Jahr 2000 legt die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission einen jährlichen Bericht über die öffentlichen Finanzen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor. Auf den Haushalt der Europäischen Union geht der „Public Finance Report“ nicht ein. Der diesjährige Bericht wurde am 1. Juni 2005 veröffentlicht. Er enthält eine umfassende Analyse von konjunkturellen und institutionellen Aspekten der öffentlichen Finanzen. Unter anderem beschäftigt er sich mit dem Wirtschaftsausblick, der konjunkturgerechten Ausgestaltung der Geld- und Finanzpolitik (Policy-Mix), operationalen und institutionellen Fragen der Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der langfristigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

Der knapp 300 Seiten umfassende Bericht, der nur auf Englisch erscheint, wird ergänzt durch eine Mitteilung der Kommission, die die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ergebnisse des Berichts aus Sicht der gesamten Kommission zusammenfasst und auch auf Deutsch erscheint. Der Bericht und die Mitteilung können von der Homepage der Kommission heruntergeladen werden (http://www.europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/public_finances2005_en.htm). Dieser Artikel gibt einen kurzen Überblick über den Inhalt des Berichts.

1 Aktuelle Entwicklungen und Aussichten

Der Bericht beginnt mit der Darstellung der jüngsten Entwicklungen der Haushaltsdefizite und Schuldenstände der Mitgliedstaaten und der mittelfristigen Aussichten hierfür. Die Kommission verwendet dabei die Daten zur Wirtschafts- und Haushaltsentwicklung, die sie bereits in ihrer Frühjahrsprognose am 4. April 2005 veröffentlicht hatte. Sie konstatiert, dass sich die Haushaltssituation in 2004 erstmals nach drei Jahren der Verschlechterung etwas gebessert hat. Allerdings lag das aggregierte Haushaltsdefizit der Eurozone in 2004 immer noch bei 2,7 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Noch etwas stärker verbesserte sich das aggregierte Haushaltsdefizit für die gesamten 25 Mitgliedstaaten (EU-25). Es lag 2004 bei 2,6 %. Angesichts der lang anhaltenden Wirtschaftsschwäche konnten unter den Euroländern nur Belgien, Irland und Finnland einen ausgeglichenen Gesamthaushalt oder gar Überschüsse aufweisen. Spanien hatte nur ein kleines Defizit von 0,3 % des BIP. Das höchste Defizit wies Griechenland mit 6,1 % auf. Außerhalb des Euro-Raums erreichten Dänemark, Schweden und Estland Überschüsse. Malta markierte mit einem Defizit von 5,2 % das andere Ende der Skala. Für 2005 erwartet die Kommission für den Euro-Raum ein

Defizit von 2,6 % und für 2006 einen Wiederanstieg auf 2,7 %. Die Prognose der konjunkturbereinigten Defizite liegt mit 2,1 % und 2,2 % des BIP etwas darunter. Für die EU-25 prognostiziert sie Defizite von 2,6 % und 2,5 % des BIP. Die Kommission weist für die EU-25 keine konjunkturbereinigten Defizite aus. Sowohl bei den gesamtstaatlichen Einnahmen- als auch bei den Ausgabenquoten erwartet die Kommission einen weiteren Rückgang. Die Einnahmenquote im Euro-Raum sinkt demnach von 45,7 % des BIP in 2004 auf 45,4 % in 2006, die Ausgabenquote von 48,5 % auf 48,0 % des BIP. Der Bericht geht auch auf das Zusammenspiel von Konjunktur und Finanzpolitik ein. Den Berechnungen der Kommission zufolge war die Finanzpolitik 2004 im Euro-Raum leicht expansiv ausgerichtet und wird 2005 kontraktiv sein. In dieser Betrachtung verstärkt die Finanzpolitik die Wirtschaftsabschwächung in diesem Jahr. Unter den einzelnen Ländern des Euro-Raums ist die Finanzpolitik Griechenlands besonders kontraktiv, die Finanzpolitik Portugals und Irlands besonders expansiv. Für 2006 erwartet die Kommission eine konjunkturneutrale Finanzpolitik für den Euro-Raum insgesamt.



Die Kommission gibt in ihrem Bericht einen umfassenden Überblick über die Entwicklungen der Verfahren bei einem übermäßigen Defizit nach Artikel 104 des EG-Vertrages (kurz: Defizitverfahren) seit dem Frühjahr 2004. In diesem Zusammenhang fasst der Public Finance Report auch noch einmal die wichtigsten Infor-

mationen zur Revision der griechischen Haushaltszahlen zusammen. Die Defizitzahlen der Jahre 1997 bis 2003, die Griechenland bis März 2004 gemeldet hatte, mussten bislang um 1,6 % bis 3,5 % des BIP nach oben revidiert werden. Dieser große Revisionsbedarf hat die Glaubwürdigkeit der haushaltspolitischen Koordinierung erheblich beeinträchtigt. Die formelle Feststellung des übermäßigen Defizits Griechenlands erfolgte durch den Rat der Europäischen Union in der Zusammensetzung der Finanz- und Wirtschaftsminister (ECOFIN) am 5. Juli 2004, der zugleich Empfehlungen zum Defizitabbau beschloss. Am 17. Februar 2005 beschloss der ECOFIN, Griechenland in Verzug zu setzen, da keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden. Das Defizitverfahren erreichte damit die letzte Stufe vor der Verhängung von Sanktionen. Am 12. April 2005 kam der ECOFIN wegen der inzwischen ergriffenen Maßnahmen zu dem Schluss, dass gegenwärtig keine weiteren Schritte im Defizitverfahren angezeigt sind. Bereits am 18. Januar 2005 kam der ECOFIN auf der Grundlage entsprechender Bewertungen durch die Kommission hinsichtlich der Defizitverfahren zu Deutschland, Frankreich, Malta, Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Zypern zu der Entscheidung, dass gegenwärtig keine weiteren Schritte im Defizitverfahren erforderlich sind. Zu Ungarn war der ECOFIN im Januar 2005 – wie zuvor auch die Kommission – zu dem Schluss gekommen, dass keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden, um das übermäßige Defizit abzubauen. Der ECOFIN richtete am 8. März 2005 neue Empfehlungen an Ungarn. Mitgliedstaaten, die den Euro nicht eingeführt haben, können nicht – wie im Falle Griechenlands geschehen – in Verzug gesetzt werden und es können auch keine Sanktionen verhängt werden. Nach der Veröffentlichung des Public Finance Reports kam es zu bedeutenden weiteren Entwicklungen: Die Niederlande wurde vom ECOFIN am 7. Juni 2005 aus dem Defizitverfahren entlassen. Am 12. Juli hat der ECOFIN

Einvernehmen erzielt, dass in Italien ein übermäßiges Defizit besteht, und Empfehlungen zum Defizitabbau an Italien zu richten sind. Portugal ist das erste Land, für das bereits das zweite Mal ein Defizitverfahren eröffnet wurde. Nachdem Portugal erst im Mai 2004 wegen Unterschreitung des Referenzwertes von 3 % des BIP aus dem Defizitverfahren entlassen worden war, hat die Kommission aufgrund des sich abzeichnenden Defizits von über 6 % in diesem Jahr am 22. Juni 2005 einen Bericht nach Artikel 104 Absatz 3 EG-Vertrag erstellt, mit dem ein Defizitverfahren eingeleitet wird.

Einen Überblick über die aktuellen Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union enthielt bereits der BMF-Monatsbericht vom April 2005.¹ Der Public Finance Report bietet hierzu eine ausführlichere Variante an, die insbesondere auch auf die in den Programmen enthaltenen Ausführungen zur Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen eingeht. Es wird dargestellt, dass sich die Qualität der Berichterstattung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme zur Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in den letzten Jahren deutlich verbessert hat und einige Mitgliedstaaten Reformen zur Stärkung der Nachhaltigkeit vorgenommen haben. Gleichwohl bestünden noch in einer großen Anzahl von Mitgliedstaaten Risiken für die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen. Der Bericht enthält Szenarien zu den Ausgabenentwicklungen in den Bereichen Rente, Gesundheit und Erziehung bis zum Jahr 2050 sowie entsprechende Szenarien für die Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenstände. Unter den EU-15-Ländern hätten sich die Szenarien gegenüber dem Vorjahr für Belgien, Griechenland, Spanien, Luxemburg, Finnland und Schweden verschlechtert, für Deutschland, Irland, Österreich und Großbritannien verbessert. Ähnlich geblieben seien die Szenarien für

Dänemark, Italien und die Niederlande. Die Bewertungen der Kommission zur Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in den einzelnen Mitgliedstaaten im Public Finance Report entsprechen den bereits zuvor veröffentlichten Kommissions-Bewertungen der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme.

2 Weiterentwicklung der haushaltspolitischen Koordinierung

Relativ breiten Raum nimmt im Public Finance Report die Darstellung der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein. Die Hauptelemente der Reform wurden bereits in der April-Ausgabe des BMF-Monatsberichts im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Europäischen Rates vom 22./23. März dargestellt. Der Public Finance Report analysiert, wie die Reform anhand von acht Kriterien für gute haushaltspolitische Regeln zu bewerten ist. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Eindeutigkeit des Paktes geringer geworden ist, ebenso wie die Transparenz und die Einfachheit. Hinsichtlich der Flexibilität, Angemessenheit im Hinblick auf die Zielsetzung, Durchsetzbarkeit/Glaubwürdigkeit, Konsistenz und Unterstützung für Struktur-reformen habe die Reform jedoch eine Verbesserung gebracht.

Inzwischen wurden die Vorgaben des Europäischen Rates für die Reform in Verordnungstexte gegossen. Die Änderung der beiden Verordnungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist am 27. Juni 2005 vom Rat der Europäischen Union beschlossen worden. Sie tritt am 28. Juli 2005 in Kraft.

Der Bericht analysiert auch die Bedeutung der nationalen Haushaltsinstitutionen – Regeln, nach denen die Haushalte aufgestellt, verabschiedet und ausgeführt werden – für die Haushaltsergebnisse der Mitgliedstaaten. Er verweist

¹ Siehe auch: Monatsbericht des BMF, April 2005, „Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2004 der EU-Mitgliedstaaten“, S. 67 ff.

auf empirische Studien, die nahe legen, dass Mitgliedstaaten mit einer starken Zentralisierung des Haushaltsprozesses (insbesondere einer starken Stellung des Finanzministers) vergleichsweise niedrigere Haushaltsdefizite aufweisen. Um Abweichungen der Haushaltsergebnisse von den Planungen zu verringern, könnten nach Ansicht der Autoren unabhängige Gremien hilfreich sein, die die Transparenz, Genauigkeit und Projektionen der Haushalte überprüfen. In diesem Zusammenhang verweist der Bericht darauf, dass Mitgliedstaaten, die das Wirtschaftswachstum zu hoch eingeschätzt haben, auch etwas höhere Haushaltsdefizite zu verzeichnen hatten. Allerdings waren die Prognoseirrtümer der meisten Mitgliedstaaten im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2002 eher klein. Nur in Belgien, Österreich, Slowenien und den Niederlanden liefern Institute außerhalb der Regierung die Konjunkturprognosen, die den Haushaltsplanungen zugrunde gelegt werden. Deutlicher als bei den Konjunkturprognosen ist der Zusammenhang zwischen zu optimistischen Haushaltsprognosen und der Höhe der Defizite. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, zeigt sich hingegen nur ein schwacher Zusammenhang zwischen der Nutzung von Einmalmaßnahmen und „kreativer Buchführung“ und der Höhe der Haushaltsdefizite. Die Kommission verweist auf eigene Studien, nach denen Mitgliedstaaten mit ambitionierten Ausgabenregeln ihre Ausgaben tendenziell besser kontrollieren können. Für die Zeit ab dem Jahr 2000 scheint dies aber nicht mehr zu gelten.

3 Strukturreformen und Haushaltsziele

Strukturreformen zur Verbesserung der Funktionsweise der Märkte und des Staatssektors stehen im Mittelpunkt der Lissabon-Strategie, mit der das Wachstumspotenzial der Europäischen Union erhöht werden soll. Auf der anderen Seite gebieten die haushaltspolitischen Regeln der

Europäischen Union den meisten Mitgliedstaaten eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Der Public Finance Report geht der Frage nach, inwiefern diese beiden Zielsetzungen in Konflikt geraten können. Sind bei der Umsetzung von Strukturreformen kurzfristige Verschlechterungen der Staatsfinanzen in Kauf zu nehmen, um mittel- und langfristig ein höheres Wachstum zu erzielen und so die Chancen auf eine nachhaltige Sanierung der öffentlichen Finanzen zu erhöhen? Stehen die europäischen Regeln der Haushaltsüberwachung dem entgegen, verhindern sie Strukturreformen?

Ein wichtiges Beispiel für den Zusammenhang von Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung ist die Einführung einer kapitalgedeckten Rentenversicherung, die außerhalb des Staatssektors angesiedelt ist. Eine solche Reform ist zunächst mit einer direkten Belastung des staatlichen Gesamthaushalts (der die Sozialversicherung einschließt) verbunden, weil dem Staatssektor die entsprechenden Rentenbeitragszahlungen verloren gehen. Langfristig verbessert sie allerdings die Qualität des öffentlichen Haushalts und es kommt zu einer Entlastung des staatlichen Gesamthaushalts, wenn der Staatssektor weniger Rentenausgaben tätigen muss. Vor diesem Hintergrund könnte es dazu kommen, dass an sich wirtschaftspolitisch sinnvolle Umstellungen der Rentensysteme unterbleiben, weil ansonsten die Staatsdefizite auf unzulässige Höhen steigen. Um dies zu verhindern, sieht der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt vor, dass solche Pensionsreformen bei der haushaltspolitischen Überwachung in der Europäischen Union zu berücksichtigen sind. Pensionsreformen werden dadurch erleichtert.

Ein weiterer Zusammenhang zwischen Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung, den der Public Finance Report aufgreift, besteht darin, dass eine lockerere Haushaltspolitik – etwa durch Steuersenkungen oder zusätzliche staatliche Transferleistungen – grundsätzlich

lich geeignet sein könnte, Widerstände gegen Strukturreformen zu überwinden. Die politischen Kosten von Strukturreformen wären dadurch möglicherweise geringer. Der Bericht verweist aber auch darauf, dass Strukturreformen zur langfristigen Verbesserung der öffentlichen Haushalte durchaus auch zu einer kurzfristigen Entlastung der öffentlichen Haushalte führen können. Die Kommission verweist hier auf das Beispiel von Renten- oder Arbeitsmarktreformen, die die öffentlichen Leistungen verringern. Außerdem könne eine starke Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung die Glaubwürdigkeit des Regierungshandelns erhöhen und das Vertrauen stärken.

Angesichts des nicht immer eindeutigen theoretischen Zusammenhangs von Strukturreformen und kurzfristiger Entwicklung der öffentlichen Finanzen gibt der Bericht einige eigene empirische Untersuchungen der Kommission zu Strukturreformen der „alten“ Mitgliedstaaten der EU vor. Die Untersuchungen zeigen, dass Arbeits- und Produktmarktreformen in den neunziger Jahren häufiger durchgeführt wurden als in den achtziger Jahren und insbesondere den siebziger Jahren. Auch Rentenreformen kamen in den neunziger Jahren häufiger vor. Die Kommission findet Hinweise darauf, dass Arbeits- und Produktmarktreformen sowie Rentenreformen zu einer kurzfristigen Verschlechterung der Haushaltssituation führten, unter anderem wegen Steuersenkungen und höheren Transferzahlungen, die die Reformen begleitet haben. Die Größenordnung sei allerdings sehr gering und nur im Falle von Arbeitsmarktreformen statistisch signifikant. Die Studien finden keinen Beleg für die These, dass Haushaltskonsolidierung die Durchführung von Strukturreformen weniger wahrscheinlich macht. Produktmarkt- und Rentenreformen kamen in Jahren der Haushaltskonsolidierung sogar öfter vor. Hohe Schuldenstände würden – wegen des größeren Handlungsbedarfs – tendenziell die Wahrscheinlichkeit von Arbeits- und

Produktmarktreformen erhöhen. Insgesamt zieht die Kommission aus ihren empirischen Arbeiten, deren Ergebnisse zumeist nur eine schwache statistische Signifikanz aufweisen, den Schluss, dass Verallgemeinerungen über den Zusammenhang von Strukturreformen und kurzfristigen Haushaltswirkungen auch angesichts der großen Unterschiede zwischen Strukturreformen schwierig sind. Dies spreche auch gegen eine mechanistische Betrachtung von Strukturreformen im Zusammenhang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Am 2. Dezember dieses Jahres veranstaltet die Kommission in Brüssel einen Workshop zu den Haushaltswirkungen von Strukturreformen.



4 Herausforderungen für die neuen Mitgliedstaaten

Durch ihren Beitritt in 2004 haben die zehn neuen Mitgliedstaaten einen wichtigen Schritt im Prozess der Integration in die EU gemacht. Die wirtschaftliche Integration wird insbesondere durch ein Aufholen beim Einkommensniveau und die Einführung des Euro fortgeführt werden. Der Public Finance Report betont, dass die Finanzpolitik einen wesentlichen Beitrag leisten kann, indem eine effiziente, transparente und nachhaltige Steuer- und Ausgabenpolitik durchgeführt und dadurch eine stabile Entwicklung der Wirtschaft unterstützt wird. Kurzfristig mussten und müssten einige der neuen Mitgliedstaaten allerdings schwierige fiskalpolitische Entscheidungen treffen:

- Rentenreformen, die einen kapitalgedeckten Pfeiler einführten, haben zu anfänglichen Haushaltsabflüssen geführt. Dort, wo Renten- oder auch Gesundheitsreformen unterbleiben, sind hingegen häufig verstärkte

öffentliche Zuschüsse auch demografisch bedingt festzustellen.

- Höhere Ausgaben für Infrastruktur, Ausbildung oder Forschung und Entwicklung machen es schwierig, Haushaltsdefizite einzudämmen, wobei sich die Qualität der Ausgaben hin zu mehr Zukunftsorientierung verbessert.
- Beachtliche Steuerreformen enthalten das Risiko unsicherer Staatseinnahmen.

Die neuen Mitgliedstaaten haben gewisse Vorteile bei der Finanzierung ihres Haushaltes; zu nennen sind vor allem ein im Durchschnitt hohes Potenzial- und Wirtschaftswachstum und in vielen Transformationsländern eine niedrige öffentliche Verschuldung. Allerdings sind ihre öffentlichen Finanzen nach wie vor durch Volatilität gekennzeichnet, da in der Realwirtschaft und im Finanzsektor weiterhin beträchtliche Umwandlungen im Gange sind. Darüber hinaus ist der Bestand von Eventualverbindlichkeiten in vielen der kürzlich beigetretenen Mitgliedstaaten vergleichsweise hoch, was das Risiko eines unerwartet starken Anwachsens der Verschuldung in sich birgt. Der Bericht verweist darauf, dass im Vorfeld der Euro-Einführung die Glaubwürdigkeit vorsichtig aufgestellter Haushaltspläne und ein ausgewogener Policy-Mix besonders wichtig sind.



5 Länderkapitel

Auch in dem abschließenden Kapitel des Berichts zu den jüngsten Haushaltsentwicklungen und mittelfristigen Aussichten der 25 einzelnen Mitgliedstaaten verwendet die Kommission

Zahlen, die sie bereits mit ihrer Frühjahrsprognose am 4. April 2005 veröffentlicht hat. Die Entwicklung der Haushaltsdefizite und Schuldenstände einerseits und die wichtigsten Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite des Haushalts 2005 andererseits werden jeweils in einer kompakten Tabelle dargestellt.

Der Bericht greift sich zu den meisten Ländern ein Thema heraus, das etwas näher beleuchtet wird. Im Deutschland-Teil beschäftigt sich der Bericht schwerpunktmäßig mit der Gesundheitsreform und den weiteren finanzpolitischen Herausforderungen in diesem Bereich. Der Bericht stellt fest, dass die Gesundheitsreform zu Kosteneinsparungen geführt hat, aber weiterhin strukturelle Probleme bestehen. Weitere effizienzsteigernde Maßnahmen – nicht nur für Patienten, sondern auch für Anbieter und Krankenversicherungen – seien erforderlich. Im Belgien-Teil wird der „Alterungs-Fonds“ dargestellt, der im Jahr 2001 eingerichtet wurde und durch Einmalmaßnahmen und Haushaltsüberschüsse finanziert wird. Zu Spanien wird der Frage nachgegangen, ob der Staatsverbrauch zu hoch ist. Im Frankreich-Teil steht die Alterung der Bevölkerung im Mittelpunkt. Zu Irland werden die jüngsten Initiativen für eine bessere Kontrolle der Staatsausgaben dargestellt. Angesichts des hohen italienischen Schuldenstandes analysiert der Bericht, warum der Schuldenstand seit Ende der neunziger Jahre nicht stärker abgebaut werden konnte. Bei den Niederlanden stehen die Erosion der Steuerbasis und insbesondere die Abzugsfähigkeit von Hypothekenzinsen und Prämien für private Rentenversicherungen im Mittelpunkt. Der Österreich-Teil widmet sich dem nationalen Stabilitätspakt, der seit 1999 Bund, Länder und Gemeinden bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in die Pflicht nimmt. Die Erfahrungen mit mehrjährigen Ausgabenobergrenzen werden im Finnland-Teil analysiert.

Intertemporale Verlustverrechnung – ein Vergleich der deutschen und der österreichischen Regelungen

1	Aktueller Bezug	79
2	Wirkung des Verlustvortrags	80
3	Wirkung des Verlustrücktrags	82
4	Fazit	83

1 Aktueller Bezug

In den meisten internationalen Steuerbelastungsvergleichen bleiben die Regelungen zur intertemporalen Verlustverrechnung unberücksichtigt, da von rentierlichen Investitionen ausgegangen wird. Gleichzeitig wird die deutsche Mindestgewinnbesteuerung kritisiert, die eine zeitliche Streckung des Verlustvortrags bedeutet. Werden die Regelungen zur intertemporalen Verlustverrechnung aber berücksichtigt, so zeigt sich, dass Deutschland als Steuerstandort sehr wohl wettbewerbsfähig ist, auch etwa gegenüber Österreich. Dies gilt zudem auch deshalb, weil Lohnsummensteuern¹, wie sie etwa in Österreich erhoben werden, bei den meisten Belastungsvergleichen ausgeklammert werden.

Auch in Österreich besteht eine Mindestgewinnbesteuerung, die für sich genommen zumindest für den Mittelstand restriktiver wirkt als die deutsche Regelung. Hinzu kommt, dass der in Deutschland mögliche Verlustrücktrag in Österreich unbekannt ist.

Die Wirkung der unterschiedlichen Regelungen zur Mindestgewinnsteuer in Form der zeitlichen Streckung des Verlustvortrags soll im Folgenden für Kapitalgesellschaften dargestellt werden. Die ausschließlich in Österreich erhobene Mindeststeuer bleibt genau wie die österreichischen Lohnsummensteuern unberücksichtigt. Dabei wird zunächst jeweils die Wirkung auf die Bemessungsgrundlage aufgezeigt und im Anschluss daran die Wirkung auf die Steuerzahlung. Diese Trennung geschieht, weil bspw. trotz eines höheren nominalen Steuersatzes in

Tabelle 1: Regelungen zur intertemporalen Verlustverrechnung

	Deutschland	Österreich
Mindeststeuer	nein	max. 5 452 € im Jahr
Verlustrücktrag	1 Jahr; max. 511 500 €	nein
Verlustvortrag (Mindestbesteuerung)	unbefristet; unbegrenzt bis 1 Mio. €, der darüber liegende Betrag zu 60 % des Gewinns	unbefristet; 75 % des Gewinns

¹ Bei Lohnsummensteuern ist die Steuerbemessungsgrundlage die Summe der vom Unternehmen an die Arbeitnehmer gezahlten Löhne. Auf diese Lohnsumme wird ein proportionaler Steuertarif erhoben (in Österreich bundeseinheitlich 3 %). Die Lohnsummensteuer war bis 1980 fakultativer Bestandteil der deutschen Gewerbesteuer. Sie wurde abgeschafft, da sie zusätzlich zu den Sozialversicherungsbeiträgen den Faktor Arbeit belastet und zudem gewinnunabhängig ist, was in rezessiven Phasen substanzverzehrend wirken kann.

Deutschland die Steuerzahlung in Österreich größer sein kann, da der Bemessungsgrundlagen- den Steuersatzeffekt überkompensiert.

2 Wirkung des Verlustvortrags

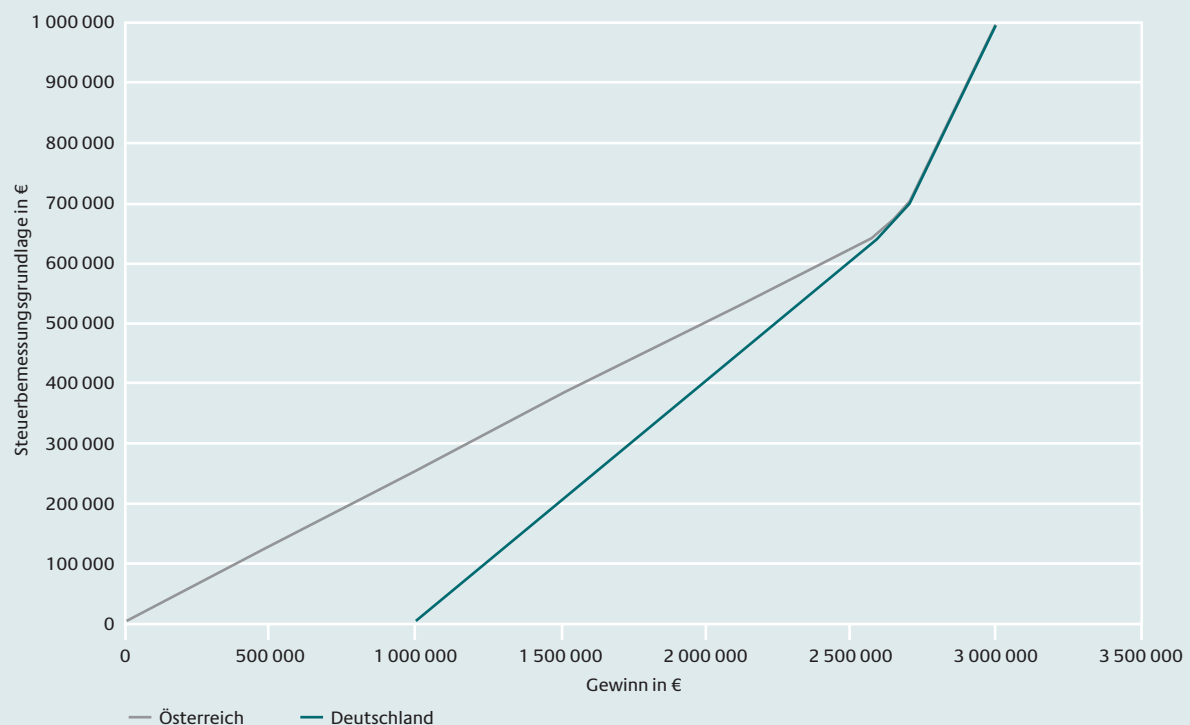
In der nachfolgenden Darstellung wird eine Kapitalgesellschaft mit einem Verlustvortrag von 2 Mio. € betrachtet. Das Unternehmen hat weiterhin entweder noch keine Gewinne oder schon zwei Jahre lang Verluste erwirtschaftet. Diese Annahme ist notwendig, da ansonsten in Deutschland der in Österreich unbekannte Verlustrücktrag greifen würde. Betrachtet werden soll zunächst aber ausschließlich der Verlustvortrag.

In Österreich ist bei der Mindestgewinnbesteuerung kein mittelstandsfreundlicher Sockelbetrag wie in Deutschland bekannt. Somit führt die österreichische Mindestgewinnsteuer dazu, dass vom dem ersten Euro an Gewinne nur zu 75 % mit früheren Verlusten verrechnet werden können.

Während in Deutschland aufgrund des Sockelbetrags bis zu einem aktuellen Gewinn von 1 Mio. € die Bemessungsgrundlage null ist, beträgt sie in Österreich schon 250 000 €. Da für den über dem Sockelbetrag liegenden Gewinn die Verlustverrechnungsregelung in Deutschland strenger gehalten ist als in Österreich – es dürfen nämlich nur 60 % der Gewinne statt 75 % wie in Österreich mit Verlusten aus der Vergangenheit verrechnet werden – verringert sich der Vorteil für deutsche Unternehmen. Bei einem Gewinn von etwa 2,67 Mio. € entsprechen sich für den Beispielsfall die Bemessungsgrundlagen in beiden Ländern (siehe Abbildung 1).

Die identische Entwicklung der Bemessungsgrundlage ist dann gegeben, wenn der Verlustvortrag komplett aufgebraucht ist und somit die unterschiedlichen Regelungen zur zeitlichen Streckung der Verrechnung von Verlusten aus der Vergangenheit keine Rolle mehr spielen. Der hier unterstellte Verlustvortrag von

Abbildung 1: Entwicklung der Steuerbemessungsgrundlage in Abhängigkeit vom Gewinn bei einem Verlustvortrag von 2 Mio. €



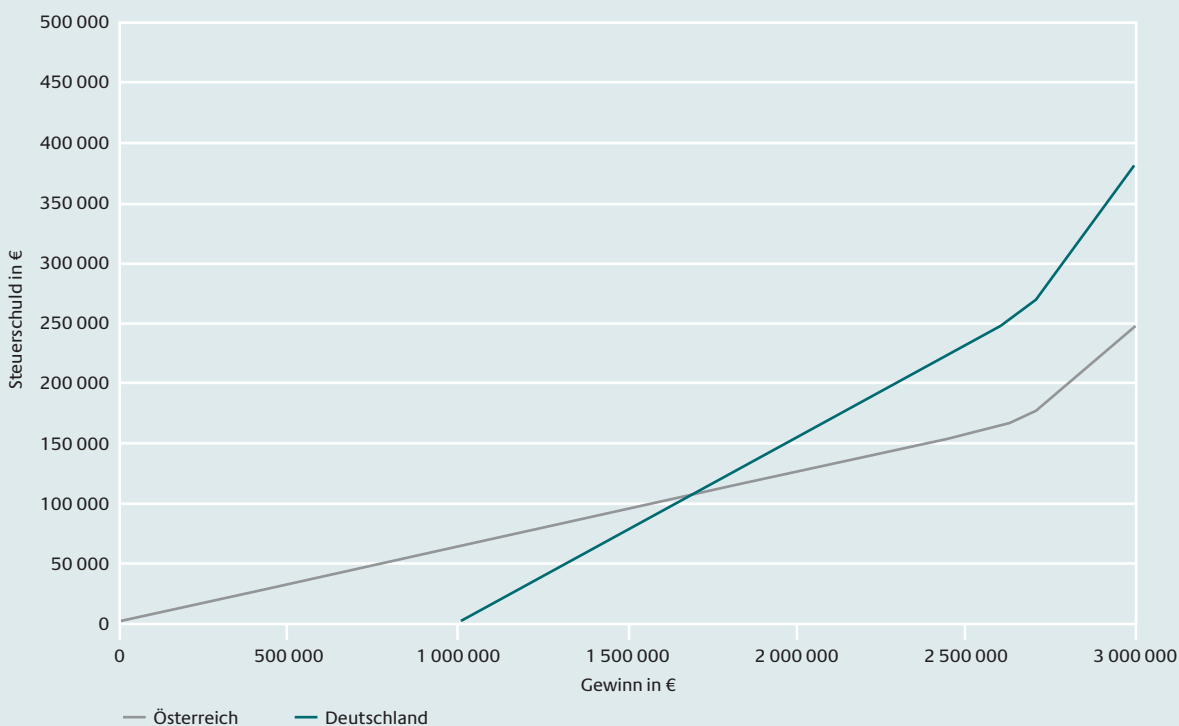
2,0 Mio. € ist aufgrund der Verrechnungsbeschränkung etwa ab einem Gewinn von 2,7 Mio. € aufgebraucht.²

Wird nun die Entwicklung der Steuerschuld betrachtet, so zeigt sich, dass über einen weiten Bereich die Steuerschuld in Österreich über der in Deutschland liegt – dies trotz des geringeren tariflichen Körperschaftsteuersatzes von 25 % in Österreich gegenüber der tariflichen Belastung von 38,65 % in Deutschland. Zu erklären ist dieses Ergebnis mit den Unterschieden in der Verlustverrechnung. Letztlich zeigt sich, dass die geringere tarifliche Belastung in Österreich von der mittelstandsunfreundlicheren Regelung zur Mindestgewinnbesteuerung überkompensiert wird und folglich die Steuerschuld

in Deutschland geringer ist als in Österreich. Im Beispiel erreicht die Steuerschuld in Deutschland erst bei einem Gewinn von etwa 1,69 Mio. € jene in Österreich (Abbildung 2).

Beim Vergleich dieser Ergebnisse mit den empirischen Daten³ zeigt sich, dass nur ein kleiner Teil der Kapitalgesellschaften in Deutschland einen Gewinn aufweist, der über 1,7 Mio. € im Jahr liegt. Dabei wird unterstellt, dass der Gewinn dem Gewerbeertrag entspricht. Von den fast 690 000 Kapitalgesellschaften hatten im Jahr 1998 11 892 einen Gewerbeertrag von über 0,5 Mio. €.⁴ Dies sind etwa 1,17 % aller Kapitalgesellschaften in Deutschland. Wird noch berücksichtigt, dass davon 9 516 Unternehmen einen Gewerbeertrag zwischen 0,5 Mio. € und 2,5 Mio. €

Abbildung 2: Entwicklung der Steuerschuld in Abhängigkeit vom Gewinn bei einem Verlustvortrag von 2 Mio. €



² Die Entwicklung der Bemessungsgrundlage ist von der Höhe des Verlustvortrags abhängig. Bei einem Verlustvortrag von 2,5 Mio. € ist die Steuerbemessungsgrundlage in Deutschland bis zu einem Gewinn von 2,7 Mio. € geringer, danach weist Österreich bis zum einem Gewinn von 3,5 Mio. € eine geringere Bemessungsgrundlage auf. Bei noch höheren Beträgen entwickelt sich die Bemessungsgrundlage in beiden Ländern wieder identisch.

³ Verwendet wurden die Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik von 1998. Vgl.: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2003, Wiesbaden, S. 553.

⁴ Die Größenklasse 1,5 Mio. € ist nicht vorhanden, wohl aber 0,5 Mio. € bis 2,5 Mio. €

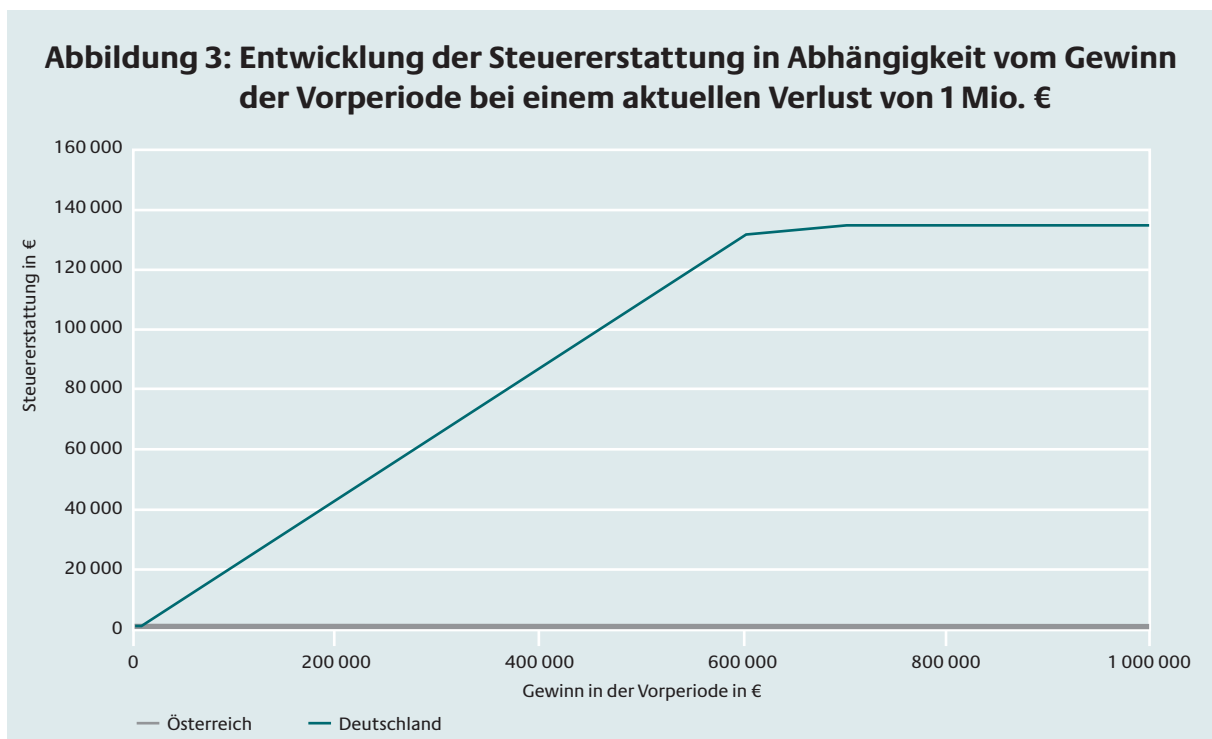
erzielten und zudem eine Gleichverteilung des Gewinns auf die Unternehmen in dieser Ertragsklasse unterstellt, so dürften tatsächlich nur 6183 Unternehmen einen Gewerbeertrag und damit einen Gewinn von über 1,7 Mio. € aufweisen. Dies sind 0,9% aller in der Gewerbesteuerstatistik erfassten Kapitalgesellschaften in Deutschland. Unter Berücksichtigung der Regelungen zum Verlustvortrag ist also für die meisten Kapitalgesellschaften das deutsche Steuerregime günstiger als das österreichische, zumindest dann, wenn das Unternehmen während des Bestehens Verluste einführt.

3 Wirkung des Verlustrücktrags

In Deutschland gibt es im Gegensatz zu Österreich die Möglichkeit des Verlustrücktrags, allerdings nur bei der Einkommen- und der Körperschaftsteuer, nicht aber bei der Gewerbesteuer. Dieser ist zeitlich auf ein Jahr und

betragsmäßig auf 511500 € beschränkt. Der Verlustrücktrag bewirkt, dass in einem Verlustjahr eine Steuererstattung der im Vorjahr gezahlten Steuer möglich ist, maximal 134908 €. ⁵ Durch die Möglichkeit des Verlustrücktrags wird gerade die Liquidität kleiner Unternehmen gestärkt. Diese haben im Gegensatz zu Konzernen nicht die Möglichkeit, Gewinne mit Verlusten aus anderen Unternehmensteilen zu verrechnen.

In der nachfolgenden Abbildung 3 ist zu erkennen, wie sich die Steuererstattung aufgrund des Verlustrücktrags in Abhängigkeit vom Vorperiodengewinn entwickelt. Für die aktuelle Periode wurde ein Verlust von 1 Mio. € unterstellt. Aufgrund des Verlustrücktrags erhalten Unternehmen in Deutschland zusätzliche Liquidität. Wird wiederum berücksichtigt, dass 98,83 % der Kapitalgesellschaften einen Gewinn von bis zu 0,5 Mio. € haben, so ist festzustellen, dass nur sehr wenige Unternehmen von



⁵ Der Wert ergibt sich durch den maximalen Rücktrag in Höhe von 511500 € und dem Grenzsteuersatz von Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag von insgesamt 26,375 %.

der derzeitigen betragsmäßigen Beschränkung des Verlustrücktrags überhaupt betroffen sind.

4 Fazit

Der Beitrag zeigt, dass bei internationalen Steuerbelastungsvergleichen nicht alle Fakten einbezogen werden. Gerade für Deutschland fallen dadurch häufig die Ergebnisse der Vergleiche – zu Unrecht – negativ aus. So wird zwar die Zusatzbelastung der deutschen Kapitalgesellschaften durch die Gewerbesteuer regelmäßig berücksichtigt, denn deren Bemessungsgrundlage ist der Ertrag und somit gut zu ermitteln. Die in anderen Ländern erhobene Lohnsummensteuer bleibt hingegen zumeist außer Acht, da sie ertragsunabhängig ist und somit keine direkte Beziehung zum Gewinn aufweist. Bleiben zudem die Regelungen zur intertemporalen Verlustverrechnung unberücksichtigt, wird der Steuerstandort Deutschland weiter heruntergestuft. Denn gerade in diesem Bereich ist die Position Deutschlands im EU-Vergleich – trotz der sog. Mindestge-

winnbesteuerung – auch aufgrund des mittelstandsfreundlichen Sockelbetrags durchaus wettbewerbsfähig. Die allgemeine Einschätzung des Standorts Österreich profitiert hingegen von den gewählten Berechnungsmethoden. Denn die dort erhobenen Lohnsummensteuern bleiben unberücksichtigt, genau wie die zumindest für den Mittelstand restriktivere Mindestgewinnbesteuerung. Bei der intertemporalen Verlustverrechnung schneidet Deutschland hingegen deutlich besser ab. Eine Studie des Freistaates Bayern kommt außerdem zu dem Ergebnis, dass allein die Belastungswirkung durch die österreichischen Lohnsummensteuern bei mittelständischen Unternehmen dazu führt, dass viele Unternehmen in Österreich stärker besteuert werden als in Deutschland.⁶ Insgesamt ist somit zu konstatieren, dass der Standort Deutschland – auch aus steuerpolitischer Sicht – weit besser ist, als vielfach behauptet wird.

Autor: Dr. Michael Broer, Referent im Referat „Grundsatz- und Strukturfragen der Steuerpolitik“ im Bundesministerium der Finanzen

⁶ Vgl.: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie: Bayern und Österreich im Vergleich, München 2004.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	88
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	108
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	112

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung 88

1	Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen	88
2	Gewährleistungen	89
3	Bundeshaushalt 2000 bis 2005	89
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005	90
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005	92
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005	96
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005	98
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	100
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	101
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	102
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	103
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	104
13	Steuerquoten im internationalen Vergleich	105
14	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	106
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005	107

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte 108

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005	108
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2005	108
3	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2005	109
4	Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2005	110

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 112

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	112
2	Preisentwicklung	112
3	Außenwirtschaft	113
4	Einkommensverteilung	113
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	114
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	115
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	116
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	117
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	118
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	119

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen

I. Schuldenart

	Stand: 31. Mai 2005 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 30. Juni 2005 ¹ Mio. €
Anleihen	507 627	7 673	0	515 300
Bundesobligationen	170 949	5 750	0	176 699
Bundesschatzbriefe	11 118	76	15	11 179
Bundesschatzanweisungen	112 000	8 000	12 000	108 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 837	5 942	5 937	35 842
Finanzierungsschätze	1 124	42	56	1 110
Schuldscheindarlehen	32 929	53	1 084	31 898
Medium Term Notes Treuhand	342	0	0	342
Gesamte umlaufende Schuld	871 926			880 370

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Mai 2005 Mio. €	Stand: 30. Juni 2005 ¹ Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	162 153	166 277
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	274 508	267 649
langfristig (mehr als 4 Jahre)	435 266	446 444
Gesamte umlaufende Schuld	871 926	880 370

¹ Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2005 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. Juni 2005 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. Juni 2004 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	103,5	104,4
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	29,0	30,5
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,0	61,1	62,3

3 Bundeshaushalt 2000 bis 2005 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist Mrd. €	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
1. Ausgaben	244,4	243,2	249,3	256,7	251,6	254,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	1,1
2. Einnahmen	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	232,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
darunter:						
Steuereinnahmen	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	2,0
3. Finanzierungsdefizit	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 22,3
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)	149,7	130,0	175,3	192,3	199,6	217,3
5. Tilgungen (+)	125,9	107,2	143,4	153,7	160,0	195,3
6. Nettokreditaufnahme	- 23,8	- 22,8	- 31,8	- 38,7	- 39,5	- 22,0
7. Münzeinnahmen	- 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,3
8. Finanzierungssaldo	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 22,3
in % der Ausgaben	9,8	9,4	13,1	15,3	15,8	8,8
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,1	27,3	24,7	25,7	22,4	22,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	1,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,5	3,5	0,2	2,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
Mio. €						
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 517	26 807	26 986	27 235	26 758	26 865
Aktivitätsbezüge	20 275	20 474	20 551	20 696	20 332	20 147
Ziviler Bereich	8 196	8 430	8 495	8 532	8 748	8 621
Militärischer Bereich	12 079	12 044	12 056	12 164	11 584	11 525
Versorgung	6 242	6 333	6 435	6 539	6 426	6 718
Ziviler Bereich	2 572	2 581	2 579	2 576	2 463	2 524
Militärischer Bereich	3 670	3 752	3 855	3 963	3 963	4 194
Laufender Sachaufwand	20 822	18 503	17 058	17 192	16 878	17 354
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 641	1 619	1 643	1 604	1 522	1 478
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 335	7 985	8 155	7 905	7 985	8 122
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 846	8 899	7 260	7 683	7 371	7 754
Zinsausgaben	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
an andere Bereiche	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
Sonstige	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	39 104	37 582	37 019	36 830	36 230	38 830
an Ausland	3	3	3	3	3	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	126 846	132 359	143 514	149 304	148 950	150 225
an Verwaltungen	16 106	13 257	14 936	15 797	14 797	13 015
Länder	5 650	5 580	6 062	6 503	6 735	7 705
Gemeinden	194	241	236	250	238	59
Sondervermögen	10 259	7 435	8 635	9 042	7 823	5 250
Zweckverbände	2	2	2	2	1	1
an andere Bereiche	110 740	119 102	128 578	133 508	134 153	137 210
Unternehmen	13 271	16 674	16 253	15 702	15 062	16 516
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	21 455	20 668	22 319	23 666	25 396	22 223
an Sozialversicherung	72 590	78 143	86 276	90 560	90 079	94 560
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	746	672	814	797	783	855
an Ausland	2 674	2 940	2 911	2 776	2 828	3 051
an Sonstige	4	5	5	5	5	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	213 333	215 296	224 622	230 606	228 860	233 318
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	6 732	6 905	6 746	6 696	6 891	6 734
Baumaßnahmen	5 580	5 551	5 358	5 298	5 466	5 372
Erwerb von beweglichen Sachen	779	882	960	894	922	917
Grunderwerb	373	473	427	504	503	445
Vermögensübertragungen	19 506	17 085	14 550	16 197	12 912	12 940
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 579	16 509	13 959	15 833	12 556	12 545
an Verwaltungen	10 011	9 496	6 336	7 998	5 607	5 429
Länder	9 925	9 431	6 268	5 382	5 516	5 354
Gemeinden und Gemeindeverbände	86	65	68	73	91	69
Sondervermögen	0	0	0	2 543	0	6
an andere Bereiche	6 568	7 013	7 623	7 835	6 949	7 116
Sonstige – Inland	4 729	5 370	5 819	5 867	4 931	5 094
Ausland	1 839	1 643	1 803	1 967	2 018	2 022
Sonstige Vermögensübertragungen	2 926	577	592	365	356	395
an andere Bereiche	2 926	577	592	365	356	395
Unternehmen – Inland	101	167	44	0	1	0
Sonstige – Inland	2 542	183	351	167	153	173
Ausland	284	227	196	198	202	222

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
	Mio. €					
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 835	3 859	3 369	3 203	2 932	3 466
Darlehensgewährung	4 205	3 185	2 729	2 665	2 383	2 907
an Verwaltungen	197	166	154	106	68	46
Länder	195	166	154	106	68	46
Gemeinden	1	0	0	0	0	0
an andere Bereiche	4 008	3 019	2 574	2 559	2 315	2 860
Inland (auch Gewährleistungen)	2 998	1 841	1 543	1 603	1 384	1 877
Ausland	1 010	1 178	1 031	956	931	983
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	630	674	640	538	548	559
Inland	19	24	53	15	1	0
Ausland	611	651	587	523	547	559
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	31 072	27 850	24 664	26 097	22 734	23 140
Darunter: Investive Ausgaben	28 146	27 273	24 073	25 732	22 378	22 745
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 2 158
Ausgaben zusammen	244 405	243 145	249 286	256 703	251 594	254 300

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 932	43 739	24 292	13 555	–	5 892
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 991	7 740	3 835	1 422	–	2 483
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 818	2 792	443	122	–	2 227
03 Verteidigung	27 871	27 484	15 719	10 967	–	798
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 732	2 440	1 774	640	–	26
05 Rechtsschutz	328	310	225	70	–	15
06 Finanzverwaltung	3 192	2 972	2 295	335	–	341
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	11 714	8 357	450	615	–	7 292
13 Hochschulen	1 882	956	7	5	–	944
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 403	1 403	–	–	–	1 403
15 Sonstiges Bildungswesen	477	418	9	59	–	350
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 816	5 293	433	546	–	4 314
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 135	286	1	5	–	281
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	128 064	127 159	198	347	–	126 615
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	88 886	88 886	35	0	–	88 851
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 245	4 242	–	–	–	4 242
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 923	3 689	–	162	–	3 528
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	29 551	29 420	43	115	–	29 262
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	103	103	–	–	–	103
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 355	819	120	70	–	629
3 Gesundheit und Sport	923	693	230	259	–	205
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	344	315	125	144	–	46
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	344	315	125	144	–	46
32 Sport	132	103	–	22	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	195	148	69	39	–	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	251	128	36	54	–	38
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 794	930	2	3	–	925
41 Wohnungswesen	1 232	889	–	3	–	886
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	46	41	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	516	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 091	597	27	151	–	418
52 Verbesserung der Agrarstruktur	722	276	–	2	–	274
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	136	136	–	60	–	76
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	136	136	–	60	–	76
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	233	185	27	90	–	68

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Globale Minder- ausgaben	*Darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	1 089	1 519	1 585	4 193	–	4 149
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	249	1	0	251	–	251
02 Auswärtige Angelegenheiten	72	1 411	1 542	3 026	–	3 023
03 Verteidigung	281	106	–	386	–	345
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	292	–	0	292	–	292
05 Rechtsschutz	17	–	–	17	–	17
06 Finanzverwaltung	177	1	42	221	–	221
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	107	3 251	–	3 357	–	3 356
13 Hochschulen	1	925	–	926	–	926
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	59	–	59	–	59
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	105	1 418	–	1 523	–	1 522
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	849	–	849	–	849
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	892	1	905	–	555
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	3	–	3	–	3
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3	230	1	234	–	8
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	128	–	131	–	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	5	531	0	536	–	536
3 Gesundheit und Sport	152	78	–	229	–	229
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	21	8	–	29	–	29
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	21	8	–	29	–	29
32 Sport	–	29	–	29	–	29
33 Umwelt- und Naturschutz	15	33	–	48	–	48
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	116	7	–	123	–	123
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	816	48	864	–	864
41 Wohnungswesen	–	295	48	343	–	343
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	5	–	5	–	5
44 Städtebauförderung	–	516	–	516	–	516
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	486	2	495	–	495
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	446	–	446	–	446
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	40	2	49	–	49

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 199	2 959	47	383	–	2 529
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	408	384	–	227	–	157
621 Kernenergie	157	157	–	–	–	157
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	252	227	–	227	–	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 930	1 910	–	5	–	1 905
64 Handel	102	102	–	63	–	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	902	208	–	3	–	205
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 857	355	47	84	–	224
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 522	3 471	1 065	1 757	–	649
72 Straßen	6 933	917	–	801	–	117
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 372	756	468	237	–	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	334	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	182	181	43	9	–	129
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 701	1 616	554	711	–	351
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 487	5 719	–	19	–	5 700
81 Wirtschaftsunternehmen	4 231	469	–	19	–	450
832 Eisenbahnen	3 736	88	–	4	–	85
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	495	381	–	15	–	366
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 256	5 250	–	–	–	5 250
873 Sondervermögen	5 250	5 250	–	–	–	5 250
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	37 574	39 694	554	264	38 875	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	38.914	38 914	–	39	38 875	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 1 378	780	554	226	–	0
Summe aller Hauptfunktionen	254 300	233 318	26 865	17 354	38 875	150 225

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Globale Minder- ausgaben	*Darunter: Investive Ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	739	1 500	2 240	–	2 240
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	–	25
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	–	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	–	20
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	694	–	694	–	694
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 500	1 501	–	1 501
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 303	1 747	1	7 051	–	7 051
72 Straßen	4 610	1 405	1	6 016	–	6 016
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	617	–	0	617	–	617
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	–	333
75 Luftfahrt	0	–	0	0	–	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	76	9	0	85	–	85
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	64	3 374	330	3 768	–	3 768
81 Wirtschaftsunternehmen	58	3 374	330	3 761	–	3 761
832 Eisenbahnen	–	3 333	315	3 648	–	3 648
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	58	42	15	114	–	114
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6	–	–	6	–	6
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	6	–	6
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	– 2 158	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	–	38
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	– 2 158	–
Summe aller Hauptfunktionen	6 734	12 940	3 466	23 140	– 2 158	22 745

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	597,2	599,1	603,5	609,5	618,3	620 ½	624
Einnahmen	570,3	565,1	556,3	552,4	549,8	546 ½	570
Finanzierungssaldo	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 74	- 54
darunter:							
Bund							
Ausgaben	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	255 ½	254 ½
Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	212	232
Finanzierungssaldo	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 44	- 22 ½
Länder							
Ausgaben	246,4	250,7	255,1	257,0	258,6	259 ½	260 ½
Einnahmen	238,1	240,4	229,4	227,7	227,0	233	233 ½
Finanzierungssaldo	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 26	- 27
Gemeinden							
Ausgaben	143,7	146,1	147,9	149,2	149,8	151	156
Einnahmen	145,9	148,0	144,0	144,6	141,4	146 ½	151
Finanzierungssaldo	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 5	- 5
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	2,9	0,3	0,7	1,0	1,4	½	½
Einnahmen	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- ½	4 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- ½	- ½
Einnahmen	7,8	- 0,1	- 0,1	1,6	0,4	- 2 ½	9 ½
Länder							
Ausgaben	0,7	1,8	1,8	0,7	0,6	½	½
Einnahmen	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2 ½	0
Gemeinden							
Ausgaben	0,9	1,6	1,3	0,9	0,4	1	3
Einnahmen	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2,2	3 ½	3

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²
	Mrd. €						
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3,2	- 3 1/2	- 2 1/2
darunter:							
Bund	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1,8	- 2	- 1
Länder	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1	- 1
Gemeinden	0,1	0,1	0,2	0,2	0,4	0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 12	- 8 1/2
darunter:							
Bund	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 17	- 9
Länder	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 10	- 10 1/2
Gemeinden	1,5	1,3	2,6	3,1	5,6	3	3 1/2
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,2	29,5	29,1	28,9	29,1	28 1/2	28
darunter:							
Bund	12,5	12,0	11,7	11,8	12,1	11 1/2	11 1/2
Länder	12,5	12,4	12,3	12,2	12,2	12	11 1/2
Gemeinden	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,9	23,0	21,5	21,0	20,8	20 1/2	20

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	232,9	225,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 2,0	- 3,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	192,8	193,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 9,0	0,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 40,1	- 32,5
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	27,0	26,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,1	- 0,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,6	11,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	14,3	16,2
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	26,0	27,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	2,3	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	11,2	12,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	39,0	40,6
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	31,2	28,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 8,3	- 7,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	13,4	12,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	36,1	35,2
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	173,1	169,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 7,5	- 2,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,3	74,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	89,8	87,5
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,3	41,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	17,2	14,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	128,3	113,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	70,4	64,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1 010,4	1 070,4	1 119,1
darunter: Bund ⁵	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	426,0	459,7

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.³ Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001 bis 2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.⁵ Ab 2005 mit Fonds Deutsche Einheit.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
		Ist-Ergebnisse							Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	254,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	1,1
Einnahmen	Mrd.€	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	232,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 22,3
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 22,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,7	27,0	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	0,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,5	15,6
Zinsausgaben	Mrd.€	28,7	41,1	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	38,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	7,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	15,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	54,5	57,6
Investive Ausgaben	Mrd.€	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	22,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	1,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	31,7	33,4
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	75,0
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	82,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,3	42,3
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 22,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	8,7
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	96,7
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	53,4	40,7
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 394½	1 446
darunter: Bund ⁵	Mrd.€	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	801½	862

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001 bis 2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

⁵ Ab 2005 mit Fonds Deutsche Einheit.

8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001 ³	22,6	40,7	21,1	38,3
2002 ³	22,2	40,4	20,5	37,6
2003 ³	22,3	40,5	20,4	37,6
2004 ³	21,8	39,8	20,1	37,0

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: Mai 2005.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2001	2002	2003	2004 ⁴	2005 ^{4,5}
	in Mrd. €¹				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 394½	1 466
darunter:					
Bund	697,3	719,4	760,5	801½	862
Länder	357,7	384,8	415,0	441	468½
Gemeinden ³	82,7	82,7	84,1	86½	89½
Sonderrechnungen des Bundes	59,1	59,2	58,8	58	19
	in % der Gesamtschulden				
Bund	57,9	57,4	57,4	57½	59½
Länder	29,7	30,7	31,3	31½	32½
Gemeinden ³	6,9	6,6	6,3	6	6
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,7	4,4	4	1½
	in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	58,0	59,5	62,3	64	64½
darunter					
Bund	33,6	34,1	35,7	36½	38½
Länder	17,2	18,3	19,5	20	21
Gemeinden ³	4,0	3,9	4,0	4	4
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,8	2,8	2½	1
nachrichtlich	in % des BIP				
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“	60,9	64,2	65,5	66	66

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁴ Schätzung.

⁵ Ab 2005 werden die Schulden des Fonds Deutsche Einheit beim Bund gebucht.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	davon			Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 ²	445,0	211,9	233,0	47,6	52,4
2006 ²	456,6	219,9	236,6	48,2	51,8
2007 ²	471,1	231,2	240,4	49,0	51,0
2008 ²	487,8	244,2	243,6	50,1	49,9
2009 ²	501,1	254,2	246,9	50,7	49,3

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2005.
Stand: Mai 2005.

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	
Deutschland ²	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,3	- 1,2	- 2,8	- 3,7	- 3,8	- 3,7	- 3,3	- 2,8	
Belgien	- 9,5	-10,2	- 6,8	- 4,4	0,2	0,4	0,1	0,4	0,1	- 0,2	- 0,6	
Dänemark	- 2,4	- 1,4	- 1,0	- 2,3	2,6	3,0	1,7	1,2	2,8	2,1	2,2	
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,1	- 4,1	- 4,1	- 5,2	- 6,1	- 4,5	- 4,4	
Spanien	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,5	- 0,3	0,3	- 0,3	0,0	0,1	
Frankreich	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,2	- 4,2	- 3,7	- 3,0	- 3,4	
Irland	-	-10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	0,9	- 0,6	0,2	1,3	- 0,6	- 0,6	
Italien	- 7,1	-12,7	-11,8	- 7,6	- 1,8	- 3,0	- 2,6	- 2,9	- 3,0	- 3,6	- 4,6	
Luxemburg	-	-	4,8	2,5	6,2	6,2	2,3	0,5	- 1,1	- 1,5	- 1,9	
Niederlande	- 4,0	- 3,6	- 5,3	- 4,2	1,5	- 0,1	- 1,9	- 3,2	- 2,5	- 2,0	- 1,6	
Österreich	- 1,7	- 2,8	- 2,4	- 5,7	- 1,9	0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,3	- 2,0	- 1,7	
Portugal	- 7,6	- 9,1	- 6,6	- 5,5	- 3,1	- 4,4	- 2,7	- 2,9	- 2,9	- 4,9	- 4,7	
Finnland	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	5,2	4,3	2,1	2,3	1,7	1,6	
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,0	2,5	- 0,3	0,2	1,4	0,8	0,8	
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,4	0,7	- 1,7	- 3,4	- 3,2	- 3,0	- 2,7	
Euro-Zone	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 1,7	- 2,4	- 2,8	- 2,7	- 2,6	- 2,7	
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 1,1	- 2,2	- 2,8	- 2,6	- 2,5	- 2,5	
Estland	-	-	-	0,4	- 0,6	0,3	1,4	3,1	1,8	0,9	0,5	
Lettland	-	-	6,9	- 2,0	- 2,8	- 2,1	- 2,7	- 1,5	- 0,8	- 1,6	- 1,5	
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 2,5	- 2,0	- 1,5	- 1,9	- 2,5	- 2,4	- 1,9	
Malta	-	-	-	-	- 6,3	- 6,4	- 5,9	-10,5	- 5,2	- 3,9	- 2,8	
Polen	-	-	-	- 2,3	- 1,6	- 3,9	- 3,6	- 4,5	- 4,8	- 4,4	- 3,8	
Slowakei	-	-	-	- 0,9	-12,3	- 6,0	- 5,7	- 3,7	- 3,3	- 3,8	- 4,0	
Slowenien	-	-	-	-	- 3,5	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 1,9	- 2,2	- 2,1	
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 5,9	- 6,8	-11,7	- 3,0	- 4,5	- 4,0	
Ungarn	-	-	-	-	- 2,4	- 3,7	- 8,5	- 6,2	- 4,5	- 3,9	- 4,1	
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 2,3	- 4,5	- 6,3	- 4,2	- 2,9	- 1,9	
EU-25	-	-	-	-	-	- 1,2	- 2,3	- 2,9	- 2,6	- 2,6	- 2,5	
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,5	- 6,1	- 7,9	- 7,7	- 7,0	- 6,6	- 6,1	
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 0,4	- 3,8	- 4,6	- 4,4	- 3,9	- 3,8	

- = keine Angaben

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

² Abweichend Statistisches Bundesamt, April 2005, für 2002: - 3,6% und für 2004: - 3,6%.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für die Jahre 2000 bis 2006: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: April 2005.

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	31,2	40,7	42,3	57,0	60,2	59,4	60,9	64,2	66,0	68,0	68,9
Belgien	78,6	122,3	129,2	134,0	109,1	108,0	105,4	100,0	95,6	94,9	91,7
Dänemark	39,8	76,4	63,1	73,2	52,3	47,8	47,2	44,7	42,7	40,5	38,2
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	114,0	114,8	112,2	109,3	110,5	110,5	108,9
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	61,1	57,8	55,0	51,4	48,9	46,5	44,2
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	56,8	57,0	59,0	63,9	65,6	66,2	67,1
Irland	69,8	101,7	94,2	82,0	38,3	35,8	32,6	32,0	29,9	29,8	29,6
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,2	110,7	108,0	106,3	105,8	105,6	106,3
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	7,2	7,5	7,1	7,5	7,8	7,9
Niederlande	45,9	70,3	76,9	77,2	55,9	52,9	52,6	54,3	55,7	57,6	57,9
Österreich	36,2	49,2	56,1	68,8	66,7	67,1	66,7	65,4	65,2	64,4	64,1
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,9	58,5	60,1	61,9	66,2	68,5
Finnland	11,5	16,2	14,2	57,1	44,6	43,8	42,5	45,3	45,1	44,3	43,7
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	54,3	52,4	52,0	51,2	50,3	49,2
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,0	38,8	38,3	39,7	41,6	41,9	42,5
Euro-Zone	34,0	51,6	57,7	73,6	70,4	69,6	69,5	70,8	71,3	71,7	71,9
EU-15	38,1	52,3	53,8	70,8	64,1	63,3	62,7	64,3	64,7	65,0	65,1
Estland	–	–	–	–	4,7	4,4	5,3	5,3	4,9	4,3	4,0
Lettland	–	–	–	–	12,9	14,9	14,1	14,4	14,4	14,0	14,3
Litauen	–	–	–	–	23,8	22,9	22,4	21,4	19,7	21,2	20,9
Malta	–	–	–	–	57,0	62,4	62,7	71,8	75,0	76,4	77,1
Polen	–	–	–	–	36,8	36,7	41,2	45,4	43,6	46,8	47,6
Slowakei	–	–	–	–	49,9	48,7	43,3	42,6	43,6	44,2	44,9
Slowenien	–	–	–	–	27,4	28,1	29,5	29,4	29,4	30,2	30,4
Tschechien	–	–	–	–	18,2	27,2	30,7	38,3	37,4	36,4	37,0
Ungarn	–	–	–	–	55,4	52,2	55,5	56,9	57,6	57,8	57,9
Zypern	–	–	–	–	59,9	61,9	65,2	69,8	71,9	69,1	66,6
EU-25	–	–	–	–	62,9	62,2	61,7	63,3	63,8	64,1	64,2
Japan	55,0	72,1	68,6	87,1	134,1	142,3	149,5	157,5	163,2	169,5	173,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,6	58,3	60,5	62,9	63,8	64,7	66,7

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2000 bis 2006: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

Für das Jahr 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Stand: April 2005.

13 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 ²
Deutschland ^{3,4}	22,5	24,6	22,3	23,3	23,0	22,2	21,5	21,5
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,6	31,5	31,7	31,3
Dänemark	37,7	43,2	45,7	47,8	47,3	47,7	47,2	47,3
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	33,7	32,9
Frankreich	21,7	23,3	24,0	25,3	29,0	28,7	27,7	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,9	24,1	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	25,8	24,1	25,5
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,7	30,1	30,5
Japan	15,2	18,0	21,4	17,7	17,2	17,1	15,9	–
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	29,9	28,7	28,7
Luxemburg	19,1	29,1	29,7	31,1	30,3	29,8	30,6	30,1
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,5	25,3	24,7
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,3	34,2	33,6	34,0
Österreich	25,8	27,5	27,2	26,5	28,6	30,4	29,4	28,4
Polen	–	–	–	25,8	23,0	22,3	23,1	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	24,6	24,7	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,0	36,6	35,1	36,1
Schweiz	16,7	19,5	19,9	20,3	23,1	22,3	22,5	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,0	17,5	18,8	–
Spanien	10,2	11,9	21,4	21,0	22,9	22,5	23,0	23,2
Tschechien	–	–	–	23,4	21,8	21,6	22,0	22,6
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,5	26,7	–
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	22,0	19,6	18,6
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	31,1	30,9	29,7	28,9

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Vorläufig.

³ Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik.
(vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106)

⁴ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

14 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 ²
Deutschland ^{3,4}	32,3	37,5	35,7	38,2	37,8	36,8	36,0	36,2
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	45,9	46,4	45,8
Dänemark	39,2	43,9	47,1	49,4	49,6	49,9	48,9	49,0
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	46,0	45,9	44,9
Frankreich	34,1	40,6	43,0	43,9	45,2	44,9	44,0	44,2
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	36,6	35,9	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	30,1	28,4	30,0
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	43,0	42,6	43,4
Japan	19,6	25,3	30,2	27,8	27,1	27,4	25,8	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	35,0	33,9	33,9
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,2	40,7	41,8	41,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,8	39,2	38,8
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	42,4	43,5	43,9
Österreich	34,6	39,8	40,4	41,6	43,4	45,2	44,0	43,0
Polen	–	–	–	37,0	32,5	31,9	32,6	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	35,6	33,9	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,8	51,9	50,2	50,8
Schweiz	21,8	28,0	26,0	27,8	30,5	30,0	30,3	29,8
Slowakei	–	–	–	–	34,0	31,6	33,1	–
Spanien	16,3	23,1	33,2	32,8	35,2	35,0	35,6	35,8
Tschechien	–	–	–	39,8	39,0	38,5	39,3	39,9
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	39,0	38,3	–
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,9	26,4	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,4	37,2	35,8	35,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Vorläufig.

³ Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik (vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106).

⁴ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	83,44	79,99	85,14	90,56	101,81	106,30
davon:						
Agrarpolitik	40,51	41,53	43,52	44,38	43,99	49,11
Strukturpolitik	27,59	22,46	23,50	28,53	34,52	32,40
Interne Politiken	5,37	5,30	6,57	5,67	7,51	7,92
Externe Politiken	3,84	4,23	4,42	4,29	4,95	5,48
Verwaltungsausgaben	4,74	4,86	5,21	5,30	6,12	6,35
Reserven	0,19	0,21	0,17	0,15	0,44	0,44
Heranführungsstrategien	1,20	1,40	1,75	2,24	2,86	3,29
Ausgleichszahlungen					1,41	1,30
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	3,9	- 4,1	6,4	6,4	12,4	4,4
davon:						
Agrarpolitik	1,8	2,5	4,8	2,0	- 0,9	11,6
Strukturpolitik	3,5	- 18,6	4,6	21,4	21,0	- 6,1
Interne Politiken	20,1	- 1,3	24,0	- 13,7	32,5	5,5
Externe Politiken	- 16,3	10,2	4,5	9,5	15,4	10,7
Verwaltungsausgaben	5,1	2,5	7,2	1,7	15,5	3,8
Reserven	- 36,7	10,5	- 19,0	- 11,8	193,3	0,0
Heranführungsstrategie		16,7	25,0	54,9	27,7	15,0
Ausgleichszahlungen						- 7,8
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	48,5	51,9	51,1	49,0	43,2	46,2
Strukturpolitik	33,1	28,1	27,6	31,5	33,9	30,5
Interne Politiken	6,4	6,6	7,7	6,3	7,4	7,5
Externe Politiken	4,6	5,3	5,2	4,7	4,9	5,2
Verwaltungsausgaben	5,7	6,1	6,1	5,9	6,0	6,0
Reserven	0,2	0,3	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,4	1,8	2,1	2,5	2,8	3,1
Ausgleichszahlungen					1,4	1,2
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	92,72	94,28	94,08	97,82	101,81	106,30
davon:						
Zölle	13,11	12,83	9,50	9,63	10,66	10,75
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,16	1,82	1,49	1,43	1,74	1,61
MwSt-Eigenmittel	35,19	30,69	22,69	21,73	13,58	15,31
BSP/BNE-Eigenmittel	37,58	34,46	45,85	55,34	69,01	77,58
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	6,7	1,7	- 0,2	4,0	4,1	4,4
davon:						
Zölle	12,0	- 2,1	- 26,0	1,4	10,7	0,8
Agrarzölle und Zuckerabgaben	0,5	- 15,7	- 18,1	- 4,0	21,7	- 7,5
MwSt-Eigenmittel	12,3	- 12,8	- 26,1	- 4,2	- 37,5	12,7
BSP/BNE-Eigenmittel	0,2	- 8,3	33,1	20,7	24,7	12,4
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	14,1	13,6	10,1	9,8	10,5	10,1
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,3	1,9	1,6	1,5	1,7	1,5
MwSt-Eigenmittel	38,0	32,6	24,1	22,2	13,3	14,4
BSP/BNE-Eigenmittel	40,5	36,6	48,7	56,6	67,8	73,0

Bemerkungen:

1996 bis 2003: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2004: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-10.

2005: Endgültige Feststellung vom Dezember 2004.

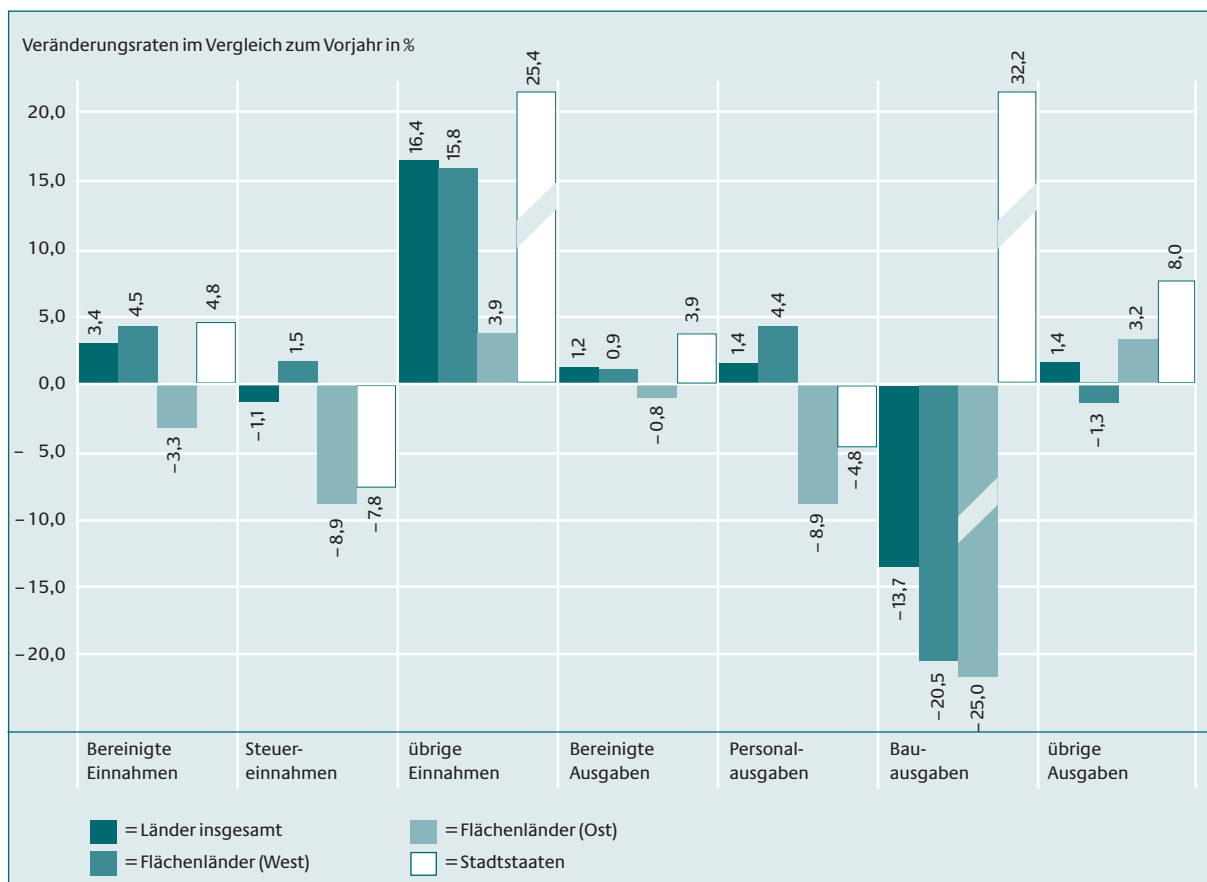
Stand: März 2005.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	161 391	61 782	49 372	16 523	28 767	12 315	234 149	88 411
darunter:								
Steuereinnahmen	123 946	47 418	22 927	8 765	17 385	6 695	164 257	62 879
übrige Einnahmen	37 445	14 363	26 445	7 758	11 383	5 619	69 892	25 532
Bereinigte Ausgaben	175 673	71 262	53 022	20 091	34 409	15 354	257 723	104 499
darunter:								
Personalausgaben	72 237	31 420	13 117	5 304	11 597	4 916	96 952	41 640
Bauausgaben	2 492	519	1 599	316	890	263	4 981	1 099
übrige Ausgaben	100 944	39 324	38 306	14 470	21 921	10 175	155 791	61 760
Finanzierungssaldo	- 14 277	- 9 481	- 3 650	- 3 568	- 5 641	- 3 039	- 23 568	- 16 088

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2005



3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Mai 2004			April 2005			Mai 2005		
		Bund	Länder ³	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	72 711	85 543	152 597	57 789	70 036	123 015	76 016	88 411	158 406
111	darunter: Steuereinnahmen	66 415	63 600	130 015	49 541	48 275	97 817	66 006	62 879	128 885
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	93 366 ⁴	36 883	130 248	79 165 ⁴	31 337	110 502	98 517 ⁴	34 167	132 685
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	111 876	103 232	209 451	94 398	86 055⁸	175 644⁸	114 631	104 499	213 110
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	11 233	41 076 ^{6,7}	52 309 ^{6,7}	8 983	33 939 ⁸	42 922 ⁸	11 252	41 640	52 892
122	Bausubstanz	1 366	1 274	2 639	755	790 ⁸	1 544 ⁸	1 123	1 099	2 222
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–433	–433	–	–273	–273	–	–235	–235
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	68 155	23 550	91 705	55 861	21 591 ⁸	77 452 ⁸	81 378	24 758	106 136
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 39 165	– 17 689	– 56 854	– 36 609	– 16 019⁸	– 52 629⁸	– 38 615	– 16 088	– 54 704
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	167	167	–	93	93	–	93	93
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	69	69	–	14	14	–	89	89
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	98	98	–	79	79	–	5	5
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	25 449	12 097	37 546	23 458	9 007 ⁸	32 464 ⁸	17 352	8 288	25 640
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–2 039	–2 039	–	–1 547	–1 547	–	–1 560	–1 560
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–1 406	–1 406	–	–1 134	–1 134	–	–981	–981
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	12 074	7 012	19 086	5 220	6 187	11 407	3 748	6 289	10 037
32	Vorschüsse	–	10 079 ⁶	10 079 ⁶	–	8 001	8 001	–	7 043	7 043
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	4 308	4 308	–	3 579	3 579	–	3 813	3 813
34	Saldo (31–32+33)	12 074	1 241	13 315	5 220	1 764	6 984	3 748	3 059	6 808
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–1 642	–7 698	–9 340	–7 931	–7 851 ⁸	–15 782 ⁸	–17 515	–7 277	–24 792
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	1 642	6 871	8 513	7 931	5 092	13 023	17 515	5 045	22 560
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	405	405	–	5	5	–	130	130
56	Zusammen	1 642	7 276	8 918	7 931	5 097	13 028	17 515	5 175	22 690
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–422	–422	0	–2 754 ⁸	–2 754 ⁸	0	–2 102	–2 102
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁵	–	1 373	1 373	–	608	608	–	626	626
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	871	871	–	879	879	–	917	917

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung. ³ Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. ⁴ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁵ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁶ Wegen technischer Probleme wurden in Baden-Württemberg im Mai 2004 Teile der Personalausgaben im Vorschussbuch gebucht (rd. 1193,1 Mio. €). ⁷ Aufgrund fehlender Buchungen in SAP R/3 HR wurden für Hessen im Mai 2004 Teile der Personalausgaben (rd. 190,0 Mio. €) nicht ausgewiesen. ⁸ Aufgrund einer Länderkorrekturmeldung veränderte Werte ggü. BMF-Veröffentlichung für April 2005. Stand: Juli 2005.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	10 614,9	12 868,6⁶	3 085,6	5 789,5	2 179,4	7 454,1	17 802,7	3 791,3	904,5
111	darunter: Steuereinnahmen	8 286,3	9 926,5	1 740,7	4 883,7	1 074,8	5 620,3	13 412,2 ⁷	2 707,3	695,5
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	112,8	–	132,0	186,1	–	98,4	29,0
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	3 786,0	2 231,1	1 181,7	1 310,0	465,3	2 580,0	6 860,7	2 828,8	653,6
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	12 324,0	13 983,7⁶	3 725,7	7 288,5	2 612,3	8 492,0	19 560,9	5 154,6	1 332,6
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	6 015,6	6 749,2	881,3	2 791,4	714,2	3 445,0 ³	8 162,3 ³	2 189,8	587,8
122	Baus Ausgaben	72,2	200,6	42,9	86,1	37,3	29,5	61,6	15,4	25,0
123	Länderfinanzausgleich ¹	924,6	846,3	–	522,5	–	–	–12,9	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	2 145,0	852,9	647,2	1 481,9	467,3	2 292,9	6 088,2	2 404,2	334,6
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 1 709,1	– 1 115,1⁶	– 640,1	– 1 499,0	– 432,9	– 1 037,9	– 1 758,2	– 1 363,3	– 428,2
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	1 650,9	1 511,1	29,4	– 178,8	6,9	– 62,7	771,9	350,8	315,9
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	– 112,3	–	–	– 93,4	–	–	–	–	–
21										
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 762,1	–	–	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 377,9	1 138,1	323,8	214,1	183,3	112,7	1 031,5	992,7	83,6
32	Vorschüsse	1 441,3	2 519,3	5,3	263,9	0,6	635,1	77,1	599,3	12,9
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	150,2	1 747,3	0,0	155,6	143,1	552,9	30,4	– 0,2	16,1
34	Saldo (31–32+33)	86,8	366,1	318,5	105,7	325,8	30,5	984,7	393,1	86,8
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 83,7	0,0	– 292,2	– 1 665,6	– 100,2	– 1 070,1	– 1,6	– 619,4	– 25,4
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	0,0	505,0	856,0	65,0	271,0	0,0	620,0	25,4
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	130,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	0,0	505,0	986,0	65,0	271,0	0,0	620,0	25,4
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 83,7	0,0	212,8	– 679,6	– 35,2	– 799,1	– 1,6	0,6	0,0
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁸	–	–	–	–	–	376,5	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	552,9	27,9	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung. ³ Ohne Juni-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 12 852,1 Mio. €, die Ausgaben 13 921,3 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 1 069,2 Mio. €. ⁷ NW – Darin enthalten 175,8 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁸ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.
Stand: Juli 2005.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	5 371,9	3 089,8	2 863,4	2 796,2	7 723,4	1 212,1	3 440,4	88 410,8
111	darunter: Steuereinnahmen	2 844,9	1 595,1	1 886,6	1 509,7	3 311,1	709,5	2 674,5	62 878,7
112	Länderfinanzausgleich ¹	369,0	227,6	-6,1	227,6	1 062,4	138,2	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	603,5	1 891,7	2 113,3	1 824,4	4 803,0	995,4	38,8	34 167,3
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	5 782,3	4 146,8	3 433,5	3 823,6	9 629,1	1 791,3	3 994,9	104 498,8
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	1 761,5	946,7	1 478,4	1 000,7	3 033,0	534,2	1 348,8	41 639,9
122	Baus Ausgaben	168,0	21,5	28,8	46,5	53,7	63,2	146,5	1 098,8
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	61,4	-235,1
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	420,1	1 720,3	1 346,3	927,4	3 066,8	562,9	0,0	24 758,0
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 410,4	- 1 057,0	- 570,1	- 1 027,4	- 1 905,7	- 579,2	- 554,5	- 16 088,1
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	93,4	-	93,4
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	88,9	-	88,9
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	4,5	-	4,5
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	181,9	170,7	782,8	890,5	1 390,1	432,2	44,6	8 288,2
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	- 194,0	-	- 394,2	- 765,8	- 1 559,7
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-	-	- 219,1	-	-	-	- 981,2
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	397,9	121,0	0,0	- 95,7	231,5	172,0	4,7	6 289,1
32	Vorschüsse	549,2	- 710,1	0,0	112,3	-	- 34,6	1 571,2	7 042,8
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	292,3	39,4	0,0	3,0	231,7	202,0	249,5	3 813,3
34	Saldo (31-32+33)	141,0	870,5	0,0 ⁵	- 205,0	463,2	408,7	- 1 317,0	3 059,4
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 87,5	- 15,8	212,7	- 755,0	- 52,4	- 127,9	- 2 592,7	- 7 276,8
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	-	0,0	854,6	68,0	148,1	1 632,0	5 045,1
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	130,0
56	Zusammen	0,0	-	0,0	854,6	68,0	148,1	1 632,0	5 175,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	- 87,5	- 15,8	212,7	99,6	15,6	20,1	- 960,7	- 2 101,8
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁸	-	-	-	-	-	0,0	249,5	626,0
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	0,6	231,7	- 18,4	122,5	917,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokreditstillung.

³ Ohne Juni-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 12 852,1 Mio. €, die Ausgaben 13 921,3 Mio. € und der Finanzierungssaldo -1 069,2 Mio. €. ⁷ NW – Darin enthalten 175,8 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁸ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Juli 2005.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Verän- derung in % p. a.	in %	Mio.	in %	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	in %
						Veränderung in % p. a.			
1991	38,6	.	50,9	2,1	5,1	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,2	2,4	6,0	2,2	3,7	2,6	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,8	2,9	7,2	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,9	3,1	7,7	2,7	2,8	3,0	22,6
1995	37,6	0,2	49,7	3,0	7,4	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,7	3,2	8,0	1,0	1,3	2,4	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,3	3,4	8,3	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,2	2,9	6,9	1,2	0,8	1,7	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,2	0,7	1,6	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	0,0	1,0	1,1	17,6
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,6	1,2	0,8	17,2
1999/1994	37,7	0,5	50,0	3,2	7,9	1,7	1,3	2,0	21,5
2004/1999	38,9	0,2	50,9	3,3	7,8	1,2	1,0	1,6	19,3

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator)	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ²
				Veränderung in % p. a.			
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,4
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,5
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	1,9
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,4	– 0,0
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 1,1
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,4
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,5	0,6
2001	2,5	1,3	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,8
2002	1,7	1,5	2,0	0,9	1,2	1,4	0,7
2003	0,7	0,7	1,0	0,5	1,2	1,1	0,5
2004	2,0	0,4	– 0,1	0,4	1,5	1,6	– 1,0
1999/1994	2,5	0,7	0,1	0,7	0,9	1,3	0,3
2004/1999	1,9	0,6	– 0,4	0,8	1,3	1,5	0,3

¹ Vorjahrespreisbasis. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,8	1,8	42,17	- 3,40	34,8	32,8	2,0	- 0,2
2002	4,4	- 3,2	96,18	45,42	35,7	31,2	4,5	2,1
2003	0,2	1,6	86,64	46,28	35,5	31,5	4,0	2,1
2004	9,1	7,0	108,87	72,48	38,0	33,1	4,9	3,3
1999/1994	7,5	7,0	16,1	- 18,4	26,2	25,4	0,8	- 1,0
2004/1999	7,2	4,9	59,8	18,4	34,5	31,7	2,8	0,8

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reale Nettolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹ in %	bereinigt ² in %	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,3	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,3
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,6
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,3	3,3	1,9	71,9	72,7	1,8	1,6
2002	1,4	3,1	0,8	71,4	72,3	1,5	- 0,1
2003	1,2	3,8	0,2	70,7	71,8	1,2	- 0,5
2004	2,2	7,0	0,2	69,3	70,7	0,4	0,5
1999/1994	2,1	2,4	2,0	71,0	71,8	1,4	- 0,4
2004/1999	1,9	3,2	1,4	71,1	72,1	1,3	0,7

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	2,2	5,7	1,7	2,9	0,8	0,1	– 0,1	1,6	0,8	1,6
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	0,7	0,9	1,3	2,7	2,2	2,3
Dänemark	3,6	1,0	2,8	2,8	1,6	1,0	0,4	2,0	2,3	2,1
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,3	3,8	4,7	4,2	2,9	3,1
Spanien	2,3	3,8	2,8	4,4	2,8	2,2	2,5	2,7	2,7	2,7
Frankreich	1,5	2,6	1,7	3,8	2,1	1,2	0,5	2,5	2,0	2,2
Irland	3,1	7,6	9,8	9,9	6,0	6,1	3,7	5,4	4,9	5,1
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	1,8	0,4	0,3	1,2	1,2	1,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,0	1,5	2,5	2,9	4,2	3,8	4,0
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	1,4	0,6	– 0,9	1,3	1,0	2,0
Österreich	2,4	4,6	1,9	3,4	0,7	1,2	0,8	2,0	2,1	2,1
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,4	1,7	0,4	– 1,1	1,0	1,1	1,7
Finnland	3,4	– 0,3	3,4	5,1	1,1	2,2	2,4	3,7	3,3	2,9
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	1,0	2,0	1,5	3,5	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	2,9	3,9	2,3	1,8	2,2	3,1	2,8	2,8
Euro-Zone	2,2	3,6	2,2	3,5	1,6	0,9	0,6	2,0	1,6	2,1
EU-15	2,5	3,0	2,4	3,6	1,7	1,1	0,9	2,3	1,9	2,2
Estland	–	–	4,5	7,8	6,4	7,2	5,1	6,2	6,0	6,2
Lettland	–	–	– 0,9	6,9	8,0	6,4	7,5	8,5	7,2	6,9
Litauen	–	–	3,3	3,9	6,4	6,8	9,7	6,7	6,4	5,9
Malta	–	–	6,2	6,4	– 1,7	2,2	– 1,8	1,5	1,7	1,9
Polen	–	–	7,0	4,0	1,0	1,4	3,8	5,3	4,4	4,5
Slowakei	–	–	5,8	2,0	3,8	4,6	4,5	5,5	4,9	5,2
Slowenien	–	–	4,1	3,9	2,7	3,3	2,5	4,6	3,7	4,0
Tschechien	–	–	5,9	3,9	2,6	1,5	3,7	4,0	4,0	4,2
Ungarn	–	–	1,5	5,2	3,8	3,5	3,0	4,0	3,9	3,8
Zypern	–	–	9,9	5,0	4,1	2,1	2,0	3,7	3,9	4,2
EU-25	–	–	2,5	3,6	1,8	1,1	1,0	2,4	2,0	2,3
Japan	5,1	5,2	2,0	2,4	0,2	– 0,3	1,4	2,7	1,1	1,7
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	0,8	1,9	3,1	4,5	3,6	3,0

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2005.

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

Stand: April 2005.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	1,4	1,9	1,3	1,0	1,8	1,3	1,1
Belgien	2,7	2,4	1,6	1,5	1,9	2,0	1,8
Dänemark	2,7	2,3	2,4	2,0	0,9	1,4	1,7
Griechenland	2,9	3,7	3,9	3,4	3,0	3,2	3,2
Spanien	3,5	2,8	3,6	3,1	3,1	2,9	2,7
Frankreich	1,8	1,8	1,9	2,2	2,3	1,9	1,8
Irland	5,3	4,0	4,7	4,0	2,3	2,1	2,4
Italien	2,6	2,3	2,6	2,8	2,3	2,0	1,9
Luxemburg	3,8	2,4	2,1	2,5	3,2	3,1	1,9
Niederlande	2,3	5,1	3,9	2,2	1,4	1,3	-3,0
Österreich	2,0	2,3	1,7	1,3	2,0	2,3	1,7
Portugal	2,8	4,4	3,7	3,3	2,5	2,3	2,1
Finnland	3,0	2,7	2,0	1,3	0,1	1,1	1,4
Schweden	1,3	2,7	2,0	2,3	1,0	0,4	1,4
Vereinigtes Königreich	0,8	1,2	1,3	1,4	1,3	1,7	2,0
Euro-Zone	2,1	2,4	2,3	2,1	2,1	1,9	1,5
EU-15	1,9	2,2	2,1	2,0	2,0	1,8	1,6
Estland	3,9	5,6	3,6	1,4	3,0	3,3	2,7
Lettland	2,6	2,5	2,0	2,9	6,2	5,0	3,6
Litauen	0,9	1,3	0,4	- 1,1	1,1	2,9	2,6
Malta	3,0	2,5	2,6	1,9	2,7	2,4	2,1
Polen	10,1	5,3	1,9	0,7	3,6	2,1	2,3
Slowakei	12,2	7,2	3,5	8,5	7,4	3,7	2,9
Slowenien	8,9	8,6	7,5	5,7	3,6	2,6	2,6
Tschechien	3,9	4,5	1,4	- 0,1	2,6	1,9	2,6
Ungarn	10,0	9,1	5,2	4,7	6,8	3,8	3,6
Zypern	4,9	2,0	2,8	4,0	1,9	2,3	2,1
EU-25	2,4	2,5	2,1	1,9	2,1	1,9	1,7
Japan	-0,7	- 0,6	- 0,9	- 0,3	0,0	- 0,1	0,2
USA	3,4	2,8	1,6	2,3	2,7	2,6	2,3

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.
Stand: April 2005.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	7,4	8,2	9,0	9,5	9,7	9,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	8,0	7,8	7,7	7,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,6	5,6	5,4	4,9	4,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,8	10,3	9,7	10,3	10,5	10,3
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,3	11,3	10,8	10,4	10,3
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,4	8,9	9,5	9,6	9,4	9,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,3	4,6	4,5	4,6	4,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	9,1	8,6	8,4	8,0	7,9	7,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,1	2,8	3,7	4,2	4,6	4,3
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,9	2,5	2,7	3,8	4,7	5,2	5,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,2	4,3	4,5	4,1	3,9
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	4,0	5,0	6,3	6,7	7,0	7,0
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,0	8,8	8,4	8,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,6	6,3	5,9	5,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	4,9	4,7	4,7	4,7
Euro-Zone	9,3	7,6	10,5	8,2	7,8	8,2	8,7	8,8	8,8	8,5
EU-15	9,4	7,3	10,0	7,6	7,2	7,6	7,9	8,0	8,0	7,8
Estland	–	0,6	9,7	12,5	11,8	9,5	10,2	9,2	8,7	8,2
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,9	12,6	10,4	9,8	9,4	9,2
Litauen	–	–	12,7	16,4	16,4	13,5	12,7	10,8	10,2	9,7
Malta	–	4,9	5,0	6,8	7,7	7,7	8,0	7,3	7,1	7,0
Polen	–	–	13,2	16,4	18,5	19,8	19,2	18,8	18,3	17,6
Slowakei	–	–	13,3	18,7	19,4	18,7	17,5	18,0	17,6	16,8
Slowenien	–	–	7,0	6,6	5,8	6,1	6,5	6,0	5,9	5,6
Tschechien	–	–	3,9	8,7	8,0	7,3	7,8	8,3	8,3	8,2
Ungarn	–	–	10,0	6,3	5,6	5,6	5,8	5,9	6,3	6,2
Zypern	–	–	3,9	5,2	4,4	3,9	4,5	5,0	4,8	4,6
EU-25	–	–	10,7	8,6	8,4	8,7	8,9	9,0	9,0	8,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,4	5,3	4,7	4,4	4,1
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0	5,5	5,2	5,0

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: EU Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

Stand: April 2005.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹
Gemeinschaft der unabhängigen Staaten	7,9	8,2	6,5	6,0	12,0	10,3	11,4	8,8	6,4	8,5	9,4	6,9
darunter												
Russische Föderation	7,3	7,1	6,0	5,5	13,7	10,9	11,8	9,7	8,2	10,2	11,4	8,7
Ukraine	9,6	12,1	7,0	4,0	5,2	9,0	12,5	5,9	5,8	11,0	7,2	2,5
Asien	7,4	7,8	7,0	6,9	2,4	4,0	3,7	3,2	4,4	4,4	3,9	3,5
darunter												
China	9,3	9,5	8,5	8,0	1,2	3,9	3,0	2,5	3,2	4,2	4,2	4,0
Indien	7,5	7,3	6,7	6,4	3,8	3,8	4,0	3,6	1,2	0,3	- 0,3	- 0,3
Indonesien	4,9	5,1	5,5	6,0	6,8	6,1	7,0	6,5	3,0	2,8	2,2	0,9
Korea	3,1	4,6	4,0	5,2	3,5	3,6	2,9	3,0	2,0	3,9	3,6	2,9
Thailand	6,9	6,1	5,6	6,2	1,8	2,7	2,9	2,1	5,6	4,5	2,0	1,4
Türkei ²	5,9	8,0	5,0	5,0	25,3	10,6	9,0	6,1	- 3,4	- 5,2	- 4,5	- 3,7
Lateinamerika	2,2	5,7	4,1	3,7	10,6	6,5	6,0	5,2	0,4	0,8	0,2	- 0,5
darunter												
Argentinien	8,8	9,0	6,0	3,6	13,4	4,4	7,7	6,7	5,8	2,0	- 1,2	- 2,9
Brasilien	0,5	5,2	3,7	3,5	14,8	6,6	6,5	4,6	0,8	1,9	1,1	0,4
Chile	3,3	6,0	6,1	5,4	2,8	1,1	2,5	3,1	- 1,6	1,5	0,9	- 1,3
Mexiko	1,6	4,4	3,7	3,3	4,5	4,7	4,6	3,7	- 1,3	- 1,3	- 1,4	- 1,6
Venezuela	- 7,7	17,3	4,6	3,8	31,1	21,7	18,2	25,0	13,6	13,5	12,0	8,4

¹ Prognosen des IWF.

² Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook revised projections, April 2005.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2. Januar 2004 = 100%

(2. Januar 2004 bis 14. Juli 2005)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Stand 14.7.2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2005	Tief 2004	Hoch 2004
Dow Jones	10 628,89	10 783	- 1,43	9 990	10 855
Eurostoxx 50	3 277,00	2 775	18,10	2 608	2 805
Dax	4 699,00	4 256	10,41	3 726	4 256
CAC 40	4 371,00	3 821	14,39	3 518	3 844
Nikkei	11 764,00	11 489	2,40	10 365	12 164

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 18.7.2005	Anfang 2005	Spread zu US-Bond in %	Tief 2004	Hoch 2004
USA	4,19	4,22	-	3,69	4,88
Bund	3,29	3,69	- 0,90	3,60	4,43
Japan	1,28	1,43	- 2,91	1,19	1,85
Brasilien	7,78	7,70	3,60	7,52	12,82

Währungen

	Aktuell 18.7.2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2004	Tief 2004	Hoch 2004
Dollar/Euro	1,21	1,36	- 10,95	1,18	1,36
Yen/Dollar	112,02	102,45	9,34	102,06	114,65
Yen/Euro	135,27	138,82	- 2,56	126,03	141,16
Pfund/Euro	0,69	0,71	- 2,67	0,66	0,71

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Information und Publikation
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, Juli 2005

Satz und Gestaltung:

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Druck:

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen:

telefonisch 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)
per Telefax 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.